

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Finanz- und Personalausschusses

Sitzung: **Donnerstag, 04.05.2017, 15:00 Uhr**

Raum, Ort: **Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
9. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)
10. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 16.03.2017
11. Mitteilungen (Personal)
12. Anträge (Personal)
13. Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis 17-04228
14. Übertragung dienstrechtlicher Entscheidungsbefugnisse gemäß § 16 der Niedersächsischen Nebentätigkeitsverordnung (NNVO) auf den Verwaltungsausschuss 17-04382
15. Anfragen (Personal)
- 15.1. Mehr Dienstfahrten mit dem Fahrrad 17-04193
Anfrage der FDP-Fraktion
- 15.2. Fördermittel und Investitionen für OpenGovernment-Projekte 17-04313
Anfrage der Fraktion P²
16. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)
17. Mitteilungen (Finanzen)
- 17.1. Vorläufiger Jahresabschluss 2016 17-04274
18. Anträge (Finanzen)
19. Nibelungen-Wohnbau-GmbH 17-04304
Jahresabschluss 2016
20. Nibelungen-Wohnbau-GmbH 17-04306
Jahresabschluss 2016 - Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung
21. Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH 17-04305
Jahresabschluss 2016
22. Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH 17-04307
Jahresabschluss 2016 - Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung
23. Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH 17-04294
Jahresabschluss 2016 - Feststellung
24. Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH 17-04295
Jahresabschluss 2016 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung
25. Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Jahresabschluss 2016 - 17-04400
Feststellung
26. Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Jahresabschluss 2016 - 17-04401
Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung
27. Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH 17-04334
Jahresabschluss 2016 - Feststellung

- | | | |
|-----|---|----------|
| 28. | Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
Jahresabschluss 2016 - Entlastung des Aufsichtsrates und der
Geschäftsführung | 17-04335 |
| 29. | Haushaltsvollzug 2017 | 17-04392 |
| | hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen
und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§
117 und 119 Abs. 5 NKomVG | |
| 30. | Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2.000
€ | 17-04296 |
| 31. | Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € | 17-04298 |
| 32. | Anfragen (Finanzen) | |

Braunschweig, den 27. April 2017

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

17-04228**Beschlussvorlage
öffentlich***Betreff:***Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis***Organisationseinheit:*

Dezernat II

10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

23.03.2017

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	04.05.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	09.05.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	16.05.2017	Ö

Beschluss:

Herr Ingo Schönbach wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Stadtbrandmeister berufen.

Sachverhalt:

Die Versammlung der Ortsbrandmeisterinnen und Ortsbrandmeister und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig hat vorgeschlagen, Herrn Ingo Schönbach für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Stadtbrandmeister zu berufen.

Herr Schönbach ist Nachfolger des mit Ablauf Mai 2017 wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze ausscheidenden Stadtbrandmeisters Wolfgang Schulz.

Die für die Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis geforderten fachlichen und beamtenrechtlichen Voraussetzungen werden von Herrn Schönbach erfüllt.

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 20 Abs. 4 des Nieders. Brandschutzgesetzes.

Ruppert

Anlagen:

Keine

Betreff:

Übertragung dienstrechtlicher Entscheidungsbefugnisse gemäß § 16 der Niedersächsischen Nebentätigkeitsverordnung (NNVO) auf den Verwaltungsausschuss

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	<i>Datum:</i> 27.04.2017
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	04.05.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	09.05.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	16.05.2017	Ö

Beschluss:

Dem Verwaltungsausschuss wird die Befugnis über Entscheidungen bei Angelegenheiten des Oberbürgermeisters im Rahmen der Niedersächsischen Nebentätigkeitsverordnung (NNVO) gemäß § 16 NNVO übertragen.

Sachverhalt:

Die Entscheidungen und Maßnahmen nach der Niedersächsischen Nebentätigkeitsverordnung (NNVO), insbesondere hinsichtlich der Ausübung von Nebentätigkeiten und der Ablieferung der daraus erzielten Vergütungen, treffen gemäß § 16 NNVO die oder der Dienstvorgesetzte der Beamtin oder des Beamten, soweit nichts anderes bestimmt ist. Daraus ergibt sich die Zuständigkeit des Rates als Dienstvorgesetzter des Oberbürgermeisters. Der Rat kann seine Befugnis nach § 16 Satz 2 NNVO auf den Verwaltungsausschuss übertragen. Von dieser Regelung soll Gebrauch gemacht werden, denn durch die Pflicht des Oberbürgermeisters, Nebentätigkeiten dem Rat anzugeben, ist eine hinreichende Information und Kontrolle durch den Rat gewährleistet.

Ruppert

Anlagen:

Keine

Absender:

FDP-Fraktion im Rat der Stadt

TOP 15.1

17-04193

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Mehr Dienstfahrten mit dem Fahrrad

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

15.03.2017

Beratungsfolge:

Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)

Status

04.05.2017

Ö

Sachverhalt:

Seit dem 1. Februar 2017 gilt die neue Reisekostenverordnung, erlassen vom Niedersächsischen Landtag. Eine der Änderungen betrifft die Fahrradbenutzung (§ 5 Abs. 5 NRKVO): Danach werden nun für Fahrten mit dem privaten Fahrrad 0,05€ pro gefahrenem Kilometer als Entschädigung gezahlt. Die Fahrten sind einzeln aufzuführen und gesammelt einzureichen. Bisher wurde für die Fahrradnutzung eine Pauschale von 5,00€ pro Monat ausgezahlt. Eine separate Erfassung jeder einzelnen Fahrt war nicht notwendig.

Der erhöhte Aufwand, der mit der Dokumentation verbunden ist, verringert die Zeit, in der sich die städtischen Mitarbeiter ihren eigentlichen Aufgaben widmen können – und das für einen geringen erstatteten Betrag pro Monat. Hier wird den Mitarbeitern die Motivation genommen, ihr Rad dienstlich zu nutzen, während an anderer Stelle die Stadt für sportliche Betätigung wirbt („Hansefit“) und den Wert von Fitness in der gesundheitlichen Prävention und zur Senkung von Fehlzeiten betont.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

Wie viele Mitarbeiter der Stadt Braunschweig nutzen ihr privates Fahrrad, um Dienstwege zu erledigen?

Welche Personalkosten entstehen durch das neue Verfahren laut Reisekostenverordnung, Fahrradkilometer nicht pauschal, sondern einzeln zu erfassen?

Wie schafft die Stadt Braunschweig Anreize, das Rad für Dienstwege zu nutzen und wie will sie die Zahl der Dienstradler in Zukunft noch ausbauen?

Anlagen: keine

Absender:
Die Fraktion P2 im Rat der Stadt

17-04313
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Fördermittel und Investitionen für OpenGovernment-Projekte

Empfänger:

Stadt Braunschweig
 Der Oberbürgermeister

Datum:

04.04.2017

Beratungsfolge:

Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)

Status

04.05.2017

Ö

Sachverhalt:

Bis zum 21.04.2017 bestand die Möglichkeit, sich als Kommune für das Vorhaben "Modellkommune Open Government zu bewerben.

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2017/02/start-ogp-wettbewerb.html>

Dazu stellen wir folgende Fragen:

- Hat sich die Stadt Braunschweig um die Teilnahme an dem Vorhaben „Modellkommune Open Government“ beworben und wenn nicht - warum nicht?
- Falls ja, mit welchen Inhalten hat sich die Stadt Braunschweig beworben?
- Welche Projekte im Sinne der Idee eines OpenGovernment auf kommunaler Ebene verfolgt die Stadt Braunschweig derzeit?

Anlagen:

keine

*Betreff:***Vorläufiger Jahresabschluss 2016***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

27.04.2017

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

04.05.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Mit diesem Bericht erhalten Sie Informationen zum Jahresabschluss 2016, die auf Grundlage des derzeitigen Arbeitsstandes inzwischen mit hinreichender Sicherheit vorliegen. Demnach ist für das Haushaltsjahr 2016 von einem vorläufigen Jahresüberschuss von rd. 13,6 Mio. € und einem Bestand an Zahlungsmitteln in Höhe von rd. 72,3 Mio. € auszugehen.

Die Abweichung zwischen dem geplanten Fehlbetrag im **Ergebnishaushalt** für 2016 in Höhe von rd. 15,0 Mio. € (inkl. geplantem Abbau der Haushaltsreste in Höhe von rd. 1,5 Mio. €) und dem Überschuss des vorläufigen Jahresabschlusses 2016 mit rd. 13,6 Mio. € ist vorrangig auf folgende Positionen zurückzuführen: Mehrerträge bei der bereinigten Gewerbesteuer (rd. 6,8 Mio. €), Mehrerträge beim Finanzausgleich (rd. 2,2 Mio. €), Minderaufwendungen beim Personalaufwand (rd. 7,7 Mio. €) und einem Aufbau von aufwandswirksamen Haushaltsresten (rd. 9,7 Mio. €). Weitere Einflussfaktoren haben demgegenüber eine nur untergeordnete Bedeutung.

Entsprechendes ergibt sich im **Finanzhaushalt**: Der Bestand an Zahlungsmitteln liegt mit rd. 72,3 Mio. € um rd. 43,9 Mio. € höher als der Ansatz.

Maßgeblich hierfür sind die beschriebenen Ergebnisverbesserungen, die gleichzeitig auch zahlungswirksam sind. Eine Besonderheit stellt die bereinigte Gewerbesteuer dar. Die Verbesserung von 6,8 Mio. € gegenüber dem Ansatz ist um erforderliche Rückstellungsbildungen vermindert. Diese sind nicht zahlungswirksam. Für den Bestand an Zahlungsmitteln ergibt sich aus der Gewerbesteuer insgesamt eine Verbesserung von 18,0 Mio. €.

Geiger

Anlage/n:

keine

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

17-04304**Beschlussvorlage
öffentlich***Betreff:***Nibelungen-Wohnbau-GmbH
Jahresabschluss 2016***Organisationseinheit:*

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Datum:

20.04.2017

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

04.05.2017

Status

Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

1. der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig werden angewiesen,
2. der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen,

in der Gesellschafterversammlung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig folgende Beschlüsse zu fassen:

- I. Der Jahresabschluss 2016, der einen Jahresüberschuss von 5.453.306,67 € sowie nach Einstellung von 3.226.653,34 € in die Bauerneuerungsrücklage einen Bilanzgewinn von 2.226.653,33 € ausweist, wird festgestellt. Der in die Bauerneuerungsrücklage einzustellende Betrag berechnet sich entsprechend der zwischen Stadt Braunschweig, Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig und Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH getroffenen Vereinbarung vom 7. März 2016.
- II. Der Bilanzgewinn in Höhe von 2.226.653,33 € wird in Anwendung der in I. genannten Vereinbarung und gemäß § 17 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in voller Höhe an die Gesellschafterin Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH ausgeschüttet.“

Sachverhalt:

Das Stammkapital der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (Niwo) wird in Höhe von 45,9 % von der Stadt Braunschweig sowie in Höhe von 44,1 % von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) gehalten. Für die von der Niwo gehaltenen eigenen Anteile in Höhe von 10 % des Stammkapitals ruhen Rechte und Pflichten.

Gemäß § 12 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages der Niwo obliegt die Feststellung des Jahresabschlusses sowie der Beschluss über die Ergebnisverwendung der Entscheidung der Gesellschafterversammlung der Niwo. Nach § 12 Ziff. 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Niwo der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der Niwo sowie der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziff. 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Der Aufsichtsrat der Niwo hat sich mit dem Jahresabschluss 2016 in seiner Sitzung am 31. März 2017 befasst und der Gesellschafterversammlung empfohlen, den Jahresabschluss festzustellen und den Bilanzgewinn in Höhe von 2.227 T€ als Dividende auszuschütten.

Hierbei findet erneut die zwischen Niwo und ihren Gesellschafterinnen Stadt Braunschweig sowie Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH abgeschlossene Vereinbarung über die Ergebnisverwendung vom 7. März 2016 Anwendung (vgl. VA vom 26. Januar 2016, Drs. 15-00489). Hiernach wird von dem erwirtschafteten Jahresüberschuss von 5.453 T€ ein Betrag von insgesamt 3.226 T€ in die Gewinnrücklagen (Bauerneuerungsrücklage) der Niwo eingestellt und der als Bilanzgewinn ausgewiesene Differenzbetrag von 2.227 T€ zur alleinigen Ausschüttung an die Gesellschafterin SBBG vorgesehen. Der Gesellschaftsvertrag der Niwo lässt gemäß § 17 Abs. 2 eine Abweichung von der quotalen Gewinnausschüttung zu, indem die Gesellschafterversammlung für das jeweilige Geschäftsjahr im Rahmen des Ausschüttungsbeschlusses einstimmig über die abweichende Gewinnverteilung beschließen kann. Es wird demgemäß vorgeschlagen, dass die Ausschüttung des Bilanzgewinns in voller Höhe an die SBBG erfolgt.

Die SBBG kann die Dividende in voller Höhe ergebniswirksam vereinnahmen, da ihr der von der Niwo abzuführende Steuerbetrag (Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) im Rahmen der Steuerveranlagung erstattet wird.

Auf Ebene der Niwo fällt auf die Ausschüttung auf Grund der Zahlung der sog. Abgeltungssteuer zum 30. September 2008 kein Ertragsteueraufwand (Körperschaftsteuer zuzüglich SolZ) an. Die gezahlte Abgeltungssteuer wird bei Erreichung der Jahresüberschuss-Planwerte durch die Niwo voraussichtlich nahezu verbraucht.

Anhand der auf der folgenden Seite gezeigten Zusammenfassung der Jahre 2015 bis 2017 ergeben sich folgende Anmerkungen:

Zum Jahresabschluss 2016 wurden erstmals im Rahmen der Jahresabschlussprüfung auch die anliegenden Gewinn- und Verlustrechnungen sowie die Bilanzen der einzelnen Geschäftsfelder - bestehend aus Bestand, IGS Wilhelm-Bracke, Neubauvorhaben Nördliches Ringgebiet, Neubauvorhaben Alsterplatz sowie Baubetreuung für die Stadt - geprüft und dem Prüfbericht als Anlage 6 beigelegt.

Obwohl die Ergebnisrechnung weiterhin maßgeblich von der Bestandsbewirtschaftung bestimmt wird, nimmt der Einfluss der neuen Geschäftsbereiche zu. Daher wird im Anschluss an die Gesamtübersicht zusätzlich für jedes Geschäftsfeld die Entwicklung ausgewählter ergebnisrelevanter Posten bzw. die jeweiligen Beiträge zum Gesamtergebnis dargestellt.

		IST	Plan	IST	Plan
	in T€	2015	2016	2016	2017
1	Umsatzerlöse *)	+ 44.959	+ 51.118	+ 49.565	+ 57.618
1a	% zum Vorjahr / zum Plan		+ 13,7	+ 10,2/ - 3,0	+ 16,2
2	Sonstige betriebliche Erträge	+ 2.879	+ 1.267	+ 1.902	+ 1.088
3	Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen**)	- 22.027	- 29.483	- 26.600	- 35.634
4	Personalaufwand	- 6.887	- 6.931	- 5.559	- 6.607
5	Abschreibungen	- 7.414	- 6.777	- 7.057	- 7.008
6	Sonst. betriebl. Aufwendungen	- 2.014	- 2.018	- 2.151	- 2.157
7	Betriebsergebnis (1 bis 6)	+ 9.496	+ 7.176	+ 10.100	+ 7.300
8	Zins-/Finanzergebnis	- 4.746	- 4.630	- 4.293	- 4.487
9	Ertragsteuern	- 330	- 61	- 354	0
10	Jahresergebnis (7+8+9)	+ 4.420	+ 2.485	+ 5.453	+ 2.813
11	Einstellung in Bauerneuerungsrücklage (Gewinnrücklage)	- 2.710	- 1.485	- 3.226	- 1.813
12	Bilanzgewinn	+ 1.710	+ 1.000	+ 2.227	+ 1.000

*) incl. Bestandsveränderungen und anderen aktivierten Eigenleistungen

**) incl. Grundsteuer (weiterzuberechnender Aufwand für Hausbewirtschaftung)

Die Erlössituation verbesserte sich wiederum gegenüber dem Vorjahr durch die kontinuierlich positive Entwicklung der Sollmieten in der Bestandsbewirtschaftung sowie durch den Absatz der zum Verkauf bestimmten Grundstücke im Nördlichen Ringgebiet. Insgesamt unter Plan blieben die Erlöse durch Abweichungen in den Sparten IGS (betrifft Umsatzerlöse) sowie Alsterplatz (betrifft Bestandsveränderungen; s. Erläuterungen zu den einzelnen Sparten).

Die gegenüber dem Plan positive Abweichung der sonstigen betrieblichen Erträge resultiert aus einer Vielzahl von Einzelposten, u.a. Erstattung von Versicherungsschäden, Erträge aus Schönheitsreparaturen sowie Auflösung von Rückstellungen, im Wesentlichen Pensionsrückstellungen. Erträge aus Anlagenabgängen des Bestands (528 T€) resultieren im Wesentlichen aus planmäßigen Veräußerungen zur Glättung des Portfolios.

Die Aufwendungen für Lieferungen und Leistungen blieben insgesamt unter dem Planansatz. Dies betrifft neben dem Bereich der Bestandsbewirtschaftung insbesondere die geplanten Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke im Nördlichen Ringgebiet und am Alsterplatz.

Der Personalaufwand blieb durch besondere Einflussfaktoren unter dem Plan- bzw. sogar unter dem Vorjahreswert. Während der laufende Lohn- und Gehaltsaufwand sich planmäßig leicht erhöhte, verminderten sich die Aufwendungen für Altersversorgung aufgrund der gesetzlichen Änderung im Zusammenhang mit der Ermittlung des Zinssatzes zu Bewertung der Pensionsverpflichtungen (Zuführung von 306 T€; Vorjahr 1.684 T€ im Personalaufwand). Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die vorgeschriebene Änderung des Zinssatzes keine nachhaltige Auswirkung entfaltet und daher bereits für 2017 wieder zusätzliche Aufwendungen entstehen werden.

Der Aufzinsungsanteil aus den Zuführungen (624 T€; im Vorjahr 668 T€) ist unter dem Zinsaufwand auszuweisen. Dieser blieb insgesamt - trotz des Anstiegs der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 109.269 T€ auf 113.028 T€ - bei günstigen Zinskonditionen unter dem Niveau des Vorjahres und unter Plan.

Die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag erhöhte sich - bei gleichzeitig erhöhter Bilanzsumme - auf 22,2 % gegenüber 20,9 % zum Jahresende 2015 aufgrund des erzielten Jahresüberschusses.

Bestandsbewirtschaftung

		IST in T€	Plan 2015	IST 2016	Plan 2017
1	Umsatzerlöse *)	+ 42.121	+ 42.470	+ 42.681	+ 43.140
1a	% zum Vorjahr/zum Plan		+ 0,8	+ 1,3 / + 0,5	+ 1,1
3	Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen**)	- 21.583	- 23.108	- 22.145	- 23.490
10	Jahresergebnis	+ 5.719	+ 2.906	+ 6.364	+ 3.482.

*) incl. Bestandsveränderungen (Umlagenabrechnungen)

**) incl. Grundsteuer (weiterzuberechnender Aufwand für Hausbewirtschaftung)

Das Geschäftsfeld zeigt eine kontinuierlich positive Erlössituation. Maßgebend hierfür waren Mieterhöhungen im Rahmen wohnwertverbessernder und energieeinsparender Maßnahmen sowie Mietanpassungen bei Neuvermietungen im Rahmen des Mietspiegels. Die durchschnittliche Wohnungsmiete erhöhte sich von 5,33 € auf 5,46 € pro Monat und qm.

Innerhalb des Postens „Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen“ blieben sowohl die Betriebskosten unter Plan als auch der Anteil an aufwandswirksamen Instandhaltungsaufwendungen (8.206 T€; Plan: 8.793 T€) in Bezug auf die planmäßigen Gesamtinvestitionen von 13,1 Mio. € (nach Erstattungen; Vorjahr: 12,5 Mio. €) in den vorhandenen Wohnungsbestand.

IGS Wilhelm Bracke

		IST in T€	Plan 2015	Plan 2016	IST 2016	Plan 2017
1	Umsatzerlöse *)	+ 2.446	+ 3.280	+ 2.662	+ 2.427	
3	Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	- 312	- 1.145	- 961	- 568	
5	Abschreibungen	- 1.219	- 1.280	- 1.299	- 1.290	
8	Zins-/Finanzergebnis	- 1.068	- 1.145	- 1.095	- 1.051	
10	Jahresergebnis	- 292	- 323	- 1.049	- 515	

*) incl. Bestandsveränderungen und anderen aktivierten Eigenleistungen

Das Geschäftsfeld IGS Wilhelm Bracke erwirtschaftete im zweiten Geschäftsjahr einen anteiligen Fehlbetrag von 1.049 T€.

Die Planabweichungen resultieren hierbei im Wesentlichen aus dem Bereich der Sporthalle, die entgegen der ursprünglichen Planung aufgrund der Schadstofffunde umfangreich saniert werden musste und als Versammlungsstätte für bis zu 500 Personen hergerichtet wurde. Neben den hierbei angefallenen Kosten erfolgten die Mietzahlungen für das Jahr 2016 durch die Stadt notwendigerweise noch auf Basis der im Jahr 2012 festgelegten Entgeltstruktur. Nach erfolgter Endabrechnung durch die Gesellschaft wird der laufende Projektvertrag zwischen Stadt und Niwo angepasst.

Neubauvorhaben Nördliches Ringgebiet

		IST	Plan	IST	Plan	Plan
	in T€	2015**)	2016**)	2016***)	2017 1. BA	2017 2. BA
1	Umsatzerlöse *) (davon aus Verkauf von Grundstücken)	+ 156 (0)	+ 3.405 (2.806)	+ 3.244 (2.807)	+ 5.613 (+ 152)	+ 3.213 (+ 3.326)
3	Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke incl. Rückstellungsbildung (Ist 2015: Abschreibungen)			- 3.593 (- 714)	- 2.783 	- 5.352 - 3.270
10	Jahresergebnis	- 811	- 98	+ 192	- 97	- 57

*) incl. Bestandsveränderungen und anderen aktivierten Eigenleistungen

**) nur Erster Bauabschnitt

***) Erster und Zweiter Bauabschnitt

Aus dem Verkauf der Grundstücke wurden planmäßig 2.806 T€ erlöst. Die Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke hingegen blieben – einschließlich der notwendigen Rückstellungsbildung – insgesamt unter dem Planansatz, so dass das Geschäftsfeld mit einem Überschuss von 192 T€ abschließt (Plan: -98T€).

Die Teilbilanz verzeichnet zum 31. Dezember 2016 ein Sachanlagevermögen von 5.575 T€ (Vorjahr: 3.126 T€) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 7.506 T€ (Vorjahr: 3.960 T€).

Die Baugenehmigung für den Ersten Bauabschnitt liegt seit Dezember 2016 vor. Weiterhin konnte die öffentliche Rohbauausschreibung mit einem im Kostenplan liegenden Angebot abgeschlossen werden.

Zusätzlich unterstützte die Niwo den Fachbereich Stadtplanung bei der Weiterentwicklung des Zweiten Bauabschnitts, der im Wirtschaftsplan 2016 noch nicht berücksichtigt war.

Neubauvorhaben Alsterplatz

		IST	Plan	IST	Plan
	in T€	2015	2016	2016	2017
1	Umsatzerlöse *) (davon aus Verkauf von Grundstücken)	+ 113 (0)	+ 1.824 (0)	+ 863 (0)	+ 3.164 (0)
3	Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke			- 1.637 (- 1.637)	- 658 - 2.952
10	Jahresergebnis	- 2	0	0	- 0

*) incl. Bestandsveränderungen und anderen aktivierten Eigenleistungen

Das Neubauvorhaben Alsterplatz blieb plangemäß ergebnisneutral. Baubeginn war der 13. Dezember 2016

Zum Bilanzstichtag waren Sachanlagen in Höhe von 7.156 T€ (Vorjahr: 2.249 T€) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 8.178 T€ (Vorjahr: 3.718 T€) bilanziert.

Baubetreuung für die Stadt

Das Geschäftsfeld Baubetreuung für die Stadt (Jahresfehlbetrag - 54 T€; Plan: +/- 0) wurde noch nicht wie geplant im Jahr 2016 abgeschlossen, da eine Endabrechnung voraussichtlich erst im laufenden Jahr erfolgen kann.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF FASSELT SCHLAGE Partnerschaft mbB, Braunschweig, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht der Gesellschaft für das Jahr 2016 sind in der Anlage beigefügt. Beigefügt sind gleichfalls die Trennungsrechnungen für die genannten Geschäftsfelder sowie ein Auszug aus dem Anhang betreffend BilRuG-Anpassungen.

Geiger

Anlage/n:

Bilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Auszug aus dem Anhang
Lagebericht der Gesellschaft 2016
Trennungsrechnungen

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2016

	Aktiva			Passiva		
	€	€	Stand am 31.12.2015	€	€	Stand am 31.12.2015
			T€			T€
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Ausgegebenes Kapital		
1. entgeltlich erworbene Softwarelizenzen	113.342,35		48	1. gezeichnetes Kapital	7.670.000,00	7.670
2. geleistete Anzahlungen	14.280,00		0	2. Nennbetrag eigene Anteile	-767.000,00	-767
		127.622,35	48		6.903.000,00	6.903
II. Sachanlagen				II. Kapitalrücklage		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	130.781.454,74		131.804		3.835.000,00	3.835
2. Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	36.677.093,47		36.586		22.492.045,57	19.265
3. Grundstücke ohne Bauten	7.808.645,78		2.282		5.267.000,00	5.267
4. Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	1.562,51		2			
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	360.782,54		323		31.594.045,57	28.367
6. Anlagen im Bau	94.782,14		0			
7. Bauvorbereitungskosten	5.237.733,87		2.560		2.226.653,33	1.710
8. geleistete Anzahlungen	0,00		259		45.658.512,52	40.900
		180.962.055,05	173.816			
III. Finanzanlagen				IV. Bilanzgewinn		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	565.635,19		566			
2. Ausleihungen an Gesellschafter	1.861.084,82		2.085			
3. andere Finanzanlagen	100,00		0			
		2.426.820,01	2.651			
		183.516.497,41	176.515			
B. Umlaufvermögen				C. Verbindlichkeiten		
I. Vorräte				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	113.028.436,97	109.269
1. Grundstücke ohne Bauten	686.761,61		497	2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	13.238.051,56	13.966
2. Bauvorbereitungskosten	782.007,14		270	3. erhaltene Anzahlungen	11.939.943,91	11.843
3. Grundstücke mit unfertigen Bauten	553.457,98		0	4. Verbindlichkeiten aus Vermietung	100,00	0
4. unfertige Leistungen	10.463.891,69		10.336	5. Verbindlichkeiten aus der Betreuungstätigkeit	67,35	0
5. andere Vorräte	347,53		1	6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.376.847,42	2.354
6. geleistete Anzahlungen	0,00		155	7. sonstige Verbindlichkeiten	332,97	28
		12.486.465,95	11.259			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					140.583.780,18	137.460
1. Forderungen aus Vermietung	134.572,39		188			
2. Forderungen aus Grundstücksverkäufen	872,00		0			
3. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	0,00		10			
4. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	4.310,81		4			
5. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	151.570,73		91			
6. Forderungen gegen Gesellschafter	2.587.735,73		1.567			
7. sonstige Vermögensgegenstände	321.879,49		195			
		3.200.941,15	2.055			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten				D. Rechnungsabgrenzungsposten		
		5.847.637,22	5.944		571.957,01	425
		21.535.044,32	19.258			
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Geldbeschaffungskosten	59.683,85		32			
II. Sonstige	343.935,91		325			
		403.619,76	357			
		205.455.161,49	196.130			

17 FEB. 2017

Son-Johes

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	€	€	Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	44.847.732,35		44.094
b) aus Verkauf von Grundstücken	2.806.750,00		0
c) aus Betreuungstätigkeit	233.925,06		618
d) aus anderen Lieferungen und Leistungen	<u>134.330,95</u>		62
	48.022.738,36		44.774
2. Erhöhung/Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	986.046,09	-289	
	<u>49.008.784,45</u>	44.485	
3. andere aktivierte Eigenleistungen	556.152,80	474	
4. sonstige betriebliche Erträge	<u>1.901.684,03</u>	2.878	
	51.466.621,28	47.837	
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	21.879.308,06		20.733
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	3.441.258,67		0
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	<u>57.021,96</u>		197
	<u>25.377.588,69</u>	<u>20.930</u>	
	26.089.032,59	26.907	
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.410.596,41		4.337
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.147.934,58		2.550
(davon für Altersversorgung: 322.805,88 €; i. V. 1.730 T€)			
	<u>5.558.530,99</u>		6.887
7. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.057.194,54		6.700
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00		714
	<u>7.057.194,54</u>		<u>7.414</u>
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>2.151.333,72</u>		2.015
	<u>14.767.059,25</u>	<u>16.316</u>	
	11.321.973,34	10.591	
9. Erträge aus anderen Finanzanlagen	10,00		0
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	57.676,15		71
(davon aus verbundenen Unternehmen 57.676,15 €; i. V. 71 T€)			
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	113.925,98		16
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>4.465.244,86</u>		4.833
	<u>-4.293.632,73</u>	<u>-4.746</u>	
	7.028.340,61	5.845	
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	354.359,21	330	
14. Ergebnis nach Steuern	6.673.981,40	5.515	
15. sonstige Steuern	1.220.674,73	1.096	
16. Jahresüberschuss	5.453.306,67	4.419	
17. Einstellung in die Bauerneuerungsrücklage	3.226.653,34	2.709	
18. Bilanzgewinn	<u>2.226.653,33</u>	<u>1.710</u>	

Nibelungen-Wohnbau-GmbH BraunschweigBraunschweig**Anhang für das Geschäftsjahr 2016****A. Allgemeine Angaben**

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig hat ihren Sitz in Braunschweig und ist in dem beim Amtsgericht Braunschweig geführten Handelsregister unter HRB 119 eingetragen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wurde nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellt. Dabei wurden die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen für Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags ebenso wie die Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Wohnungsunternehmen (JAbschIWUV) beachtet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde entsprechend dem § 275 Abs. 2 HGB wiederum nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

In der Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich mit Ausnahme der Änderung infolge des BilRUG keine Veränderungen.

Die Gesellschaft hat im Jahresabschluss 2016 erstmals das HGB in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) vom 17. Juli 2015, das am 23. Juli 2015 in Kraft getreten ist, angewendet.

Insofern sind die Umsatzerlöse bzw. die sonstigen betrieblichen Erträge nicht mit dem Vorjahr vergleichbar. In den Umsatzerlösen des laufenden Geschäftsjahres sind 165,1 T€ (Vorjahr: 112,3 T€) Erlöse aus Betriebskosten- und anderen Erstattungen enthalten, die im Vorjahr noch unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen worden sind.

Die Vorjahreszahlen wurden nicht angepasst. Die folgende Tabelle stellt die Posten im Überblick dar:

GuV-Posten	2016 (lt. GuV)	2015 (lt. GuV 2015 – ohne BilRUG- Anpassungen)	2015 nach BilRUG- Anpassungen (mit 2016 vergleichba- re Vorjahres- zahlen)
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	€ 44.847.732,35	€ 44.093.426,27	€ 44.131.908,37
Umsatzerlöse aus Verkauf von Grundstücken	2.806.750,00	0,00	0,00
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	233.925,06	617.798,51	617.798,51
Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	134.330,95	62.469,09	136.328,99
<i>Summe Umsatzerlöse</i>	<i>48.022.738,36</i>	<i>44.773.693,87</i>	<i>44.886.035,87</i>
Sonstige betriebliche Erträge	1.901.684,03	2.878.777,55	2.766.435,55

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden mit folgender Ausnahme stetig angewandt: Aufgrund der Änderung des § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB wurde bei der Durchschnittsbetrachtung für die Ermittlung des Zinssatzes bei der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nicht mehr auf die vergangenen sieben, sondern auf die vergangenen zehn Geschäftsjahre abgestellt. Die Auswirkung ist mit Nennung des Unterschiedsbetrages unter den Erläuterungen zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt.

Der Jahresabschluss wurde unter der Prämisse der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Davon-Vermerke zur Bilanz sind aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang aufgeführt.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern werden gemäß § 42 Abs. 3 GmbHG im Anhang angegeben, soweit kein separater Bilanzausweis erfolgt.

Nibelungen-Wohnbau-GmbH BraunschweigBraunschweig

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016**1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen****1.1 Konjunkturelle Rahmenbedingungen**

Nach einem Jahr voller politischer Überraschungen bleibt übergeordnet festzuhalten, dass bei einem Plus von rund 2,2 % ein moderater Zuwachs der Weltwirtschaftsleistung zu verzeichnen war. Die Konjunktur in Europa und Deutschland hat sich weitestgehend stabil entwickelt. Der Aufschwung ohne Überschwang hielt an, gestützt vor allem durch den privaten Verbrauch.

Allerdings haben sich mit dem britischen Votum für einen Ausstieg aus der Europäischen Union („Brexit“), dem Wahlsieg von Donald Trump in den USA und dem Rückzug des reformorientierten Premierministers Renzi in Italien einige der größeren politischen Risiken ereignet, die Fragen über künftige wirtschaftliche Wachstumskräfte aufwerfen.

Zu konstatieren ist, dass die Konjunktur der Eurozone ungeachtet der Unsicherheit nach dem Brexit-Votum bislang keinen Schwung verloren hat. Deutschland war wichtiger Konjunkturmotor für den gesamten Euroraum. Treibende Kraft wird auch im nächsten Jahr der Konsum bleiben, der durch die weiter zunehmende Beschäftigung, steigende Löhne und die noch immer geringe Inflation sowie das niedrige Zinsniveau gestützt wird. So haben sich das GfK-Konsumklima und die Anschaffungsneigung weiter als sehr robust erwiesen und sind beispielsweise im November 2016 bei besseren Konjunkturerwartungen leicht gestiegen.

Die Arbeitslosigkeit dürfte trotz des anhaltenden Beschäftigungsaufbaus allerdings leicht zunehmen, da die nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge zunehmend auf den Arbeitsmarkt drängen werden und die Integration langwierig sein wird. Wachstumsimpulse wird weiterhin die Baukonjunktur, insbesondere der Wohnungsbau, liefern.

1.2 Wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Situation auf den deutschen Wohnungsmärkten hat sich in den attraktiven Ballungsräumen und den wachstumsstärkeren Regionen in den letzten sieben Jahren sehr rasch von einer weitgehend ausgeglichenen zu einer angespannten Marktkonstellation verändert.

Der jährliche Neubaubedarf von etwa 400.000 Wohnungen, so schätzen Experten unabhängig voneinander, wird durch die derzeitige Bautätigkeit trotz deutlicher Belebung bei weitem nicht erreicht. Großstädte und Ballungszentren sind Gewinner der Binnen- und Außenwanderung. Der ländliche Raum verliert dagegen an Einwohnern.

Entscheidend geprägt werden die demographischen Rahmenbedingungen zudem von der Binnenwanderung in Deutschland. Hier lautet eine zentrale Botschaft: während etwa 30 „Schwarmstädte“ in Deutschland überdurchschnittlich von der Binnenwanderung profitieren, so auch Braunschweig, verlieren praktisch alle Landkreise im ländlichen Raum an Einwohnern.

Kern des Schwarmverhaltens, das vor allem von den jüngeren Altersgruppen getragen wird, ist ein starker Bedeutungszuwachs der Wohnortqualität und des Immobiliensektors.

Der Immobiliensektor hat in Deutschland deshalb nach wie vor einen erheblichen gesamtwirtschaftlichen Stellenwert. Die Geschäftsaktivitäten reichen von der Immobilienbewirtschaftung bis zu der Vermittlung, Finanzierung, Planung und dem Bau von Gebäuden und anderen Immobilien.

Über welche Wohnungsanzahl mit welchem Erhebungsdatum sprechen wir überhaupt?

„Im Jahr 2014 gab es in Deutschland 41 Millionen Wohnungen. Wie das Statistische Bundesamt auf der Basis von Ergebnissen des Mikrozensus weiter mitteilte, waren das 570.000 Wohnungen oder 1,4 % mehr als 2010. Rund 39,2 Millionen beziehungsweise 95,5 % aller Wohnungen befanden sich in Wohngebäuden, 1,4 Millionen beziehungsweise 3,4 % in sonstigen Gebäuden mit Wohnraum. Mit 451.000 Einheiten befanden sich 1,1 % aller Wohnungen in Wohnheimen und 8.000 in bewohnten Unterkünften.“¹

Anschaulich lässt sich daraus, wie erwähnt, die hohe Bedeutung der Immobilienwirtschaft auch an der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Vermögens verdeutlichen.

Mehr als circa 80 % des gegenwärtigen Anlagevermögens ist nach volkswirtschaftlichen Erhebungen in Immobilien gebunden. Die rund 41 Millionen Wohnungen in Deutschland repräsentieren dabei den größten Kapitalposten des volkswirtschaftlichen Vermögens, wobei die Investitionen in Neubau, Modernisierung und Instandhaltung vor dem Hintergrund des Bevölkerungsanstiegs weiter zunehmen.

¹ Quellenhinweis: WI Wohnungspolitische Informationen 01, Ausgabe vom 05.01.2017

In diesem Kontext muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Bevölkerungszahl Deutschlands vor gut sechs Jahren das letzte Mal gesunken ist. Die Wachstumsschwäche zum Beispiel im Zeitraum 2003-2010 ist mittlerweile durch eine steigende Zuwanderung aus dem Ausland überwunden.

Mit welcher Dynamik sich das demographische Geschehen in Deutschland entfaltet, zeigen die Ereignisse der Flüchtlingsbewegungen im Laufe insbesondere der zweiten Jahreshälfte 2015. Das Ausmaß der Zuwanderung in dieser Höhe war nicht erwartet worden. Auch für die kommenden Jahre wird mit weiterer Zuwanderung gerechnet. Die Trendumkehr bei der Bevölkerungsentwicklung treibt die Wohnungsnotfrage insbesondere in Großstädten Deutschlands wie auch in Braunschweig nach oben.

Dabei ist außerdem folgendes zu konstatieren:

Dem Rückgang an mietpreis- und belegungsgebundenen Sozialwohnungen steht nur ein geringer Zugang durch Neubaumaßnahmen gegenüber. So kamen in den vergangenen sieben Jahren durch die Wohnungsbauförderung der Länder jährlich rund 35.000 neue Sozialwohnungen auf den Markt.

Gut zwei Drittel der Neuzugänge beruhte auf Maßnahmen im Wohnungsbestand wie Modernisierung, energetische Verbesserung und Instandsetzung. Ein Drittel entfiel auf den Neubau von geförderten Mietwohnungen.

Ohne diese Förderanstrengung der Bundesländer wäre der Rückgang des Sozialwohnungsbestandes noch drastischer ausgefallen. Angesichts des erforderlichen Neustarts des sozialen Mietwohnungsbaus ist es notwendig, dass der Bund sich dauerhaft an der sozialen Wohnraumförderung beteiligt. Um den Bestand an Sozialwohnungen zu konsolidieren und auszubauen, müssen über das Jahr 2019 hinaus Mittel bereitgestellt werden.

Kurzfristig hat der Bund die Kompensationszahlungen an die Länder bereits erhöht. Um jedoch jährlich 80.000 Sozialmietwohnungen zu schaffen, müssten die Bundesmittel ab 2017 weiter auf jährlich mindestens 1,5 Mrd. Euro erhöht werden. Zugleich müssten diese zweckgebundenen Zuweisungen durch die Länder ihrerseits mit eigenen Mitteln in gleicher Höhe für die Wohnraumförderung ergänzt werden, so dass insgesamt 3 Mrd. Euro dafür zur Verfügung stehen. Alles in allem eine wichtige Voraussetzung für die soziale Stadt- und Quartiersentwicklung.

Denn wir brauchen nicht nur genügend bezahlbaren Wohnraum, wir brauchen auch eine funktionierende soziale Infrastruktur als Grundlage für den sozialen Zusammenhalt in den Städten. Es gilt, die Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auszubauen und eine Verankerung in den Stadtteilen durch Quartiersmanagement zu erreichen.

Ziel muss es darüber hinaus sein, ausreichend Wohnraum in allen Preissegmenten zu schaffen. Aufgrund der teilweise knappen Verfügbarkeit von Wohnbauflächen und damit verbundenen hohen Grundstückspreisen ist es u. a. für private Investoren oftmals lukrativer in höheren Preissegmenten zu bauen, weil die Nachfrage hierfür auch vorhanden ist. Aber die Nachfrage gibt es eben auch im preisgünstigen Segment. Es besteht die Gefahr, dass viele Menschen mit einem normalen Einkommen sich keine angemessene Wohnung leisten können und ein verstärkter Verdrängungswettbewerb entsteht.

Wir wollen als kommunales Wohnungsunternehmen weiterhin dazu beitragen, die Balance auf dem Markt zu halten, indem wir mit unserer verlässlichen Bestandsbewirtschaftung und Neubautätigkeit für vitale Wohnquartiere in unserer Stadt sorgen.

1.3 Geschäftliche Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 22. Juli 1926 gegründet und ist beim Amtsgericht Braunschweig unter der Handelsregisternummer B 119 eingetragen.

Das Stammkapital beträgt 7.670.000 € und verteilt sich wie folgt:

	<u>Kapitalanteil</u>	
	€	%
Stadt Braunschweig	3.520.500	51,0
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	3.382.500	49,0
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	767.000	0,0

Laut Gesellschaftsvertrag ist der Gegenstand des Unternehmens die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbegebäuden, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

1.4 Geschäftsvorlauf und Geschäftsergebnis

Am 31. Dezember 2016 hatte die Gesellschaft folgende Mietobjekte im Bestand: 7.158 Wohnungen, 1.056 Garagen und Einstellplätze sowie 98 sonstige Mieteinheiten (überwiegend Gewerberäume); hinzu kommen 29 eigengenutzte Objekte, davon 7 Garagen und 1 Einstellplatz.

Zur Unternehmensentwicklung ergibt sich folgender Überblick:

	Plan 2016	Ist 2016	Ist 2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse aus Grundmieten	30.557	30.941	30.209
Instandhaltungsaufwendungen	8.954	8.879	7.624
Zinsaufwendungen (ohne Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen)	4.081	3.839	4.162
Jahresüberschuss	2.485	5.453	4.419

Auf der Grundlage der Vorjahreszahlen hatten wir die Aufwendungen und Erträge für das Geschäftsjahr vorsichtig geplant. In dem gegenüber der Planung höheren Jahresüberschuss schlagen sich neben den höheren Einnahmen aus Grundmieten und den niedrigeren Zinsaufwendungen insbesondere rückläufige Aufwendungen für Altersversorgung sowie höhere positive Erfolgsbeiträge aus Verkäufen von Gegenständen des Anlage- und Umlaufvermögens nieder. Gegenläufig haben höhere Abschreibungen auf Sachanlagen und gestiegene Aufwendungen sonstiger Art gewirkt.

Die Sollmieten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 655 T€ auf 31.703 T€. Maßgebend hierfür waren Mieterhöhungen aufgrund von wohnwertverbessernden und energieeinsparenden Maßnahmen sowie Mietanpassungen bei Neuvermietungen. Die durchschnittliche Wohnungsmiete betrug 5,46 €/m² (Vorjahr: 5,33 €/ m²). Die Erlösschmälerungen infolge Leerstands u. a. sind gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Der Anteil der Erlösschmälerungen an den Sollmieten beläuft sich auf rd. 2,6 % (Vorjahr: 2,7 %).

Die Fluktuationsrate bei den Wohnungen ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen und belief sich auf 9,2 % (Vorjahr: 9,1 %). Die marktbedingte Leerstandsquote am Jahresende ist mit rd. 0,7 % nahezu gleich mit der am Vorjahresende.

Zur Aufwertung unseres Immobilienportfolios und zur Sicherung der langfristigen Vermietbarkeit sind – wie in den Vorjahren – auch im Berichtsjahr umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt worden.

Das Gesamtvolumen (einschließlich eigener Leistungen) für Instandhaltung und Modernisierung belief sich im Geschäftsjahr nach Verrechnung mit Erstattungen (rd. 0,8 Mio. €) auf rd. 12,3 Mio. € (Vorjahr: 11,8 Mio. €). Davon entfielen rd. 7,9 Mio. € (Vorjahr: 7,6 Mio. €) auf mietwirksame Modernisierungsmaßnahmen. Von den Aufwendungen für Instandhaltung und Modernisierung wurden rd. 4,8 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €) aktiviert.

Neben den Frei- und Grünflächen der Nibelungen-Wohnbau-GmbH betreute unsere Abteilung Dienstleistung Gartenwesen Flächen für unsere Tochtergesellschaft, die Wohnstätten-GmbH, sowie Eigentümer von in Vorjahren veräußerten Objekten. Die Umsatzerlöse daraus beliefen sich 2016 insgesamt auf 16,4 T€.

Am 31. Dezember 2016 betreuten wir für unser Tochterunternehmen, die Wohnstätten-Gesellschaft mbH, den Bestand von 235 Wohnungen und 3 Garagen. Daneben befanden sich am Ende des Berichtsjahres 114 Wohnungen, 8 Garagen und 9 sonstige Objekte in der verwaltungsmäßigen Betreuung.

Zur Versorgung der Bevölkerung mit preisgünstigem Wohnraum wurden die Neubaukonzepte in zwei Stadtteilen vorangetrieben. Im nördlichen Ringgebiet und am Alsterplatz existieren rechtskräftige Bebauungspläne, die die Gesellschaft im Rahmen städtebaulicher Verträge erwirkt hat. Die Grundstücke der beiden Neubaugebiete wurden in 2016 erschlossen.

Das Nördliche Ringgebiet wird seit 2016 in zwei Bauabschnitten geplant. Auf dem Gelände wurde bereits mit den ersten Hochbauarbeiten begonnen, bis voraussichtlich 2019 sollen dort 203 neue Wohneinheiten entstehen.

Das Altgebäude der IGS Wilhelm-Bracke auf dem Grundstück am Alsterplatz wurde in 2016 vollständig abgerissen. In diesem Gebiet werden weitere 219 Wohneinheiten durch unsere Gesellschaft entwickelt. Das hierzu gehörige Grundstück wurde im Rahmen einer Sacheinlage von der Stadt Braunschweig an die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig zweckgebunden übertragen.

Sowohl im nördlichen Ringgebiet als auch am Alsterplatz wird ein Wohnungsmix aus mehrgeschossigen barrierearmen Wohnungen geschaffen. Neben geförderten und frei finanzierten Mietwohnungsbau, ist auch ein Anteil als Eigentumswohnungen für den Verkauf bestimmt. Gewerbeeinheiten werden ebenfalls angeboten.

Im Rahmen der Realisierung des Nördlichen Ringgebietes war es notwendig, auch andere Wohnungsunternehmen an dem Gesamtprojekt zu beteiligen. Die zugrundeliegenden Grundstückskaufverträge enthalten Leistungsverpflichtungen für die Erwerber, sodass eine Rückstellung für noch anfallende Baukosten in Höhe von 1.531 T€ gebildet wurde.

Im Schulneubau der IGS Wilhelm-Bracke wurden im zweiten Bewirtschaftungsjahr wenige Nacharbeiten und Mängelbeseitigungen vorgenommen. Die Sanierungsleistungen in der IGS-Sporthalle konnten fast vollständig fertiggestellt werden. Einer Wiederinbetriebnahme durch die Nutzerin stand in der zweiten Jahreshälfte nichts mehr entgegen. Letzte Restarbeiten erfolgen in 2017.

Das Geschäftsfeld der Baubetreuung, welches im Geschäftsjahr 2012 zur Entlastung der städtischen Bauverwaltung gegründet wurde, ist entgegen der Planung noch nicht abgeschlossen, da im Geschäftsjahr 2016 noch Kosten angefallen sind. Eine Endabrechnung der Baubetreuung erfolgt voraussichtlich in 2017.

Weiterhin beteiligt sich unsere Gesellschaft an der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Trotz der angespannten Situation am hiesigen Wohnungsmarkt, wird der Stadt Braunschweig im Rahmen einer Vereinbarung ein Sonderkontingent von 50 Wohneinheiten zur Verfügung gestellt. Die ausgewählten Objekte folgen dem beschlossenen dezentralen Wohnraumkonzept.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Jahresüberschuss von 5.453,3 T€ erzielt (siehe Abschnitt 2.3.). Damit wurde das geplante Ergebnis um rund 2.968 T€ übertroffen. Der Jahresabschluss wurde unter teilweiser Ergebnisverwendung aufgestellt. Nach Einstellung von 3.226,7 T€ in die Bauerneuerungsrücklage verbleibt ein Bilanzgewinn i. H. von 2.226,6 T€.

Insgesamt beurteilen wir die Entwicklung unserer Gesellschaft als positiv, da die geplanten Aufwendungen für Modernisierungen (Bestandspflege) zur Sicherung der dauerhaften Vermietungsfähigkeit kontinuierlich durchgeführt werden und nachhaltige Umsatzerlöse gewährleisten. Das gegenüber der Planung bessere Jahresergebnis hat neben der vorgesehenen Dividendenauschüttung zu einer Stärkung der Eigenkapitalbasis geführt. Zur Entwicklung der Ertragslage verweisen wir auch auf unsere Ausführungen im Abschnitt 2.3. dieses Berichts.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2016 T€	Vorjahr T€	Veränderung T€	%
Anlagevermögen	183.516,5	176.515,2	7.001,3	4,0
Umlaufvermögen	21.535,1	19.258,1	2.277,0	11,8
Rechnungsabgrenzungsposten	403,6	356,7	46,9	13,1
Gesamtvermögen	205.455,2	196.130,0	9.325,2	4,8
Eigenkapital	45.658,5	40.900,2	4.758,3	11,6
Rückstellungen	18.640,9	17.345,4	1.295,5	7,5
Verbindlichkeiten	140.583,8	137.459,4	3.124,4	2,3
Rechnungsabgrenzungsposten	572,0	425,0	147,0	34,6
Gesamtkapital	205.455,2	196.130,0	9.325,2	4,8

Die Erhöhung des Anlagevermögens ist nach planmäßigen (6.988 T€) und außerordentlichen Abschreibungen (69 T€) im Wesentlichen auf Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen sowie in geplante Mietwohnungen (einschließlich der erforderlichen Erschließungsmaßnahmen) im Neubaubereich zurückzuführen. So entfallen vor allem auf Modernisierungen 4.840 T€, auf das neue Schulgebäude der IGS Wilhelm-Bracke-Schule 2.271 T€, auf den Abriss des alten Schulgebäudes und Sacheinlage 3.441 T€ und auf Bauvorbereitungskosten im Zusammenhang mit den beiden Neubauprojekten Nördliches Ringgebiet und Alsterplatz 2.761 T€.

In der Zunahme des Umlaufvermögens schlagen sich hauptsächlich die Aufwendungen für Eigentumsmaßnahmen in den beiden Neubaugebieten nieder.

Das Eigenkapital hat sich um das aktuelle Jahresergebnis abzüglich der Dividendenausschüttung für das Vorjahr zuzüglich einer Einstellung in die Kapitalrücklage erhöht. Im Einzelnen setzt sich die Erhöhung wie folgt zusammen:

- Kapitalrücklage durch Sacheinlage eines Grundstücks in Höhe von 1.015 T€
- Einstellung in die Bauerneuerungsrücklage von 3.227 T€

In der Erhöhung der Rückstellungen spiegeln sich insbesondere die Zuführungen zur Rückstellung für noch zu erbringende Erschließungsverpflichtungen bei im Geschäftsjahr veräußerten Verkaufsgrundstücken sowie eine höhere Rückstellung für unterlassene Instandhaltung wider; Minderungen bei den Rückstellungen für Pensionen sowie Steuern haben gegenläufig gewirkt.

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten beruht im Wesentlichen nach planmäßigen Tilgungen von 5.948 T€ und außerplanmäßigen Tilgungen von 135 T€ auf der Valutierung von Darlehen zur teilweisen Fremdfinanzierung der im Geschäftsjahr durchgeführten Investitionsmaßnahmen.

Die Vermögenslage entwickelte sich wie folgt:

		2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote	%	22,2	20,9	19,0	19,3	18,8
(Eigenkapital zum Bilanzstichtag Bilanzsumme)						
Durchschnittliche Verschuldung	rd. €/m ²	262	255	188	191	202
(Objektfinanzierungsmittel AV + im Wohnungsbe- stand eingesetzte Unternehmensfinanzierungsmittel Wohn- und Nutzfläche zum Bilanzstichtag)						
Durchschnittliche Buchwerte der Grundstü- cke und Gebäude	rd. €/m ²	364	353	295	290	292
(Grundstücke mit Wohnbauten + Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten Wohn- und Nutzfläche zum Bilanzstichtag)						

Die Eigenkapitalquote erhöhte sich unter Berücksichtigung der um 4,8 % höheren Bilanzsumme durch den im Berichtsjahr erzielten Jahresüberschuss abzüglich der für das Vorjahr gezahlten Dividende sowie unter Berücksichtigung der Einstellung in die Kapitalrücklage um 1,3 %-Punkte.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur bezeichnen wir als geordnet, da die mittel- bis langfristigen Vermögensgegenstände (Anlagevermögen und zum Verkauf bestimmte Grundstücke) durch das Eigenkapital, die Dauerfremdfinanzierungsmittel sowie durch mittel- und langfristige Rückstellungen gedeckt sind.

2.2 Finanzlage

Die folgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung der Liquidität:

	2016 T€	Vorjahr T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit *	15.114	12.879
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-12.702	-13.401
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit **	<u>-2.508</u>	<u>-1.914</u>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	-96	-2.436
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	5.944	8.380
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5.848	5.944

*/** darin enthalten

*Cashflow nach DVFA/SG	12.819	10.016
**planmäßige Tilgungen	5.948	15.491
**Außerplanmäßige Tilgungen	135	0

Wie die vorstehende Übersicht zeigt, war der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nicht ausreichend, um die Mittelabflüsse aus der Investitions- sowie der Finanzierungstätigkeit zu kompensieren, sodass sich im Ergebnis eine Abnahme des Finanzmittelbestandes zeigt.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit war – im Vorjahr war er zu gering – ausreichend, um die planmäßigen Tilgungen auf die Dauerfinanzierungsmittel zu decken.

Der Finanzmittelfonds am Ende der Periode setzt sich zusammen aus dem Kassenbestand und den Guthaben bei Kreditinstituten. Kurzfristige Kontokorrent-Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht.

Die Kapitaldienstdeckung der Gesellschaft entwickelte sich wie folgt:

		2016	2015	2014	2013	2012
Kapitaldienstdeckung	%	31,4	34,2	31,9	30,9	32,3
<i>(Kapitaldienst der Objektfinanzierungsmittel Jahressollmiete abzüglich Erlösschmälerungen)</i>						

Der Anstieg der Erlöse aus den Grundmieten konnte die Belastungen aus dem Kapitaldienst übercompensieren, sodass sich diese im Verhältnis zu den Grundmieten vermindert haben.

Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen. Die zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit bestehenden Kreditlinien von 3.256 T€ wurden nur sehr kurzfristig beansprucht.

2.3 Ertragslage

Das Jahresergebnis 2016 von 5.453,3 T€ (Vorjahr: 4.419,7 T€) gliedert sich wie folgt:

	2016 T€	Vorjahr T€	Verände- rung T€
Betriebsergebnis ²	5.655,5	4.672,1	983,4
Finanzergebnis ³	-462,9	-585,1	122,2
Neutrales Ergebnis	615,0	662,7	- 47,7
Jahresergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.807,6	4.749,7	1.057,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-354,3	-330,0	-24,3
Jahresüberschuss	5.453,3	4.419,7	1.033,6

Das Betriebsergebnis ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Zentrale Faktoren sind hierbei die deutlich rückläufigen Aufwendungen für Altersversorgung (- 1.407 T€), die gestiegenen Einnahmen aus Grundmieten (+ 732 T€) und aus Verkäufen von Grundstücken (+2.807 T€), geringere Zinsen für Dauerfremdfinanzierungsmittel (-330 T€) sowie der positive Erfolgsbeitrag aus der Veräußerung von Verkaufsgrundstücken unter Berücksichtigung von Bestandsveränderung und

² Einschließlich Darlehenszinsen für Objektfinanzierungen.

³ Ohne Darlehenszinsen für Objektfinanzierungen.

Zinseffekten (287 T€). Gegenläufig haben insbesondere Steigerungen bei den Instandhaltungskosten – nach Erstattungen – (+ 1.501 T€) und den Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen (+ 357 T€) gewirkt.

Aufgrund der Neudeinition der Umsatzerlöse im Zusammenhang mit BilRUG sind in den Umsatzerlösen des laufenden Geschäftsjahres sind 165,1 T€ Erlöse aus Betriebskosten- und anderen Erstattungen enthalten, die im Vorjahr noch unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen worden sind. Davon entfallen 39 T€ auf die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung und 74 T€ auf andere Lieferungen und Leistungen. Da sich beide Effekte innerhalb des Betriebsergebnisses abbilden, sind die in obiger Tabelle berichteten Zahlen vergleichbar.

Im Finanzergebnis schlagen sich insbesondere die Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Pensionen nieder, die gegenüber dem Vorjahr um 44 T€ rückläufig sind. Das Finanzergebnis ist durch die Erträge aus der Abzinsung (110 T€) der Rückstellung für Erschließungsverpflichtungen betreffend veräußerte Grundstücke positiv beeinflusst worden. Gegenläufig wirkten die niedrigeren Erträge aus der Ausleihung an die Gesellschafterin (- 13 T€) sowie sonstige Zinserträge (- 12 T€).

Das neutrale Ergebnis wird durch Erträge aus Anlagenverkäufen (528 T€) sowie aus der Auflösung von Rückstellungen (367 T€) geprägt. Diesen Erträgen stehen insbesondere Zuführungen zu Wertberichtigungen zu Forderungen (107 T€), Verluste aus Anlagenabgängen (67 T€) sowie Aufwendungen für frühere Jahre (55 T€) gegenüber.

In den vergangenen fünf Jahren entwickelte sich die Ertragslage wie folgt:

	2016 %	2015 %	2014 %	2013 %	2012 %
Eigenkapitalrentabilität	12,7	11,6	11,9	10,8	13,4
<u>Jahresergebnis vor Ertragsteuern</u> Eigenkapital am 31.12					
Gesamtkapitalrentabilität	5,0	4,9	4,8	4,8	5,5
<u>Jahresergebnis vor Ertragsteuern + Fremdkapitalzinsen</u> Bilanzsumme					
Zinsdeckung	12,4	13,8	14,6	14,0	14,5
<u>Fremdkapitalzinsen der Hausbewirtschaftung</u> Jahressollmiete abzüglich Erlösschmälerungen					

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Eigenkapitalrentabilität aufgrund des im Verhältnis zum gestiegenen gesamten Eigenkapital überproportional gestiegenen Jahresergebnisses vor Steuern. Die Gesamtkapitalrentabilität erhöhte sich minimal. Dies ist dadurch begründet, dass die Zinsaufwendungen im Verhältnis zum veränderten Gesamtkapital nur geringfügig rückläufig sind.

Die Zinsdeckung weist in 2016 eine positive Entwicklung aus, da bei den Mieteinnahmen gegenüber den Zinsaufwendungen ein höherer Anstieg zu verzeichnen war.

3. Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der aktuell guten Marktlage und der auch für die Zukunft erwarteten günstigen Vermietungssituation ist nicht mit nennenswertem Leerstand oder umfangreichen Mietausfällen zu rechnen. Um einen Beitrag zur Entspannung der Lage am hiesigen Wohnungsmarkt zu leisten, treibt die Gesellschaft die in den Vorjahren begonnenen Planungen für zwei Neubaugebiete weiter voran. Mit einer Durchmischung von Eigentums- und Mietobjekten in verschiedenen Finanzierungsformen, wird künftig das Wohnungsangebot ausgebaut.

Aus dieser Neubautätigkeit erwarten wir mittel- bis langfristig positive Effekte bezüglich der Umsatzerlöse durch Mieteinnahmen sowie Verkaufserlöse aus dem Eigentumssegment. Denkbare Risiken resultieren hauptsächlich aus einer möglichen Steigerung der Baukosten sowie Vermietungs- bzw. Vermarktungsproblemen der Objekte nach Fertigstellung. Durch sorgfältige Planungen und Kalkulationen sowie Marktuntersuchungen sollen diese Risiken vermieden werden.

Regelmäßig eingehende, punktuell leicht steigende Mieten sowie das aktuell niedrige Zinsniveau sorgen dafür, dass die derzeit insgesamt positive Konstellation unserer Gesellschaft mindestens mittelfristig als gesichert betrachtet werden kann.

Steigende Tilgungsanteile bei den Annuitätendarlehen sowie aktuell historisch niedrige Zinssätze wirken sich ebenfalls positiv aus.

Die Chancen der niedrigen Zinssätze beinhalten auch Risiken wegen bestehender Altersversorgungsverpflichtungen. Das Unternehmen muss mehr eigene Mittel für die Rückstellungen aufbringen, um die berechneten künftigen Verpflichtungen erfüllen zu können. Wir gehen davon aus, dass die für 2016 vorgenommene Änderung des Aufzinsungszinssatzes keine nachhaltige Auswirkung entfaltet und daher bereits für 2017 wieder zusätzliche Aufwendungen entstehen.

Modernisierungsmaßnahmen in unseren Mietobjekten basieren auf sorgfältig getroffenen Investitionsentscheidungen und sorgen langfristig für Stabilität der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage unseres Unternehmens.

Eine mittel- und langfristige Investitionsplanung basiert auf der Grundlage einer kontinuierlichen Bewertung unseres Immobilienportfolios. Ein jährlich aufgestellter Wirtschaftsplan, der eine mittelfristige Erfolgs-, Investitions- und Finanzplanung beinhaltet, wird durch die Unternehmensgremien genehmigt. Die Einhaltung der Planzahlen wird stetig überwacht. Der Geschäftsführung werden quartalsweise Berichte über die Budgetüberwachung der Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen vorgelegt.

Mietforderungen werden sorgfältig beobachtet. Bei Zahlungsschwierigkeiten bieten wir unseren Mietern rechtzeitig aktive Hilfestellung an, um Verlusten vorzubeugen und Ausfallrisiken gering zu halten.

Der Kapitaldienst kann jederzeit neben allen Bewirtschaftungskosten aus den regelmäßigen Zuflüssen des Vermietungsgeschäftes erbracht werden. Liquiditätsrisiken sind weder akut noch längerfristig zu erwarten.

Das Anlagevermögen ist langfristig finanziert. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um Annuitätendarlehen mit zehnjähriger Zinsfestschreibung. Wenn es vertraglich möglich war, hat sich die Gesellschaft im Rahmen von abgeschlossenen Prolongationen (Forward-Darlehen) günstige Zinskonditionen gesichert.

Zinsänderungsrisiken aus dem Darlehen zur Finanzierung des Schulneubaus IGS Wilhelm-Bracke werden durch ein derivates Finanzinstrument (Zinssatz-Swapgeschäft) begrenzt bzw. vermieden. Dem Zinsswap liegt ein Grundgeschäft mit vergleichbaren, gegenläufigen Risiken zugrunde. Die Regelungen zur Bildung einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB werden angewandt. Die gegenläufigen Wertänderungen bzw. Zahlungsströme gleichen sich durch Betragssubjektivität sowie Kongruenz der Laufzeiten, Zinssätze und Zins- und Tilgungstermine aus.

Zusätzliche Darlehensaufnahmen sind zur Finanzierung der zwei Neubauvorhaben geplant. Dabei wird eine übliche Mischung aus Eigen- und Fremdkapital gewählt. Ein externer Dienstleister betreut unsere Gesellschaft bei dieser Konstellation auch unter Einbeziehung möglicher Zuschüsse und öffentlicher Darlehen. Die nicht öffentlich geförderten Fremdmittel sind bereits vertraglich vereinbart. Für die geförderten Mittel liegt eine Reservierung über einen externen Dienstleister vor.

Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig negativ beeinflussen könnten, sowie auch bestandsgefährdende Risiken, sind unter Würdigung der rechtlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten derzeit nicht erkennbar.

4. Prognosebericht

Die konsequente Fortsetzung von Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen auf der Basis einer präzisen Portfolioanalyse und die damit verbundenen positiven Effekte tragen zum Geschäftserfolg des Unternehmens bei.

Als verlässlicher Partner für unsere Mehrheitsgesellschafterin, die Stadt Braunschweig, haben wir die Vorbereitungen für die Durchführung notwendiger Neubaumaßnahmen fortgesetzt. Hierzu zählt die Errichtung einiger Eigentumsobjekte sowie, schwerpunktmäßig, der Geschosswohnungsbau für alle Bevölkerungsschichten.

Als Instandhaltungs- und Modernisierungsbudget sind für das Geschäftsjahr 2017 rund 12.489 T€ (davon als nachträgliche Herstellungskosten zu aktivieren 2.963 T€) eingeplant. Die Erlöse aus Grundmieten sind mit 31.209 T€, die Instandhaltungskosten mit 9.527 T€ sowie die Zinsaufwendungen (ohne Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen) mit 3.955 T€ in der Planungsrechnung berücksichtigt worden.

Für die Weiterentwicklung der genannten Neubaumaßnahmen haben wir für 2017 Investitionen in Höhe von 34,0 Mio. € (ohne Eigenleistungen der Gesellschaft) vorgesehen. Zur Finanzierung ist die Aufnahme von Kapitalmarktdarlehen von rd. 32,5 Mio. € vorgesehen.

Die Erfolgsplanung einschließlich der vorgenannten Neubauprojekte geht für das Geschäftsjahr 2017 von einem Jahresüberschuss von rd. 2.813 T€ aus.

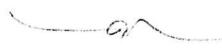
Braunschweig, den 17. Februar 2017

Nibelungen-Wohnbau-GmbH

Braunschweig

Warnke

Geschäftsführer (Vorsitzender)



Sommer-Frohms

Geschäftsführerin

Trechnungsrechnungen 2016

Trennungsrechnungen - 2016 GuV / Wirtschaftsplan			Niwo Bestand			Neubau IGS Wilhelm-Bracke-Schule und Sanierung der IGS-Sporthalle			Neubaugebiet "Alsterplatz - WE 502"			Neubaugebiet "Nördliches Ringgebiet - WE 504 und WE 505"			Geschäftsfeld Baubetreuung			Gesamtwerte lt. GuV (Anlage 2)		
	2016 IST T€	2016 PLAN T€	Abweichung T€	2016 IST T€	2016 PLAN T€	Abweichung T€	2016 IST T€	2016 PLAN T€	Abweichung T€	2016 IST T€	2016 PLAN T€	Abweichung T€	2016 IST T€	2016 PLAN T€	Abweichung T€	2016 IST T€	2016 PLAN T€	Abweichung T€		
1. Umsatzerlöse																				
a) aus der Hausbewirtschaftung	42.558	42.120	438	2.283	2.531	-248	2	0	2	5	0	5	0	0	0	44.848	44.651	197		
b) aus Verkauf von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2.807	2.806	1	0	0	0	2.807	2.806	1		
c) aus Betreuungstätigkeit	234	175	59	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	234	175	59		
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	134	57	77	0	746	-746	0	0	0	0	0	0	0	0	0	134	803	-669		
2. Bestandserhöhung (+) / -verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen und zum Verkauf bestimmter Grundstücke	-245	118	-363	276	0	276	686	1.652	-966	236	460	-224	33	0	33	986	2.230	-1.244		
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	77	139	-62	103	3	100	175	172	3	201	139	62	0	0	0	556	453	103		
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.869	920	949	33	0	33	0	0	0	0	346	-346	0	0	0	1.902	1.267	635		
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen																				
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	12.503	12.921	-418	268	256	12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12.771	13.177	-406		
Betriebskosten	8.206	8.793	-587	672	161	511	1	0	1	0	0	0	0	0	0	8.879	8.954	-75		
Instandhaltungskosten	230	295	-65	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	230	295	-65		
Summe Aufwendungen Hausbewirtschaftung	20.939	22.009	-1.070	940	417	523	1	0	1	0	0	0	0	0	0	21.880	22.426	-546		
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0	0	0	0	0	0	658	1.637	-979	2.783	3.593	-810	0	0	0	3.441	5.230	-1.789		
Fremdkosten für Verkaufsgrundstücke							658	1.637	-979	1.142	1.630	-488	0	0	0	3.441	5.230	-1.789		
Fremdkosten für Verkaufsgrundstücke - Rückstellungsbildung										1.641	1.026	615	0	0	0	0	0	0		
Buchwerte der Grundstücke für Verkauf										0	937	-937								
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0	20	-20	8	719	-711	0	0	0	0	0	0	49	0	49	57	739	-682		
Rohergebnis	23.688	21.501	2.187	1.747	2.144	-397	204	187	17	466	158	308	-16	0	-16	26.089	23.990	2.099		
6. Personalaufwand	4.932	6.752	-1.820	168	29	139	177	74	103	249	76	173	33	0	33	5.559	6.931	-1.372		
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5.758	5.497	261	1.299	1.280	19	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7.057	6.777	280		
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.867	1.994	-127	221	4	217	25	10	15	34	10	24	5	0	5	2.152	2.018	134		
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	354	61	293	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	354	61	293		
10. Sonstige Steuern	1.206	1.079	127	13	9	4	1	0	1	1	0	1	0	0	0	1.221	1.088	133		
Betriebsergebnis	9.571	6.117	3.454	46	822	-776	1	103	-102	182	72	110	-54	0	-54	9.746	7.115	2.631		
11. Erträge aus Ausleihungen an Gesellschafter	0	0	0	58	0	58	0	0	0	0	0	0	0	0	0	58	0	58		
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	20	-16	0	0	0	0	0	0	110	0	110	0	0	0	114	20	94		
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.211	3.232	-21	1.153	1.145	8	1	103	-102	100	170	-70	0	0	0	4.465	4.650	-185		
Zinsergebnis	-3.207	-3.212	5	-1.095	-1.145	50	-1	-103	102	10	-170	180	0	0	0	-4.293	-4.630	337		
Jahresergebnis	6.364	2.905	3.459	-1.049	-323	-726	0	0	0	192	-98	290	-54	0	-54	5.453	2.485	2.968		

Anmerkung: Wegen der Darstellung voller Beträge können sich minimale Rundungsdifferenzen in Höhe von 1 T€ ergeben.

Trennungsrechnungen - 2016 Bilanz	Niwo Bestand		Neubau IGS Wilhelm-Bracke-Schule und Sanierung der IGS-Sporthalle		Neubaugebiet "Alsterplatz - WE 502"		Neubaugebiet "Nördliches Ringgebiet - WE 504 und WE 505"		Geschäftsfeld Baubetreuung		Gesamtwerte lt. Bilanz (Anlage 1)	
	2016 IST T€	Vorjahr T€	2016 IST T€	Vorjahr T€	2016 IST T€	Vorjahr T€	2016 IST T€	Vorjahr T€	2016 IST T€	Vorjahr T€	2016 IST T€	Vorjahr T€
AKTIVA												
Anlagevermögen												
Immaterielle Vermögensgegenstände												
Entgeltlich erworbene Softwarelizenzen	114	48									114	48
Geleistete Anzahlungen auf immat. Anlagewerte	14	0									14	0
Sachanlagen												
Grundstücke und grundstücksähnliche Rechte mit Wohnbauten	130.781	131.804	0	0	0	0	0	0	0	0	130.781	131.804
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	2.968	2.831	33.709	33.087	0	0	668	0	0	0	36.677	36.586
- Kosten des Erbbaurechts			200	206								
- Schulgebäude			29.377	29.782								
- Sporthalle			1.804	655								
- Photovoltaikanlage			233	206								
- Außenanlagen			2.095	2.238								
Grundstücke ohne Bauten	304	304	0	0	4.254	0	3.251	1.978	0	0	7.809	2.282
- nicht erschlossen			0	0	0	0	144	1.978	0	0		
- erschlossen durch Dritte			0	0	0	0	0	0	0	0		
- selbst erschlossen			0	0	4.254	0	3.107	0	0	0		
Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	361	323	0	0	0	0	0	0	0	0	361	323
Anlagen im Bau	95	0	0	0	0	0	0	0	0	0	95	0
Bauvorbereitungskosten	12	24	0	66	2.902	1.581	2.324	889	0	0	5.238	2.560
Geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	259	0	0	0	259
Finanzanlagen	134.522	135.288	33.709	33.153	7.156	2.249	5.575	3.126	0	0	180.962	173.816
Anteile an verbundenen Unternehmen	566	566	0	0	0	0	0	0	0	0	566	566
Ausleihungen an Gesellschafter	0	0	1.861	2.085	0	0	0	0	0	0	1.861	2.085
Andere Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	566	566	1.861	2.085	0	0	0	0	0	0	2.427	2.651
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	135.215	135.902	35.570	35.238	7.156	2.249	5.575	3.126	0	0	183.516	176.515
Grundstücke ohne Bauten	0	0	0	0	687	30	0	467	0	0	687	497
- nicht erschlossen			0	0	0	30	0	467	0	0	0	497
- erschlossen durch Dritte			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- selbst erschlossen			0	0	687	0	0	0	0	0	687	0
Bauvorbereitungskosten	0	0	0	0	302	30	480	240	0	0	782	270
Grundstücke mit unfertigen Bauten	0	0	0	0	0	0	553	0	0	0	553	0
- Grundstückskosten ETW			0	0	0	0	153	0	0	0	153	0
- Gebäudekosten ETW			0	0	0	0	400	0	0	0	400	0
Unfertige Leistungen	10.091	10.103	276	233	0	0	64	0	33	0	10.464	10.336
Andere Vorräte	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Anzahlungen auf zum Verkauf best. Grundstücke	0	0	0	0	0	0	155	0	0	0	0	155
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.091	10.104	276	233	989	60	1.097	862	33	0	12.486	11.259
Forderungen aus Vermietung	135	188	0	0	0	0	0	0	0	0	135	188
Forderungen aus Grundstücksverkäufen	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Forderungen aus Betreuungstätigkeit	0	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10
Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	4	4
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	152	91	0	0	0	0	0	0	0	0	152	91
Forderungen gegen Gesellschafter	88	0	1.131	0	1.288	1.532	81	0	0	35	2.588	1.567
Sonstige Vermögensgegenstände	128	185	194	10	0	0	0	0	0	0	322	195
- Sonstige Forderungen			312	20								
- EWB auf sonstige Forderungen			-120	-10								
- Forderung gegen Öffentl. Vers.			2	0								
Flüssige Mittel	506	476	1.325	10	1.288	1.532	82	0	0	35	3.201	2.055
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.369	2.933	-375	3.499	0	0	1.854	-488	0	0	5.848	5.944
Rechnungsabgrenzungsposten	14.966	13.516	1.226	3.742	2.277	1.592	3.033	374	33	35	21.535	19.259
Geldbeschaffungskosten	60	32	0	0	0	0	0	0	0	0	60	32
Andere Rechnungsabgrenzungsposten	344	325	0	0	0	0	0	0	0	0	344	325
	404	357	0	0	0	0	0	0	0	0	404	357
Bilanzsumme	150.585	149.774	36.796	38.980	9.433	3.841	8.608	3.500	33	35	205.455	196.130

Anmerkung: Wegen der Darstellung voller Beträge können sich minimale Rundungsdifferenzen in Höhe von 1 T€ ergeben.

Trennungsrechnungen - 2016 Bilanz	Niwo Bestand		Neubau IGS Wilhelm-Bracke-Schule und Sanierung der IGS-Sporthalle		Neubaugebiet "Alsterplatz - WE 502"		Neubaugebiet "Nördliches Ringgebiet - WE 504 und WE 505"		Geschäftsfeld Baubetreuung		Gesamtwerte lt. Bilanz (Anlage 1)	
	2016 IST T€	Vorjahr T€	2016 IST T€	Vorjahr T€	2016 IST T€	Vorjahr T€	2016 IST T€	Vorjahr T€	2016 IST T€	Vorjahr T€	2016 IST T€	Vorjahr T€
PASSIVA												
Eigenkapital												
Ausgegebenes Kapital	6.903	6.903	0	0	0	0	0	0	0	0	6.903	6.903
Kapitalrücklage	3.920	3.920	0	0	1.015	0	0	0	0	0	4.935	3.920
Gewinnrücklagen												
Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	3.835	3.835	0	0	0	0	0	0	0	0	3.835	3.835
Bauerneuerungsrücklage	22.492	19.265	0	0	0	0	0	0	0	0	22.492	19.265
Andere Gewinnrücklagen	5.267	5.267	0	0	0	0	0	0	0	0	5.267	5.267
	31.594	28.367	0	0	0	0	0	0	0	0	31.594	28.367
Vortrag	1.516	232	-277	0	-2	0	-843	-32	-394	-200	0	0
Bilanzgewinn/ Bilanzverlust	3.138	2.994	-1.049	-277	0	-2	192	-811	-54	-194	2.227	1.710
	4.654	3.226	-1.326	-277	-2	-2	-651	-843	-448	-394	2.227	1.710
	47.071	42.416	-1.326	-277	1.013	-2	-651	-843	-448	-394	45.659	40.900
Rückstellungen												
Rückstellungen für Pensionen	15.592	16.011	0	0	0	0	0	0	0	0	15.592	16.011
Steuerrückstellungen	351	407	0	0	0	0	0	0	0	0	351	407
Sonstige Rückstellungen	1.131	873	36	54	0	0	1.531	0	0	0	2.698	927
	17.074	17.291	36	54	0	0	1.531	0	0	0	18.641	17.345
Verbindlichkeiten												
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60.051	63.164	36.812	37.998	8.178	3.718	7.506	3.960	481	429	113.028	109.269
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	12.417	13.572	821	394	0	0	0	0	0	0	13.238	13.966
- Verbindlichkeiten aus Mieterdarlehen			821	394								
Erhaltene Anzahlungen	11.675	11.526	265	317	0	0	0	0	0	0	11.940	11.843
Verbindlichkeiten aus Vermietung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Betreuungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.725	1.352	188	494	242	125	222	383	0	0	2.377	2.354
Sonstige Verbindlichkeiten	0	28	0	0	0	0	0	0	0	0	0	28
	85.869	89.642	38.086	39.203	8.420	3.843	7.728	4.343	481	429	140.584	137.460
Rechnungsabgrenzungsposten												
Andere Rechnungsabgrenzungsposten	572	425	0	0	0	0	0	0	0	0	572	425
	572	425	0	0	0	0	0	0	0	0	572	425
Bilanzsumme	150.585	149.774	36.796	38.980	9.433	3.841	8.608	3.500	33	35	205.455	196.130

Anmerkung: Wegen der Darstellung voller Beträge können sich minimale Rundungsdifferenzen in Höhe von 1 T€ ergeben.

*Betreff:***Nibelungen-Wohnbau-GmbH****Jahresabschluss 2016 - Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung***Organisationseinheit:**Datum:*

25.04.2017

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

*Beratungsfolge**Sitzungstermin*

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

04.05.2017

Status
Ö**Beschluss:**

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

1. der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig werden angewiesen,
2. der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen,

in der Gesellschafterversammlung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig wird für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt.“

Sachverhalt:

Im Hinblick auf den Beschlussvorschlag wird auf die in der heutigen Sitzung vorgelegten Unterlagen zum Jahresabschluss 2016 der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (Niwo) Bezug genommen (siehe DS 17-04304).

Gemäß § 12 Ziff. 4 des Gesellschaftsvertrages der Niwo obliegt die Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung der Gesellschafterversammlung der Niwo. Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH (SBBG) unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Niwo der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der Niwo sowie der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchst. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Geiger

Anlage/n: keine

Betreff:

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH
Jahresabschluss 2016

Organisationseinheit:**Datum:**

27.04.2017

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	04.05.2017	Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

1. der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH werden angewiesen,
2. der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen,

in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH folgende Beschlüsse zu fassen:

Der Jahresabschluss 2016 der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH, der mit Erträgen aus Verlustübernahme i. H. v. 8.299.090,77 € ein ausgeglichenes Jahresergebnis sowie aufgrund des unterjährigen Ausgleichs des Verlustvortrags von 109.906,08 € auch ein ausgeglichenes Bilanzergebnis darstellt, wird festgestellt.“

Sachverhalt:

Die Gesellschaftsanteile der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (StB-GmbH) werden in Höhe von rd. 94,9 % von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH (SBBG) sowie in Höhe von rd. 5,1 % von der Stadt Braunschweig gehalten.

Gemäß § 12 Abs. 1 Buchst. a des Gesellschaftsvertrages der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (StB-GmbH) obliegt die Feststellung des Jahresabschlusses der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der StB-GmbH. Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der StB-GmbH der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der StB-GmbH sowie der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchst. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Der Aufsichtsrat hat sich in seiner Sitzung am 3. April 2017 mit dem Jahresabschluss 2016 befasst und der Gesellschafterversammlung die Feststellung empfohlen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2016 weist vor Verlustübernahme durch die Gesellschafterinnen einen Jahresfehlbetrag von 8.299 T€ aus. Das im Wirtschaftsplan 2016 vorgesehene Budget von - 8.837 T€ wurde damit um 538 T€ unterschritten. Vom entstandenen Gesamtverlust entfällt ein Anteil von 4.778 T€ auf die Wasserwelt und ein Betrag von 3.521 T€ auf die Bestandsbäder (inkl. Sommerbäder).

Mit den Erträgen aus Verlustübernahmen von 8.299.090,77 €, die von den Gesellschafterinnen geleistet wurden, ergibt sich ein ausgeglichenes Jahresergebnis (0,00 €). Der Verlustvortrag aus dem Wirtschaftsjahr 2015 von 109.906,08 € wurde im Wirtschaftsjahr 2016 durch einen Ergebnisverwendungsbeschluss neutralisiert, so dass auch das Bilanzergebnis ausgeglichen ist (Bilanzverlust 0,00 €).

Folgende Tabelle zeigt die Ergebnisentwicklung der Jahre 2015 und 2016 sowie die Planzahlen 2017:

		Ist 2015 - in T€ -	Plan 2016 - in T€ -	Ist 2016 - in T€ -	nachrichtlich: Plan 2017 - in T€ -
1	Umsatzerlöse*	3.382	3.286	4.090	4.241
1a	% zum Vorjahr/Plan		-2,84 % +20,93 % +24,47 %		+ 3,69 %
2	sonstige betriebliche Erträge*	871	898	307	0
3	Materialaufwand	-1.905	-1.936	-2.504	-1.821
4	Personalaufwand	-5.909	-6.077	-5.600	-5.871
5	Abschreibungen	-2.237	-2.353	-2.276	-2.370
6	sonst. betriebl. Aufwendungen	-1.534	-1.523	-1.197	-1.499
7	Betriebsergebnis (Summe 1 bis 6)	-7.332	-7.705	-7.180	-7.320
8	Zins/Finanzergebnis	-1.070	-1.129	-1.104	-1.045
9	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-13	0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7 - 9)	-8.402	-8.834	-8.297	-8.365
11	Sonstige Steuern	-1	-3	-2	-2
12	Jahresergebnis (Summe 10 - 11)	-8.403	-8.837	-8.299	-8.367
13	Erträge aus Verlustübernahme	8.293		8.299	
14.	Jahresfehlbetrag	-110		0	
15.	Verlustvortrag**			-110	
16.	Entnahme Kapitlarücklage			110	
17.	Bilanzverlust	-110		0	
* Darstellung ab Spalte "Ist 2016" gem. BilRUG (Umgliederung von der Position "sonst. betriebl. Erträge" in die Position "Umsatzerlöse")					
** Verlustvortrag (städt. Anteil) aus JA 2015					

Das Jahresergebnis 2016 wird – wie bereits das Vorjahr – von der wirtschaftlichen Entwicklung des Freizeitbades „Wasserwelt Braunschweig“ bestimmt.

Das Mitte März 2015 installierte Marketingkonzept, im Rahmen dessen auch die bestehende Tarifstruktur geändert sowie auf die Erhebung von Parkentgelten verzichtet wurde, führte zu mehr Besuchern. Allerdings konnte das damalige Ziel, die niedrigeren Erlöse durch höhere

Besucherzahlen auszugleichen, nicht erreicht werden. So waren für die Wasserwelt mit 396.541 Besuchern zwar 13.200 Besucher mehr als im Vorjahr zu verzeichnen. Auch erhöhten sich die Umsatzerlöse für den Gesamtbetrieb gegenüber dem Vorjahr um 708 T€ auf 4.090 T€ und lagen damit um 804 T€ über dem Planwert von 3.286 T€. Das Niveau des ursprünglich für die Jahre 2015 ff. veranschlagten und inzwischen korrigierten Planwerts von jährlich rd. 6.000 T€ konnte allerdings nicht erreicht werden.

Insgesamt setzt sich allerdings der Trend zur Verlagerung der Besuche von den bestehenden Bädern in die Wasserwelt fort. Im Gesamtbetrieb blieben die Besucherzahlen mit 822.912 in Höhe von 0,2 % unter dem Vorjahreswert. Hierbei machte sich die Konkurrenz durch das am 23. Juni 2016 wiedereröffnete, nun privat betriebene Badezentrum Gliesmarode bemerkbar.

Positiv zu vermerken ist aber die Ertrags- und Aufwandsentwicklung für den Gesamtbetrieb. So wurden die genannten Umsatzerlöse bei niedrigerem Personalaufwand (5.600 T€; Plan: 6.077 T€, Ist 2015: 5.909 T€) erzielt. Wie auch im Materialaufwand (verminderter Wareneinkauf) wirkte sich hierbei die seit Mai 2016 betriebene Verpachtung der Gastronomie durch verminderter Personalbedarf positiv aus. Der dargestellte, insgesamt höhere Materialaufwand (2.504 T€; Plan: 1.936 T€; Ist 2015: 1.905 T€) ergibt sich aus der gewählten Darstellung ohne Anpassungen der Vorjahreszahlen an das Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (BilRuG). Die mit 2016 vergleichbare Vorjahreszahl beträgt hingegen 2.652 T€.

Der Personalstand der Gesellschaft reduzierte sich im Jahresdurchschnitt von 143 auf 130 Mitarbeiter. Zudem konnten durch die Einführung der sog. „Bäderampel“ Resturlaube und Mehrarbeitsstunden konsequent abgebaut werden, so dass die Personalaufwendungen insgesamt um 477 T€ unter dem Planansatz lagen.

Investitionen wurden im Berichtsjahr in Höhe von 735 T€ getätigt, davon 474 T€ für die Wasserwelt und 97 T€ im Sportbad Heidberg. Unter Berücksichtigung der Anlagenabgänge sowie der planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 2.276 T€ (Vorjahr: 2.237 T€) verminderte sich das Anlagevermögen der Gesellschaft (inkl. immaterieller Vermögensgegenstände) gegenüber dem Vorjahr um 1.842 T€ und beträgt zum Bilanzstichtag 42.110 T€.

Das Zins- und Finanzergebnis beinhaltet erstmals ganzjährig die Zinsen für das im Oktober 2015 am Kreditmarkt aufgenommene langfristige Darlehn in Höhe von 9,8 Mio. € zur Finanzierung der Baukosten für das Freizeitbad.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Schrage hat zu keinen Einwendungen geführt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 2. März 2017 erteilt.

Als Anlagen sind die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht der Gesellschaft für das Jahr 2016 nebst einem Auszug aus dem Anhang betreffend die BilRUG-Auswirkungen beigefügt.

Geiger

Anlagen:

Bilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Lagebericht
Auszug aus dem Anhang

23/02/17 C 500

Anlage 2

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	€	€	Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	4.089.735,27	3.382	
2. sonstige betriebliche Erträge	<u>307.103,60</u>	<u>871</u>	
	<u>4.396.838,87</u>	<u>4.253</u>	
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.766.775,30	1.905	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>737.456,85</u>	<u>0</u>	
	2.504.232,15	1.905	
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.185.657,91	4.479	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	1.414.739,45	1.430	
(davon für Altersversorgung 589.755,64 €; i. V. 584 T€)			
	<u>5.600.397,36</u>	<u>5.909</u>	
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.275.951,72	2.237	
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>1.197.023,99</u>	<u>1.534</u>	
	9.073.373,07	9.680	
	<u>-7.180.766,35</u>	<u>-7.332</u>	
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	263,83	0	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon aus verbundenen Unternehmen: 1.285,87 €; i. V. 33 T€)	1.104.186,98	1.070	
	<u>-1.103.923,15</u>	<u>-1.070</u>	
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12.600,00	0	
10. Ergebnis nach Steuern	-8.297.289,50	-8.402	
11. sonstige Steuern	1.801,27	1	
12. Ergebnis vor Verlustübernahme	-8.299.090,77	-8.403	
13. Erträge aus Verlustübernahme	8.299.090,77	8.293	
14. Jahresfehlbetrag	0,00	-110	
15. Verlustvortrag	-109.906,08	-89	
16. Entnahme aus der Kapitalrücklage	109.906,08	89	
17. Bilanzverlust	<u>0,00</u>	<u>-110</u>	

23/02/17



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit Gesellschaft mit beschränkter Haftung

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH ist eine gemeinnützige Eigengesellschaft der Stadt Braunschweig und der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH. Sie betreibt öffentliche Schwimmbäder und medizinische Bäder und andere dem Sport, der Erholung oder der Gesundheit dienende Anlagen und dient dabei überwiegend gemeinnützigen Zwecken. Die Anteile am Gesellschaftskapital werden von der Stadt Braunschweig und der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH gehalten. Die in der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH entstehenden Verluste werden von den Gesellschaftern ausgeglichen.

Die Tätigkeiten der Gesellschaft sind von der "Beträufung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH sowie ihrer Beteiligungsunternehmen mit der Durchführung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen" erfasst. Die Beträufung erfolgte mit Wirkung vom 1. Juli 2012 für die Dauer von zehn Jahren. Vom Geschäftsjahr 2012 an wurden entsprechend Beihilfeberichte erstellt, in denen die ordnungsgemäße Verwendung der erhaltenen Ausgleichszahlungen nachgewiesen wurde.

2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Ausführungen zum Wirtschaftsbericht und zur Prognose erfolgen in Bezug auf die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren Umsatz und Jahresergebnis.

3. Wirtschaftsbericht

3.1 Überblick und Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft betreibt die Hallenbäder BürgerBadePark, Sportbad Heidberg und Wasservelt sowie die Sommerbäder Bürgerpark, Raffteich und Waggum. In den Hallenbädern werden als Nebenleistungen Dampf- und Saunabäder sowie ein Kraftraum betrieben. Daneben werden am Standort BürgerBadePark medizinische Behandlungen durchgeführt. Weitere Räumlichkeiten werden vermietet.

Im Zusammenhang mit der Eröffnung der „Wasserwelt“ ist eine attraktive Saunalandschaft entstanden, die im Jahresverlauf 2015 prämiert wurde. Weiterhin wird ein umfangreiches Kursprogramm angeboten. Mit diesem Leistungsportfolio übernimmt das Unternehmen einen wichtigen und umfangreichen Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Seit dem Jahr 2016 betreibt die Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH zum Zwecke einer kontinuierlichen und nachhaltigen Verbesserung des Unternehmens ein Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001.

Ungeachtet anhaltend schwieriger gewordener Rahmenbedingungen hat sich im Geschäftsjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr und dem Planansatz eine deutliche Verbesserung der Ertragslage ergeben, die sich wie folgt darstellt:

Im gesamten Geschäftsjahr konnte die **Gesellschaft** insgesamt **822.912 Besuche** verzeichnen; die Besucherzahl erreichte somit bei einem Minus um 0,2 % den Vorjahreswert. Hierbei setzte sich der Trend einer Verlagerung der Besuche aus den bestehenden Hallenbädern und Saunen in die Wasserwelt fort. Hinzu kommt als Konkurrenz die Aufnahme des Badebetriebes im nun privat betriebenen Badezentrum Gliesmarode seit dem 23. Juni 2016. Gerade im letzten Quartal des Geschäftsjahrs kam es zu Rückgängen bei den "normal" zahlenden Gästen, dabei fiel der Rückgang in den Bestandsbädern höher als in der Wasserwelt aus. Während die Aufwendungen insgesamt um 325 T€ unter dem geplanten Niveau blieben, sind gegenüber den Wirtschaftsplanzahlen die Erträge um 213 T€ höher ausgefallen. Im Geschäftsjahr wurde ein Ergebnis vor Verlustübernahme in Höhe von 8.299 T€ (geplant: 8.837 T€) erwirtschaftet. Insgesamt konnte der Zuschuss der Gesellschafter gegenüber dem Plan um 538 T€ erheblich gesenkt werden.

Ihren Personalstand hatte die Gesellschaft im Jahresdurchschnitt (ohne Auszubildende/ohne Geschäftsführung) von 143 auf 130 reduziert; zum Stichtag 31. Dezember waren insgesamt 142 Mitarbeiter (Vorjahr 159) beschäftigt. Die Ausbildung junger Menschen behält einen hohen Stellenwert. Im Jahr 2016 wurden Fachangestellte für Bäderbetriebe, Kaufleute für Büromanagement sowie Bürokaufleute ausgebildet. Im Jahresdurchschnitt wurden 14 Auszubildende beschäftigt.

3.2 Ertragslage (Vergleiche nach BilRUG mit Anpassung des Vorjahres und Plan auf BilRUG)

Die **Umsatzerlöse** sind im Vorjahresvergleich um insgesamt 83 T€ auf 4.090 T€ gesunken. Diese Abnahme resultierte im Wesentlichen aus der aufgegebenen Eigenbewirtschaftung der **Gastronomie** (-205 T€). Die direkten Erlöse aus den **Hallenbädern** sanken gegenüber dem Vorjahr um 154 T€ bzw. rd. 10%. Dieses resultierte aus den im März 2015 reduzierten Eintrittsentgelten in der Wasserwelt und dem Rückgang der "Normalzahler" um 5,8 %. Dem gegenüber wurden höhere Erlöse durch Verpachtung des **Fitnessstudios** Workout (+173 T€) sowie aus gesteigerten Kurseinnahmen (+62 T€) generiert.

Die Umsatzerlöse in den **Saunen** stiegen aufgrund des Zulaufs in der Sauna Wasserwelt trotz Rückganges der Besuche in den Bestandssaunen um 22 T€ leicht an. In dem Segment **Wellness** inkl. Massagen sind in der Wasserwelt 11 T€ mehr erzielt worden. Die Umsatzerlöse in den **Sommerbädern** sowie im **Shopverkauf** blieben im Vergleich des Vorjahrs konstant.

Nachdem zur Kundengewinnung und zur Verbesserung der Kundenzufriedenheit parallel zum Einsatz von zielgerichteten Marketingaktivitäten ab Mitte März 2015 die bestehende Tarifstruktur verändert sowie auf die Erhebung von Parkentgelten für Sauna- und Badegäste verzichtet wurde, wurden im Geschäftsjahr die Eintrittsentgelte zum 01. Dezember 2016 um durchschnittlich 10 % angehoben. Das damalige Ziel, die Ergebnisauswirkungen aufgrund der Tarifänderungen im Freizeitbad durch höhere Besucherzahlen auszugleichen, konnte im Wirtschaftsjahr 2016 erneut nicht erreicht werden.

Die im **Wirtschaftsplan** 2016 erwarteten **Umsatzerlöse** in Höhe von 4.157 T€ blieben um 67 T€ (vor Umgliederung BilRUG: 3.286 T€; Unterschreitung um 182 T€) unter dem geplanten Umsatz. Durch die früher als geplante Abgabe des Gastronomiebereichs sowie durch den Rückgang der "Normalzahler" wurden geringere Umsatzerlöse erzielt.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** haben sich im Vorjahresvergleich um 227 T€ (vor Umgliederung BilRUG: 871 T€; Überschreitung um 422 T€) auf 307 T€ erhöht. Diese Erhöhung erklärt sich fast ausschließlich durch die Auflösung von Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (238 T€) für das neue Freizeitbad durch Neubewertung des Rechtsbestands.

Der **Materialaufwand** sank gegenüber 2015 von 2.652 T€ um 148 T€ auf 2.504 T€ (ohne BilRUG von 1.905 T€ um 213 T€ auf 1.692 T€) insbesondere aufgrund der geringeren Verbräuche im Bereich Gastronomie um 99 T€ und Shop um 21 T€ in der Wasserwelt.

Der **Personalaufwand** sank im Vorjahresvergleich von 5.909 T€ um 309 T€ auf 5.600 T€. Im Durchschnitt beschäftigte die Gesellschaft im Vorjahresvergleich 13 Mitarbeiter weniger als im Vorjahr (130, i. V. 143 Mitarbeiter (ohne Auszubildende und ohne Geschäftsführung). Der Abbau der Mitarbeiterzahl konnte im Schwerpunkt mit der Aufgabe der Eigenbewirtschaftung der Gastronomie in der Wasserwelt (dieser Geschäftsbereich wurde verpachtet) sowie in der Fokussierung auf Aufgabenbereiche der Daseinsvorsorge bei gleichzeitiger Optimierung des Personaleinsatzes (Beispiel: Einführung der „Bäder-Ampel“ und damit konsequenter Abbau von Resturlauben und Mehrarbeitsstunden) erreicht werden. Gegenüber dem Planwert ergaben sich hieraus Einsparungen im Personalaufwand in Höhe von 477 T€.

Die **Abschreibungen** liegen mit 2.276 T€ um 39 T€ leicht über dem Vorjahreswert.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** belaufen sich im Berichtsjahr auf 1.197 T€ und fallen gegenüber dem Vorjahreswert von 787 T€ um 410 T€ höher aus. Auf diese Erhöhung entfallen 266 T€ auf den Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen, davon 213 T€ auf die Auflösung von Rückstellungen für das Freizeitbad. 27 T€ entfallen auf die Auflösung von Betriebsausstattungen durch die Aufgabe des gastronomischen Bereiches in der Wasserwelt. Darüber hinaus stiegen die sonstigen Prüfungs- und Rechtskosten um insgesamt 106 T€, wobei u. a. Rückstellungen für bevorstehende Prozess- und Anwaltskosten gebildet worden sind.

Bei den **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** zeigt der Vorjahresvergleich einen Anstieg von 1.070 T€ um 34 T€ auf 1.104 T€. Ein wesentlicher Grund liegt in dem im Vorjahr aufgenommenen Darlehen i. H. v. 9,8 Mio. € zur Finanzierung der Baukosten für das Freizeitbad, wobei die Zinsen erstmalig ganzjährig anfielen.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** betreffen eine vorsorglich eingestellte Rückstellung für Kapitalertragssteuer aufgrund noch nicht abgeschlossener Prüfungsfeststellungen des Finanzamtes in Höhe von 13 T€.

Die Sonstigen Steuern enthalten im Geschäftsjahr lediglich Grundsteuer und Kfz-Steuer in Höhe von 2 T€.

Die Stadtbau Sport und Freizeit GmbH schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem **Jahresfehlbetrag** vor Verlustausgleich in Höhe von 8.299 T€ ab; er liegt damit um 104 T€ unter dem Vorjahresverlust. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2016 unterschreitet das Ergebnis den geplanten Jahresfehlbetrag (vor Verlustausgleich) um 538 T€. Der entstandene Verlust wird auf Basis der bestehenden Regelungen von den Gesellschaftern ausgeglichen. Durch die Einhaltung des im Wirtschaftsplan kalkulierten Verlustes konnte der Fehlbetrag in voller Höhe durch die Gesellschafter ausgeglichen werden. Für den im Vorjahr verbliebenen Jahresfehlbetrag in Höhe von 110 T€ wurde ein Ergebnisverwendungsbeschluss herbeigeführt, womit dieser Betrag im Wirtschaftsjahr von Gesellschafterseite ausgeglichen wurde.

3.3 Finanzlage

Die Aufgabenstellung der Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH erfordert die kontinuierliche Zuführung von Finanzmitteln für den Geschäftsbetrieb. Hierzu stehen der Gesellschaft gemäß Vereinbarung über die Ergebnisübernahme und Liquiditätssicherung kurzfristige Finanzmittel der Gesellschafterin Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH im Rahmen der Planansätze zur Verfügung. Darüber hinaus besteht mit der Stadt Braunschweig ein Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln. Die Liquidität der Gesellschaft ist insofern jederzeit sichergestellt.

Die Eigenkapitalquote ist aufgrund der gesunkenen Bilanzsumme von 3,0 % auf 3,5 % gestiegen. Zusammen mit dem langfristigen Fremdkapital ergibt sich eine Anlagendeckung von 94,2 % (Vorjahr 95,5 %). Da die Verluste von den Gesellschaftern ausgeglichen werden, ist die Eigenkapitalquote als Kennzahl allerdings nur bedingt aussagefähig.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 735 T€ investiert worden. Hiervon betrafen 474 T€ das neue Freizeitbad, weitere 261 T€ wurden an den übrigen Bäderstandorten investiert; davon 97 T€ im Sportbad Heidberg. Von den Gesamtinvestitionen für die „Wasserwelt“ i. H. v. 474 T€ entfallen 198 T€ auf die Nachaktivierung von Baukosten, welcher jedoch gegenläufig Anschaffungskostenminderungen i. H. v. 238 T€ gegenüberstehen.

Die Finanzierung dieser Investitionen konnte unterjährig noch aus dem im Vorjahr aufgenommenen Darlehen erfolgen, mit dem ebenso der Kassenkredit des Vorjahres i. H. v. 1.500 T€ abgelöst werden konnte. Im Geschäftsjahr erfolgte zudem die Auszahlung des Teiles eines langfristigen Darlehens i. H. v. 12 T€. Dieser Betrag wurde aufgrund der Rückgabe einer gegebenen Bürgschaft für Handwerkerleistungen ausgezahlt.

3.4. Vermögenslage

Das Gesamtvermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 46.814 T€ auf 43.121 T€ verringert. Hierbei verringerte sich das langfristige Vermögen um 1.842 T€ (aufgrund der die Zugänge überkompensierenden Abschreibungen) und das kurzfristige Vermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten sank um 1.851 T€. Die Abnahme der Bilanzsumme auf der Passivseite betrifft im Wesentlichen die Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (um 1.083 T€) sowie die Tilgung von Darlehen.

Die Investitionen von 735 T€ (bei gleichzeitiger Darlehenstilgung in Höhe von 2.446 T€) konnten aus im Vorjahr aufgenommenen Darlehen finanziert werden. Zukünftig ist für Investitionen zunächst ein Abruf zur Zwischenfinanzierung aus dem Cashpool der Stadt Braunschweig geplant, worauf mittelfristig eine langfristige Finanzierung über Kreditinstitute zur Ablösung der Kassenkredite erfolgen wird.

Die Rückstellungen sind insbesondere aufgrund der Verminderung der Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, für Bonusverpflichtungen sowie für Urlaubs- und Gleitzeitrückstellungen (u. a. aufgrund der Einführung der "Bäder-Ampel") gesunken.

Weiterhin ist bei der Beurteilung der Vermögenslage die **Unterstützungskasse** der Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH e. V. zu berücksichtigen. Sie wurde am 21. Dezember 1999 mit dem Ziel gegründet, einen Kapitalstock aufzubauen, der zukünftig zu einem Abbau der jährlich steigenden Aufwendungen für Altersversorgung in den laufenden Geschäftsjahren der GmbH führen soll. Unverändert wurden im Geschäftsjahr für 34 Versicherte Beiträge in Höhe von 43 T€ abgeführt. Die in 2007 vom Trägerunternehmen an die Unterstützungskasse als Zuwendung geflossene Summe in Höhe von 412 T€ wurde zunächst in den Cashpool der Stadt Braunschweig eingestellt bzw. bei einer Bank zinsgünstig angelegt. Die Zinserträge verbleiben regelmäßig im Cashpool und werden der nächsten Festgeldanlage hinzugerechnet. Zum Bilanzstichtag weist die Unterstützungskasse einen Cashpool-Bestand in Höhe von 477 (i. V. 477) T€ aus. Der Fehlbetrag der Unterstützungskasse zum 31. Dezember 2016 beträgt 9.267 T€ (i. V. 9.203 T€).

3.5 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Die Ergebnissituation der Gesellschaft hat sich, wie in den oben genannten Punkten erläutert, aus den oben genannten Gründen deutlich im Vergleich zu den Planungsansätzen sowie des Vorjahres verbessert. Die Besucherzahlen sind gegenüber dem Vorjahr trotz eines zusätzlichen Konkurrenzunternehmens bei einem Minus von 0,2 % relativ konstant geblieben. Im Freizeitbad ist das ehemals angestrebte Niveau von rd. 420.000 zahlenden Gästen (davon 90.000 in der Sauna) nicht erreicht worden. Vor Eröffnung des Badezentrums Gliesmarode durch einen privaten Betreiber hatten sich die Besucherzahlen deutlich erholt und zu einem positiven Trend entwickelt. Mit dem politischen Beschluss, das Badezentrum Gliesmarode an einen privaten Betreiber zu übergeben, wird dieser Zielwert nicht mehr zu erreichen sein. Die Entscheidung führt zwangsläufig zu sinkenden Besucherzahlen in allen städtischen Bädern und somit zu einer Verschlechterung der Ertragslage des Unternehmens.

Die in der Vergangenheit vorgenommene Anpassung des Preissystems führte wie im Vorjahr zu einem geringeren Pro-Kopf-Umsatz. Dieser Trend setzte sich auch im Wirtschaftsjahr weiter fort. Durch eine Anpassung der Eintrittsentgelte zum 1. Dezember des Wirtschaftsjahrs soll dieser zumindest wieder an die Ergebnisse vor der Preisreduzierung anknüpfen. Weiter kommt es zu einer Verlagerung der Besuche weg von den Bestandsbädern mit höherem Preisniveau hin in das neue Freizeitbad. Nach wie vor besteht die Ansicht, dass mit der „Wasserwelt“ ein attraktives Bad angeboten wird und die Entwicklung der Besucherzahlen weiterhin positiv verlaufen kann.

Die gestiegene Besucheranzahl in der Saunaanlage (im Premiumsegment) im Wirtschaftsjahr zeigt die weiter zunehmende Attraktivität der Anlage im Freizeitbad. Der Standort wird weiterhin durch Marketingmaßnahmen beworben. Die Anzahl der Besucher im Hallenbadbereich der Wasserwelt erreichte insgesamt bei einem Plus um 0,2 % die Vorjahreswerte. Trotz Investition einer Textilsauna mit Alleinstellungsmerkmal im Umkreis konnte jedoch die Anzahl der "Normalzahler" des Vorjahres im Bad nicht mehr erreicht werden. Es ist davon auszugehen, dass durch die Wiedereröffnung des Hallenbades Gliesmarode am 23. Juni 2016 weitere Besucherrückgänge entstehen, aktuell insbesondere bei der Frequentierung von Schulen.

Die finanzielle Situation der Gesellschaft ist stabil. Die entstandenen Verluste werden durch die Gesellschafter ausgeglichen; dies ist auch künftig so vorgesehen. Es erfolgen auch in Zukunft Vorauszahlungen auf den geplanten Jahresverlust; weiterhin besteht ein Liquiditätsverbund mit der Stadt Braunschweig. Die Liquidität wird insofern jederzeit sichergestellt. Mit dem im Geschäftsjahr 2015 aufgenommenen Bankdarlehen i. H. v. 9,8 Mio. € konnten auch die Investitionen des Wirtschaftsjahrs 2016 mitfinanziert werden. Für im Wirtschaftsjahr 2017 anstehende Investitionen kann zunächst ein Kassenkredit der bei der Stadt Braunschweig zur Zwischenfinanzierung in Anspruch genommenen werden, der bei geeignetem Volumen durch ein langfristiges Darlehen abgelöst wird.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

In der zu Beginn des vierten Quartals 2016 erarbeiteten **Wirtschaftsplanung** für das Geschäftsjahr 2017 geht die Gesellschaft von Umsatzerlösen in Höhe von 4.241 T€ und einem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 8.367 T€ aus. In diesem Betrag ist ein Verlustanteil für das neue Freizeitbad in Höhe von 4.741 T€ enthalten. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die geplanten Erlöse im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2016 trotz Aufgabe der Eigenbewirtschaftung des Gastronomiebereichs durch gezielte Steuerung von Gegenmaßnahmen gehalten werden. Die Dienstleistung ist im Laufe des Geschäftsjahres 2016 von einem Unternehmen innerhalb des Konzerns übernommen worden. Ein Maßnahmenpaket zur weiteren Erhöhung der Attraktivität des neuen Bades und einer damit verbundenen Steigerung der Besucherzahlen ist erarbeitet und zum Teil bereits umgesetzt worden. Darüber hinaus wird im laufenden Geschäftsjahr 2017 eine Entscheidung darüber getroffen, ob der ältere Teil des Sportbades im Stadtteil Heidberg in den beiden Folgejahren saniert werden soll.

Bei der Gesellschaft ist ein Risikomanagementsystem installiert. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Risikopositionen sowie eine permanente Anpassung des Systems an aktuelle Gegebenheiten. Im Wesentlichen bestehen **Risiken** für die Gesellschaft vor allem durch:

- geringere Besucherzahlen, die zu geringeren Erträgen führen:
 - a) aufgrund der Eröffnung des Badezentrums Gliesmarode am 23. Juni 2016;
 - b) aufgrund des Eintritts in das Fitnessstudio Workout (Abwanderung der "Normal zahler");
 - c) durch niedrige Temperaturen in der Sommersaison in den Sommerbädern;

- Schadensersatzforderungen von Dritten im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Bades;
- eventuelle Preissteigerungen bei den Betriebskosten, die über der berücksichtigten Preissteigerungsrate liegen;
- schwankende Zinsen. Sie können im hohen Maße auf das Zinsergebnis und damit das Gesamtergebnis der Gesellschaft durchschlagen.

Bestandsgefährdende Risiken liegen nicht vor.

Im Wesentlichen bestehen **Chancen** für die Gesellschaft vor allem durch:

- überplanmäßige Besucherzahlen und daraus resultierend höhere Erträge aufgrund von höheren Temperaturen in der Sommersaison;
- die kontinuierliche Weiterentwicklung des Kursprogramms durch Schaffung neuer Angebote;
- Erträge durch Regressfordernungen, die die Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Bau der Wasserwelt gegenüber Dritten realisiert;
- Der in dem Wirtschaftsplan 2017 ausgewiesene Zinsaufwand für anstehende Darlehensaufnahmen oder Prolongationen ist mit einem Zinssatz i. H. v. 2,5 % gerechnet worden. Bei einem geringeren Zinssatz zum Zeitpunkt der Darlehensaufnahmen ergeben sich Einsparungen;
- Neue Entgeltordnung ab 1. Dezember 2016.

Um auch in Zukunft die prognostizierten Ergebnisse erreichen zu können bzw. den Verlustausgleich weiter zu senken, wird es weiterhin nötig sein, alle Bereiche des Unternehmens intensiv zu betrachten. Dabei gilt es, Strukturen wenn nötig zu verändern und mit einer bedarfsgerechten Reduzierung des Angebotes auf die tatsächliche Nachfrage zu reagieren. Angebote mit größerem Marktpotential sind dabei bevorzugt zu behandeln.

Braunschweig, den 28. Februar 2017

Stadtbad Braunschweig Sport und Freize


(Christoph **Schlupkoffen**)
Geschäftsführer

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Braunschweig

Anhang für das Geschäftsjahr 2016

I. Allgemeine Angaben

Die Stadtbad Braunschweig Freizeit und Sport Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat ihren Sitz in Braunschweig und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Braunschweig unter Nummer HRB 31 eingetragen. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung der Vorschriften für Kapitalgesellschaften und der sie ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Vorschriften des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (BiRUG) wurden in diesem Jahresabschluss pflichtgemäß umgesetzt.

Im Interesse der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die gesetzlich vorgeschriebenen Vermerke zu Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung fast ausschließlich im Anhang aufgeführt.

Die bisher angewandten Bewertungsgrundsätze haben gegenüber dem Vorjahr keine Änderung erfahren. Die Gliederung wurde an die Vorgaben gemäß BiRUG angepasst.

Die Gesellschaft hat im Jahresabschluss 2016 erstmals das HGB in der Fassung des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (BiRUG) vom 17. Juli 2015, das am 23. Juli 2015 in Kraft getreten ist, angewendet.

In den Umsatzerlösen des laufenden Geschäftsjahres sind Erträge von 986 (i. V. 791) T€ (insbesondere Erlöse aus Mieterträgen der Bäder in Höhe von 908 (i. V. 717) T€) enthalten, die im Vorjahr noch unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen worden sind. Insofern sind die Umsatzerlöse bzw. die sonstigen betrieblichen Erträge nicht mit dem Vorjahr vergleichbar.

Ebenso sind der Materialaufwand bzw. die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nicht mit dem Vorjahr vergleichbar. In den Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren des laufenden Geschäftsjahres sind Aufwendungen in Höhe von 75 (i. V. 78) T€ für Instandhaltungen enthalten, die im Vorjahr unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen worden sind. In den Aufwendungen für bezogene Leistungen des laufenden Geschäftsjahrs sind Aufwendungen in Höhe von 737 (i. V. 669) T€ (insbesondere bezogene Leistungen für Instandhaltungen in Höhe von 527 (i. V. 412) T€) enthalten, die im Vorjahr ebenfalls unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen worden sind.

Die Vorjahreszahlen wurden nicht angepasst. Die folgende Tabelle stellt die Posten im Überblick dar:

Bezeichnung des GuV-Postens	2016 (lt. GuV)	2015	2015
		(lt. GuV 2015 - ohne BilRUG- Anpassungen)	nach BilRUG- Anpassungen (mit 2016 vergleichbare Vorjahreszahlen)
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	4.090	3.382	4.173
2. sonstige betriebliche Erträge	307	871	80
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.767	1.905	1.983
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	737	0	669
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.197	1.534	787

Die Gesellschaft ist nach den Größenklassenkriterien des § 267 Abs. 2 HGB eine mittelgroße Kapitalgesellschaft.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewandt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das immaterielle Anlagevermögen wird zu Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Das Sachanlagevermögen ist mit Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zuzüglich Nebenkosten abzüglich Anschaffungskostenminderungen und vermindert um Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Betreff:

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH
Jahresabschluss 2016 - Entlastung des Aufsichtsrats und der
Geschäftsführung

Organisationseinheit:**Datum:**

25.04.2017

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Beratungsfolge**Sitzungstermin**

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

04.05.2017

Status

Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

1. der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH werden angewiesen,
2. der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen,

in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat werden für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt.“

Sachverhalt:

Im Hinblick auf den Beschlussvorschlag wird auf die in der heutigen Sitzung vorgelegten Unterlagen zum Jahresabschluss 2016 der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (StB-GmbH) Bezug genommen (siehe Drucks.-Nr. 17-04305).

Gemäß § 12 Abs. 1 Buchst. b des Gesellschaftsvertrages der StB-GmbH obliegt die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung der Gesellschafterversammlung der StB-GmbH. Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH (SBBG) unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der StB-GmbH der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der StB-GmbH sowie der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchst. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Schlimme

Anlage/n: keine

Betreff:

**Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
Jahresabschluss 2016 - Feststellung**

*Organisationseinheit:**Datum:*

11.04.2017

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

*Beratungsfolge**Sitzungstermin*

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

04.05.2017

Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH werden angewiesen,
- b) der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss 2016 mit einem Überschuss in Höhe von 281.006,52 € wird festgestellt.
2. Es erfolgt eine Gewinnausschüttung in Höhe von 118.497,01 € an die beiden Gesellschafterinnen Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und Stadt Braunschweig anteilig ihrer jeweils gehaltenen Geschäftsanteile zum 15. Oktober 2017.
3. Der verbleibende Jahresüberschuss in Höhe von 162.509,51 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.“

Sachverhalt:

Die Gesellschaftsanteile an der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HBG) werden in Höhe von 94,9 % von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) und in Höhe von 5,1 % von der Stadt Braunschweig gehalten.

Der Jahresabschluss ist gemäß § 16 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der HBG von der Geschäftsführung aufzustellen. Die Feststellung des Jahresabschlusses obliegt gemäß § 12 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages der Gesellschafterversammlung. Zuvor ist gemäß § 11 Abs. 3 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages eine Beratung im Aufsichtsrat erforderlich.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der HBG der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der HBG und der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Der Aufsichtsrat der HBG hat sich in seiner Sitzung am 30. März 2017 mit dem Jahresabschluss 2016 befasst und die Feststellung des Jahresabschlusses 2016 in der vorgelegten Fassung sowie die vorgeschlagene Gewinnverwendung empfohlen.

Die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Überschuss in Höhe von 281.006,52 € ab. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2016 ergibt sich damit eine geringe Ergebnisverbesserung in Höhe von rd. 6,8 T€.

Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr 2016 um rd. 548,5 T€ auf 11.548.152,83 € erhöht.

Die Entwicklung der Aufwands- und Ertragspositionen im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass der Jahresabschluss 2016 erstmals unter Anwendung des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG), das am 23. Juli 2015 in Kraft getreten ist, aufgestellt wurde. Die Jahresabschlussdaten 2015 und die Plandaten 2016 wurden noch auf Grundlage der bis zum 23. Juli 2015 geltenden Rechtsvorschriften erstellt. Entsprechend sind die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge nicht direkt vergleichbar. Die Umgliederung der Vorjahresdaten nach BilRUG ist der Anlage 3 zu dieser Vorlage zu entnehmen.

	Angaben in T€	Ist 2015	Plan 2016	Ist 2016	Plan 2017
1	Umsatzerlöse	11.109,7	11.332,4	13.043,6	11.384,4
2	Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0,0	0,0	81,9	0,0
3	Sonstige betriebliche Erträge	1.014,0	770,0	578,9	748,5
3a	davon <i>Auflösungserträge aus Sonderposten</i>	411,0	360,0	428,0	428,5
	<i>Summe 1-3: % zum Vorjahr/Plan</i>		-0,2%	+13,0% / +13,2%	-11,5%
4	Materialaufwand	-8.056,2	-7.838,0	-9.411,0	-7.998,5
5	Personalaufwand	-1.623,0	-1.727,0	-1.697,9	-1.736,9
6	Abschreibungen	-593,5	-585,0	-608,2	-610,0
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.394,0	-1.539,2	-1.554,5	-1.451,1
8	Betriebsergebnis (Summe 1-7)	456,9	413,2	432,8	336,4
9	Zins-/Finanzergebnis	-15,0	-4,0	-7,4	0,2
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-124,6	-112,7	-120,0	-92,6
11	Ergebnis nach Steuern (Summe 8-10)	317,3	296,5	305,4	244,0
12	sonstige Steuern	-22,0	-22,3	-24,4	-24,3
13	Jahresergebnis (Summe 11-12)	295,3	274,2	281,0	219,7

Die Umsatzerlöse haben sich insgesamt gegenüber der Planung positiv entwickelt (rd. +1.711,2 T€).

Für den Bereich Hafen- und Hafenbahnbetrieb sind Mindererlöse in Höhe von rd. 347 T€ zu verzeichnen. Diese sind auf das gegenüber der Planung geringere Umschlagsvolumen insbesondere der Bahngüter zurückzuführen. Wesentlicher Grund für den Rückgang ist der Wegfall des Containerzuges von und nach Bremerhaven seit Januar 2016.

Nach dem Wegfall der Zugverbindung wurden die Container ersatzweise per LKW transportiert. Dies hat u. a. zu einer Erhöhung der Umsatzerlöse im Bereich Containertransfer um insgesamt rd. 1.570 T€ beigetragen. Die hierdurch entstandenen Mehrkosten sind an die Kunden weiterbelastet worden.

Die Erlöse im Bereich Mieten und Pachten bewegen sich auf Planniveau (rd. -2 T€).

Die Bestandsveränderungen betreffen zum Bilanzstichtag unfertige Leistungen für Dritte im Bereich des Heizkraftwerks Mitte. Die Arbeiten werden in 2017 abgeschlossen und schlussgerechnet. Bereits abgerechnete Leistungen sind in den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen gegenüber der Planung um rd. 191,1 T€ geringer aus. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die BiLRUG-bedingte Umgliederung der Umsatzerlöse zurückzuführen. So sind seit dem Geschäftsjahr 2016 Erlöse aus der Weiterberechnung von sonstigen Gebühren, Stromlieferungen, Wasserentnahmen und Grundsteuer nicht mehr als sonstige betriebliche Erträge sondern als Umsatzerlöse zu buchen. Das Volumen dieser Positionen beläuft sich im Geschäftsjahr 2016 auf rd. 397 T€.

Die Materialaufwendungen fallen gegenüber der Planung um rd. 1.573 T€ höher aus. Grund für die Erhöhung sind u. a. die nach Wegfall des Containerzuges durch den Transport per LKW entstandenen Mehrkosten. Zudem wurden im Zuge der Insolvenz einer Reederei für vereinzelte Kunden Hafengebühren in Hamburg verauslagt und in gleicher Höhe weiterbelastet.

Die Personalaufwendungen, die Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bewegen sich auf Planniveau.

Die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Schlage Partnerschaft mbB hat zu keinen Einwendungen geführt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 1. März 2017 erteilt.

Ergebnisverwendung:

Wie in den Vorjahren erfolgt eine Bruttoausschüttung in Höhe von 8 % des gezeichneten Kapitals. Dies entspricht einem Betrag in Höhe von 118.497,01 €. Die Gewinnausschüttung erfolgt an die beiden Gesellschafterinnen SBBG und Stadt Braunschweig anteilig ihrer jeweils gehaltenen Gesellschaftsanteile. Entsprechend ergibt sich eine Bruttoausschüttung an die SBBG in Höhe von 112.453,66 € und in Höhe von 6.043,35 € an die Stadt Braunschweig. Nach Abzug der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlages ergibt sich eine Nettoausschüttung an die SBBG in Höhe von 82.794,00 € und an die Stadt Braunschweig in Höhe von 5.086,99 €. Die auf den Ausschüttungsbetrag an die SBBG anfallenden Steuern in Höhe von 29.659,66 € können verrechnet werden, sodass sich eine entsprechende Steuerersparnis ergibt. Die Gewinnausschüttung soll zum 15. Oktober 2017 erfolgen. Der verbleibende Jahresüberschuss in Höhe von 162.509,51 € soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, ein Auszug aus dem Anhang sowie der Lagebericht 2016 der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH sind als Anlagen beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

Bilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Auszug aus dem Anhang
Lagebericht

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2016

	Aktiva			Stand am 31.12.2015	Passiva			Stand am 31.12.2015
	€	€	T€		€	€	T€	
A. Anlagevermögen								
I. Immaterielle Vermögensgegenstände (entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten)		34.632,00	35					
II. Sachanlagen								
1. Grundstücke und Bauten	3.186.187,07	3.256						
2. technische Anlagen und Maschinen	4.272.146,00	4.620						
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	414.963,00	433						
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	698.098,14	0						
	<u>8.571.394,21</u>	<u>8.309</u>						
	<u>8.606.026,21</u>	<u>8.344</u>						
B. Umlaufvermögen								
I. Vorräte								
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	55.732,00	62						
2. unfertige Leistungen	81.892,10	0						
2. Waren	145.730,00	118						
	<u>283.354,10</u>	<u>180</u>						
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände								
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.698.810,27	1.504						
2. Forderungen gegen Gesellschafter	353.247,59	353						
3. sonstige Vermögensgegenstände	215.077,56	185						
	<u>2.267.135,42</u>	<u>2.042</u>						
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten								
	<u>385.096,01</u>	<u>431</u>						
	<u>2.935.585,53</u>	<u>2.653</u>						
C. Rechnungsabgrenzungsposten								
	<u>6.541,09</u>	<u>3</u>						
	<u>11.548.152,83</u>	<u>11.000</u>						

J. S. Fleck

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	€	€	Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse		13.043.620,35	11.110
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen		81.892,10	0
		13.125.512,45	11.110
3. sonstige betriebliche Erträge		578.854,66	1.014
		13.704.367,11	12.124
4. Materialaufwand (Aufwendungen für bezogene Leistungen)		9.411.004,50	8.056
		4.293.362,61	4.068
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.299.303,95		1.230
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: 84.710,17 €; i. V. 84 T€)	398.630,63		393
		1.697.934,58	1.623
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	608.175,62		594
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.554.464,97		1.394
		3.860.575,17	3.611
		432.787,44	457
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47,58		1
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.448,12		16
		-7.400,54	-15
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	119.966,82		125
11. Ergebnis nach Steuern	305.420,08		317
12. sonstige Steuern	24.413,56		22
13. Jahresüberschuss	281.006,52		295



Auszug aus dem
Anhang für das Geschäftsjahr 2016

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
Betrieb Hafen und Hafenbahn der Stadt Braunschweig
Braunschweig

III. Darstellungsstetigkeit

Die Gesellschaft hat im Jahresabschluss 2016 erstmals das HGB in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BiRUG) vom 17. Juli 2015, das am 23. Juli 2015 in Kraft getreten ist, angewendet.

Insofern sind die Umsatzerlöse bzw. die sonstigen betrieblichen Erträge nicht mit dem Vorjahr vergleichbar. In den Umsatzerlösen des laufenden Geschäftsjahres sind 397 TEUR Erlöse aus der Weiterberechnung von sonstigen Gebühren, Stromlieferungen, Wasserentnahmen und Grundsteuer enthalten, die im Vorjahr in Höhe von 358 TEUR noch unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen worden sind. Die Vorjahreszahlen wurden nicht angepasst.

Die folgende Tabelle stellt die Posten im Überblick dar:

Bezeichnung des GuV-Postens	2016 (lt. GuV) €	2015 (lt. GuV 2015, ohne BiRUG- Anpassungen) €	2015 nach BiRUG- Anpassungen (mit 2016 ver- gleichbare Vor- jahreszahlen) €
Umsatzerlöse	13.043.620,35	11.109.724,58	11.467.302,93
Sonstige betriebliche Erträge	578.854,66	1.013.995,06	656.416,71

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HBG) mit einem Stammkapital von 2.897.000,00 DM wurde bis zum 13.12.2016 von der Stadt Braunschweig allein gehalten. Nach einem Gesellschafterwechsel hält die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) seit dem 14.12.2016 94,9% und die Stadt Braunschweig 5,1% der Anteile. Die SBBG trägt somit 2.749.253,00 DM, die Stadt Braunschweig 147.747,00 DM der Geschäftsanteile.

Die Gesellschaft betreibt und verwaltet den öffentlichen Binnenhafen und die Hafen- und Industriebahn der Stadt Braunschweig. Die Hafenanlagen bestehen aus einem Hafenbecken von 550 x 70 m, zwei Parallelhäfen von 500 x 20 m und 100 x 20 m mit zusammen 1.700 m senkrechtem Ufer, 7 Krananlagen, einer Bandanlage, einer Mineralölauslagstelle, einer 60 t Straßenfahrzeugwaage und einer trimodalen Containerumschlaganlage.

Die Hafen- und Industriebahn mit Anschluss an die Deutsche Bahn AG hat eine Gleislänge von 15 km und wird mit zwei Diesellokomotiven betrieben. Zusätzlich betreibt die Gesellschaft die Anschlussbahn zum Heizkraftwerk Mitte mit einer Gleislänge von 2,5 km. Dem LKW-Verkehr stehen 2000 m hafeneigene öffentliche Straßen und 1000 m Ladestraßen zur Verfügung. Das der Gesellschaft gehörende Hafengelände von 645.000 m² ist, soweit es nicht dem eigenen Betrieb oder als Vorratsgelände dient, an Umschlaggesellschaften und hafengebundene Industriebetriebe verpachtet.

2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Ausführungen zum Wirtschaftsbericht und zur Prognose erfolgen in Bezug auf die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren Umsatz und Jahresergebnis.

Mit Übertragung der Geschäftsanteile an die SBBG wurde ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen, so dass ab 2017 das Jahresergebnis vor Ergebnisabführung definiert ist.

3. Wirtschaftsbericht

3.1. Gesamtwirtschaftliche und Branchenbezogene Rahmenbedingungen

3.1.1 Allgemeine Branchenentwicklung

In Deutschland wurden 2016 mehr Güter transportiert als je zuvor. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) stieg das Transportaufkommen gegenüber dem Vorjahr um 1,1% auf 4,6 Milliarden Tonnen. Zu diesem Wachstum trugen die Verkehrszweige Lastkraftwagen, Seeschiffe, Rohrleitungen und Flugzeuge bei. Beim Eisenbahnverkehr und bei der Binnenschifffahrt gab es dagegen Rückgänge. Binnenschiffe beförderten mit 220 Millionen Tonnen weniger Güter als im Vorjahr. Insgesamt wuchs der Güterverkehr in Deutschland im vierten Jahr in Folge.

Methodischer Hinweis:
Die Angaben beruhen auf vorliegenden Monatsdaten, ergänzt um Schätzungen.
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Destatis)

Rückläufig war der Containerverkehr (-0,8%). Er nahm im ersten Halbjahr 2016 gegenüber den ersten sechs Monaten 2015 um circa 58.000 auf etwas unter 7,7 Millionen TEU (Twenty-foot-Equivalent-Unit) ab. Bei den vier im Containerverkehr wichtigsten Fahrtgebieten zeigten sich dabei sehr unterschiedliche Entwicklungen: Während der Containerverkehr mit den USA um 28,6% und mit Finnland um 8,3% kräftig zunahm, ging er für China mit -0,3% etwas und für Russland mit -15,9% stark zurück.

3.1.2 Branchenentwicklung im Hafen Braunschweig

Die Gesamtumschlagsleistung im Hafen Braunschweig ist im Vergleich zum Vorjahr um 3,8% gesunken. Das Ergebnis liegt damit 7,9% unter den Planzahlen. Dabei ist zu beobachten, dass die Verlagerung von Bahn- auf Schiffsverkehr auch in 2016 angehalten hat. Rückgänge im Bahnverkehr wurden durch Steigerungen im Schiffsumschlag teilweise kompensiert. Ursache hierfür ist die ganzjährige Schiffbarkeit der norddeutschen Kanäle, sowie der Entfall der Containerzug-Verbindung zwischen Braunschweig und Bremerhaven. Auch gab es im Winter 2015/16 keine witterungsbedingten Schifffahrtsperrungen.

Bezogen auf die Güterarten konnte insbesondere Steigerungen bei landwirtschaftlichen und chemischen Erzeugnissen verzeichnet werden. Demgegenüber stehen Rückgänge im Umschlag von Fertigprodukten und Mineralöl.

Auch die Umschlagsleistung im Containerverkehr liegt um 4,8% über der Vorjahresleistung. Das Ergebnis liegt damit um 1,7% unter der Planzahl.

Logistische Dienstleistungen, die nicht in der Statistik erfasst werden, tragen zu dem guten Ergebnis bei. Value-Add-services wie, Containerbe- und –entladung, Lagerung, sowie damit verbundene Tätigkeiten haben zusätzliche Verkehrsströme über den Hafen Braunschweig gezaugen.

3.2 Plan-Ist-Vergleich

Im Vergleich mit den Planzahlen für 2016 haben sich die Umsatzerlöse erhöht. Größter Steigerungsgrund sind Steigerungen im Containertransfer mit 1.570 T€. Das Jahresergebnis liegt 7 T€ über den Planzahlen.

Die Entwicklung der Geschäftslage wird grundsätzlich positiv eingeschätzt.

3.3 Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte in 2016 einen Jahresüberschuss von 281.006,52 €

Es folgt eine Gegenüberstellung der zusammengefassten Gewinn- und Verlustrechnungen für die Geschäftsjahre 2016 und 2015:

	2016		2015		+/- T€
	T€	%	T€	%	
Umsatzerlöse					
Bestandsveränderung	13.044	99,4	11.110	100,0	1.934
Gesamtleistung	82	0,6	0	0,0	82
Materialaufwand (bezogene Leistungen)	13.126	100,0	11.110	100,0	2.016
	9.411	71,7	8.056	72,5	1.355
Rohertrag					
Personalaufwand	3.715	28,3	3.054	27,5	661
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.698	12,9	1.623	14,6	75
Sonstige ordentliche Erträge	1.393	10,6	1.229	11,1	164
	464	3,5	842	7,6	-378
EBITDA					
Normalabschreibungen	1.088	8,3	1.044	9,4	44
	608	4,6	594	5,3	14
EBIT					
	480	3,7	450	4,1	30
Finanzergebnis					
	-7	-0,1	-15	-0,1	8
Ordentliches Ergebnis					
Neutrales Ergebnis	473	3,6	435	3,9	38
	-72		-15		-57
Ergebnis vor Ertragsteuern					
	401		420		-19
Ertragsteuern	120		125		-5
Jahresergebnis					
	281		295		-14

Durch die Umstellung gemäß BilRUG sind die Umsatzerlöse bzw. die sonstigen betrieblichen Erträge nicht mit dem Vorjahr vergleichbar. In den Umsatzerlösen des laufenden Geschäftsjahrs sind 397 T€ Erlöse aus der Weiterberechnung von sonstigen Gebühren, Stromlieferungen, Wasserentnahmen und Grundsteuern enthalten, die im Vorjahr in Höhe von 358 T€ noch unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen worden sind.

Im Jahre 2016 wurden folgende Verkehrsleistungen erbracht:

	<u>2015</u>	<u>2016</u>	<u>Differenz</u>
Schiffsgüter Empfang	420.710 t	410.735 t	- 9.975 t
Versand	345.313 t	367.710 t	+ 22.397 t
Gesamt	766.023 t	778.445 t	+ 12.422 t
Bahngüter Empfang	39.945 t	27.438 t	- 12.507 t
Versand	43.052 t	10.635 t	- 32.417 t
Gesamt	82.997 t	38.073 t	- 44.924 t
LKW-Waage	130.374 t	132.975 t	+ 2.601 t
Containerumschlag	59.728 TEU	62.633 TEU	+ 2.905 TEU

Der Rückgang der Umschlagsleistung bei der Hafenbahn resultiert aus der Einstellung des KV-Zuges zwischen Braunschweig und den deutschen Seehäfen.

3.4 Vermögenslage

Ausweislich der Bilanzen zum 31. Dezember 2016 bzw. 31. Dezember 2015 ergibt sich folgende Vermögens- und Kapitalstruktur:

	31.12.2016			31.12.2015			+/-
	T€	%	kurzfristig	T€	%	kurzfristig	
Vermögensstruktur							
Immaterielle Vermögensgegenstände	35	0,3		35	0,3		0
Sachanlagen	8.571	74,1		8.309	75,5		262
Anlagevermögen	8.606	74,4		8.344	75,8		262
Vorräte	283	2,5	283	179	1,7	179	104
Forderungen	1.914	16,6	1.914	1.690	15,4	1.690	224
Cash Pool Stadt Braunschweig	353	3,1	353	353	3,2	353	0
sonstige flüssige Mittel	385	3,3	385	431	3,9	431	-46
Umlaufvermögen	2.935	25,5	2.935	2.653	24,2	2.653	282
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0,1		3	0,0		4
	11.548	100,0	2.935	11.000	100,0	2.653	548
Kapitalstruktur							
Eigenkapital	4.374	38,0		4.211	38,3		163
Sonderposten	5.075	43,9		4.895	44,5		180
Langfristige Rückstellungen	12	0,1		6	0,1		6
Langfristige Finanzschulden	177	1,5	36	213	1,9	36	-36
Langfristiges Fremdkapital	189	1,6	36	219	2,0	36	-30
Kurzfristige Rückstellungen	960	8,3	960	682	6,2	682	278
Kurzfristige Verbindlichkeiten	945	8,2	945	988	9,0	988	-43
Kurzfristiges Fremdkapital	1.905	16,5	1.905	1.670	15,2	1.670	235
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0,0		5	0,0		0
	11.548	100,0	1.941	11.000	100,0	1.706	548
Working Capital				994			947

Im Laufe des Jahres 2016 fanden auf den Gleisanlagen der Hafenbahn Investitionsmaßnahmen mit einem Volumen von 698 T€ statt. Die Gleisbaumaßnahmen wurden im Rahmen des Schienengüterfernverkehrsnetzförderungsgesetz (SGFFG) zu 50% vom Bund und zu 40% vom Land gefördert.

3.5 Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und Verwendung finanzieller Mittel gibt die folgende Kapitalflussrechnung, die die Zahlungsmittelflüsse auf Basis des Finanzmittelfonds (Flüssige Mittel) nach der indirekten Methode darstellt und den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 (DRS 21) entspricht.

	2016 T€	2015 T€
Jahresüberschuss		
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	281	295
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	608	594
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (Sonderposten Zuschüsse)	264	-35
Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-428	-411
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-332	330
Zinsaufwendungen	-43	-194
Zinserträge	7	16
Ertragsteueraufwand/-ertrag	-1	-1
Ertragsteuerzahlungen	120	125
	-107	-100
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	369	619
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-8	-42
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-862	-585
Erhaltene Zinsen	1	1
	-869	-626
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	454	310
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-36	-45
Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen	612	480
Rückzahlung Zuschüsse	-4	-7
Gezahlte Dividenden	-118	-118
	454	310
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-46	303
Zahlungswirksame Veränderungen	784	481
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	738	784
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>
Cash-Pool Stadt Braunschweig	353	353
sonstige flüssige Mittel	385	431
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>

3.6 Personalwesen

Im Jahresverlauf sind alle vakanten Stellen besetzt worden.

Alle gewerblichen Mitarbeiter sind in allen Tätigkeitsbereichen ausgebildet. Somit kann der Betrieb auf alle Kundenanforderungen flexibel reagieren. Auch in 2016 wurde die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter in allen Bereichen fortgesetzt.

4. Prognosebericht

Auf Basis von Kundenabfragen erwarten wir aufgrund von zusätzlich in Aussicht gestellten Gütermengen ein leicht steigendes Umschlagsvolumen im Vergleich zum Vorjahr.

Wir veranschlagen ein Umsatzvolumen auf Vorjahresniveau mit einem Jahresergebnis vor Gewinnabführung von rund 300 T€.

5. Risikobericht

Grundsätzlich besteht ein Risiko witterungsbedingter Sperrungen der Verkehrswege und Behinderungen durch Baumaßnahmen. Insbesondere die geplante Grundinstandsetzung des Osttroges des Schiffshebewerks Scharnebeck im Laufe 2018 wird die Binnenschifffahrt von/nach Hamburg bis Ende 2019 behindern. Dabei könnten sich sowohl der Wegfall von Umschlagsvolumen, als auch die Aufwendungen zur Erfüllung der Transportverpflichtungen im Containerverkehr negativ auswirken.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht zu erkennen.

6. Chancenbericht

Der Hafen Braunschweig kann von seiner strategischen Lage im Ost-West-Korridor (TEN-T) als Standort für logistische Aufgaben (Konsolidierungs-, Bündelungs-, und Distributionsfunktionen) profitieren. Dabei wird auch durch die modal-split Ziele des Seehafens Hamburg und die Steigerung im Seegüterumschlag eine Erhöhung der Umschlagsvolumen im Hafen Braunschweig erwartet.

Braunschweig, 28.02.2017

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH



Jens Hohls

Betreff:

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
Jahresabschluss 2016 - Entlastung des Aufsichtsrates und der
Geschäftsführung

Organisationseinheit:**Datum:**

11.04.2017

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	04.05.2017	Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH werden angewiesen,
- b) der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung zu erteilen.“

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschages wird auf die in der heutigen Sitzung vorgelegten Unterlagen zum Jahresabschluss 2016 der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HBG) Bezug genommen (siehe Drucksache 17-04294).

Die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt gemäß § 12 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der HBG der Gesellschafterversammlung. Zuvor bedarf die Entlastung der Geschäftsführung gemäß § 11 Abs. 3 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der HBG der Beratung im Aufsichtsrat.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der HBG der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der HBG und der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Der Aufsichtsrat der HBG hat in seiner Sitzung am 30. März 2017 die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016 empfohlen.

Geiger

Anlage/n:

keine

Betreff:**Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Jahresabschluss 2016 -
Feststellung****Organisationseinheit:**Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen**Datum:**

25.04.2017

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

04.05.2017

Status

Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

- Der Jahresabschluss der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH für das Geschäftsjahr 2016 wird mit einem Jahresfehlbetrag von 47.694,33 € festgestellt.
- Die Gesellschafterin Stadt Braunschweig führt zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 47.694,33 € der Kapitalrücklage zu.
- Dieser Betrag wird zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages der Kapitalrücklage entnommen.“

Sachverhalt:

Die gemäß § 11 Buchstabe a) des Gesellschaftsvertrages der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) vorgesehene Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Abdeckung des Verlustes bedarf einer Weisung an die dortigen Vertreter der Stadt Braunschweig.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der SFB herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziff. 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Der Aufsichtsrat der SFB hat in seiner Sitzung am 18. April 2017 den Jahresabschluss 2016 beraten und der Gesellschafterversammlung o. g. Beschlussfassung empfohlen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2016 der Gesellschaft weist (vor Verlustübernahme durch die Stadt) einen Fehlbetrag von 47,7 T€ aus und liegt damit um rd. 0,4 T€ besser als im Nachtragswirtschaftsplan 2016 seinerzeit veranschlagt.

Die Entwicklung der Aufwands- und Ertragspositionen ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

	In T€	IST 2015	Originärer Wirtschaftsplan 2016	Nachtrags-Wirtschaftsplan 2016	IST 2016	Nachrichtlich: Plan 2017
1 Umsatzerlöse	0,0	0,0	17,1	0,0	51,8	
2 Sonstige betriebliche Erträge	8,7	0,0	0,0	1,5	0,0	
3 Materialaufwand*	0,0	0,0	-5,6	0,0	-20,0	
4 Personalaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
5 Abschreibungen	-0,7	-0,1	-0,1	0,0	-0,1	
6 Sonstige betriebl. Aufwendungen	-35,1	-24,0	-49,6	-49,2	-53,0	
7 Betriebsergebnis (Summe 1 bis 6)	-27,1	-24,1	-38,2	-47,7	-21,3	
8 Zins- und Finanzergebnis	2,3	1,0	-9,9	0,0	-23,8	
9 Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
10 Ergebnis nach Steuern (7+8+9)	-24,8	-23,1	-48,1	-47,7	-45,1	
11 Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0	-3,0	
12 Jahresergebnis (10+11)	-24,8	-23,1	-48,1	-47,7	-48,1	

* Aufwand für bezogene Leistungen; ab 2016: Kosten für Grundstücksbewirtschaftung

Die SFB hat im Jahr 2016 Grundstücke von der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH (u. a. den Lilienthalplatz) erworben. Ich verweise hierzu auf meine Mitteilung außerhalb von Sitzungen für den Rat vom 11. April 2016 „Städtebauliche Infrastrukturentwicklung am Forschungsflughafen Braunschweig“ (DS 16-01754) sowie meine Vorlage vom 15. April 2016 für den Finanz- und Personalausschuss am 21. April 2016 zur Beschlussfassung über den Nachtragswirtschaftsplan 2016 der SFB. Die erworbenen Grundstücke sind mit einem Betrag von rd. 2,1 Mio. € aktiviert worden und finanziert mit einem von der Stadt Braunschweig verbürgten Darlehen der NORD/LB (siehe hierzu meine Vorlage vom 8. Juni 2016 (DS 16-02327) für den Rat der Stadt am 21. Juni 2016 zur Beschlussfassung über diese Bürgschaft). Hierdurch ergab sich in der Bilanz eine starke Erhöhung des Anlagevermögens auf der Aktivseite der Bilanz und durch die Darlehensaufnahme ein Anstieg der Verbindlichkeiten auf der Passivseite der Bilanz.

Die Kreditaufnahme ist erst Ende 2016 umgesetzt worden, so dass Zinsaufwand hierfür noch nicht angefallen ist.

Aufwendungen sind neben den jährlich üblichen Kosten für Rechts-, Beratungs-, Abschluss- und Prüfungskosten lediglich in geringem Umfang für die Grundstücksbewirtschaftung (17,0 T€) angefallen.

Der ausgewiesene Fehlbetrag soll von der Gesellschafterin Stadt Braunschweig ausgeglichen werden. Mittel stehen im Haushalt 2017 zur Verfügung.

Die Prüfung des Jahresabschlusses durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Friedrichs & Partner, Göttingen, hat zu keinen Einwendungen geführt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 7. Februar 2017 erteilt.

Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht 2016 der SFB sind als Anlagen beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Lagebericht 2016

**Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
Braunschweig**

BILANZ ZUM 31. Dezember 2016

AKTIVA

	31.12.2016	31.12.2015
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.108.733,90	0,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	100.611,95
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>26.405,38</u>	<u>1.859.618,27</u>
	26.405,38	1.960.230,22
II. Guthaben bei Kreditinstituten	1.384.909,36	12.512,84
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
	963,89	340,00
	<hr/>	<hr/>
	3.521.012,53	1.973.083,06
	<hr/>	<hr/>

Nöff 6.2.17

**Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
Braunschweig**

BILANZ ZUM 31. Dezember 2016

PASSIVA

	31.12.2016 €	31.12.2015 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00
II. Kapitalrücklage	48.567,65	48.567,65
III. Bilanzverlust	37.741,40-	14.902,05-
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	34.100,00	17.200,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.200.000,00	0,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	271.119,23	396.586,16
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>504.967,05</u>	<u>1.025.631,30</u>
	2.976.086,28	1.422.217,46
	<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>
	3.521.012,53	1.973.083,06
	<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>

Weiß 6.2.17

Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
Braunschweig

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 01.01. BIS 31.12.2016

	2016 €	2015 €
1. Sonstige betriebliche Erträge	1.516,60	8.653,77
2. Abschreibungen Abschreibungen auf Sachanlagen	0,00	698,00
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	49.268,93	35.076,19
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	147,16	2.352,44
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>89,16</u>	<u>87,00</u>
6. Ergebnis nach Steuern	47.694,33-	24.854,98-
7. Jahresfehlbetrag	47.694,33	24.854,98
8. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	14.902,05	14.857,41
9. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	24.854,98	24.810,34
10. Bilanzverlust	37.741,40	14.902,05

Wolff 6.2.17

**Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
Braunschweig**

**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016
Amtsgericht Braunschweig HRB 2898**

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 2016 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrichtlinienumsetzungsgesetzes (BilRUG) vom 23. Juli 2015 unter Berücksichtigung der Vorschriften für Kapitalgesellschaften und der sie ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Aufgrund der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des BilRUG ergeben sich aufgrund der Neudefinition der Umsatzerlöse mögliche Verschiebungen zwischen Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen. Die Vorjahreszahlen wären in diesem Fall nicht bzw. nur eingeschränkt vergleichbar. Bei der Berichtsgesellschaft haben sich keine Verschiebungen ergeben.

Die Gesellschaft ist nach den Größenklassenkriterien des § 267 Abs. 1 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft.

Im Interesse der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die gesetzlich vorgeschriebenen Vermerke zu Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung fast ausschließlich im Anhang aufgeführt.

Der Grundsatz der Bewertungsstetigkeit wurde grundsätzlich beachtet.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewandt.

Die Erleichterungen der Rechnungslegung für kleine Gesellschaften werden hinsichtlich des Anhangs in Anspruch genommen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und, soweit ihre Nutzung zeitlich begrenzt ist, vermindert um planmäßige Abschreibungen auf der Grundlage der aktuellen steuerlichen AfA-Tabellen nach der linearen Abschreibungsmethode, bewertet.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind zum Nennwert angesetzt und haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

In Einzelfällen erkennbaren Risiken wurde angemessen Rechnung getragen.

Die zum Nennwert bilanzierten sonstigen Vermögensgegenstände haben alle eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Von diesen Forderungen betreffen T€ 24 (i. V. T€ 1.860) Gesellschafter.

Die Rückstellungen decken die erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und wurden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung aller Umstände im Einzelfall notwendigen Erfüllungsbetrag dotiert.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt. Von den Verbindlichkeiten haben T€ 2.200 eine Restlaufzeit von über einem Jahr.

Wolff 6.2.1

III. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ergibt sich aus dem beigelegten Anlagespiegel.

Von den sonstigen Vermögensgegenstände betreffen T€ 24 (i.V. T€ 1.860) Gesellschafter.

Das Stammkapital beträgt EUR 500.000,00.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt.

V. Sonstige Angaben

Geschäftsführer war im Jahre 2016:

Herr Dr. Bernhard Niehoff, Referatsleiter der Stadt Braunschweig, Braunschweig

Mitglieder des Aufsichtsrates sind/waren:

Herr Christian A. Geiger	Aufsichtsratsvorsitzender Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig	
Ratsherr Frank Täubert	stellvertretender Vorsitzender Bankkaufmann, Braunschweig	(bis 02.11.2016)
Ratsfrau Gabriele Schön	Dipl.-Informatikerin, Braunschweig	(bis 02.11.2016)
Ratsherr Dr. Helmut Blöcker	Dipl.-Chemiker, Braunschweig	
Ratsherr Kai Florysiak	Pädagoge, Braunschweig	(bis 02.11.2016)
Ratfrau Antje Keller	Kfm. Angestellte, Braunschweig	(ab 03.11.2016)
Ratsherr Matthias Disterheft	Betriebsrat, Braunschweig	(ab 03.11.2016)

VI. Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten über die zu berichten wäre.

Braunschweig, den 06. Februar 2017

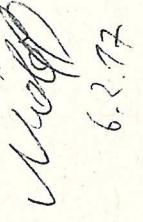
Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

gez. Dr. Bernhard Niehoff

Wolff 6.2.17

Anlagenachweis 2016

	Anschaffungskosten			Abschreibungen			Restbuchwerte		
	Stand 1.1.2016 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand 1.1.2016 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2016 EUR	Stand 31.12.2016 EUR	Stand 31.12.2016 EUR
I. Sachanlagen									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	2.108.733,90	0,00	2.108.733,90	0,00	0,00	0,00	0,00	2.108.733,90
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.673,31	0,00	0,00	13.673,31	13.673,31	0,00	0,00	13.673,31	0,00
Summe Sachanlagen	13.673,31	2.108.733,90	0,00	2.122.407,21	13.673,31	0,00	0,00	13.673,31	2.108.733,90
Gesamtsumme Anlagevermögen	13.673,31	2.108.733,90	0,00	2.122.407,21	13.673,31	0,00	0,00	13.673,31	2.108.733,90



6.1.17

Anlage 2 zum AnhangVerbindlichkeitspiegel 2016

	Summe EUR	Restlaufzeit		
		unter 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	Über 5 Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.200.000,00	0,00	130.727,76	2.069.272,24
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	271.119,23	271.119,23	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	504.967,05	504.967,05	0,00	0,00
	2.976.086,28	776.086,28	130.727,76	2.069.272,24

Nöll 6.2.17

**Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
Braunschweig**

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

1. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Initiierung, Durchführung und Abwicklung von Projekten der Forschung, Entwicklung und Produktion und die Schaffung von angemessenen Rahmenbedingungen hierfür. Gegenstand des Unternehmens sind auch Vorhaben zur Sicherung, zur Entwicklung und zum Ausbau der regionalen Forschungs- und Wirtschaftsinfrastruktur sowie damit im Zusammenhang stehende Geschäfte.

Zweck der Gesellschaft ist auch die Förderung von Unternehmensgründungen zur gewerblichen Nutzung technologisch anspruchsvoller Neuentwicklungen auf dem Sektor der Biotechnologie sowie die Errichtung von Laborgebäuden, die für Existenzgründer geeignet sind biotechnologierelevante Tätigkeiten aufzunehmen.

Die vorgenannten Geschäftsaktivitäten lassen eine Beurteilung der Wirtschaftlichkeit nur unter Ansatz betriebswirtschaftlicher Kriterien nicht zu. Der Erfolg der Gesellschaft spiegelt sich in der Sicherung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Braunschweig wieder.

Alleinige Gesellschafterin der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH ist die Stadt Braunschweig.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflussen auf Grund des Zwecks und des Gegenstands des Unternehmens nur bedingt die Lage des Unternehmens.

2.2 Geschäftsverlauf

Wie mit dem Fördermittelgeber im Rahmen der Veräußerung des BioTec-Gründerzentrums an das Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung vereinbart, hat die Struktur-Förderung Braunschweig GmbH die Betriebsführung für die geförderten Gründerflächen über eine vertragliche Vereinbarung mit der Braunschweig Zukunft GmbH wahrgenommen und wird dieser Verpflichtung weiterhin bis zum Ende des förderrechtlichen Zweckbindungszeitraumes am 31.07.2017 nachkommen.

Die NBank hat mit Bescheid vom 02.12.2015 die Prüfung des Förderprojektes „Ausbau AVIONIK-Cluster am Forschungsflughafen Braunschweig“ abgeschlossen. Nach aktuellem Kenntnistanstand beabsichtigt der Niedersächsische Landesrechnungshof ab Ende März 2017 eine Überprüfung des Förderprojektes.

Weiterführende Gespräche und Untersuchungen zur Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft mit der Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg (VOBA) zum Bau und Betrieb eines Parkhauses mit 670 Stellplätzen sowie der Umgestaltung des Lilienthalplatzes zu einem Entrees mit Aufenthaltsqualität, sind positiv abgeschlossen worden.

Die Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) beteiligt sich zunächst an der gemeinsamen Gesellschaft Braunschweiger Parken GmbH mit 25 %. Die Stadt Braunschweig bewahrt sich hierdurch den Einfluss auf die städtebauliche Entwicklung im Umfeld des Forschungsflughafens und nimmt am wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft teil. Es wird eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erwartet. Eine vertraglich vereinbarte Call-Option ermöglicht der SFB weitere Anteile an der Gesellschaft von der VOBA zu erwerben. Die Gründungsversammlung hat am 25.01.2017 stattgefunden.

Für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen hat die SFB die für einen uneingeschränkten Zugriff auch auf die für die weitere städtebauliche Entwicklung im Umfeld des Flughafens erforderlichen Grundstücke von der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH erworben. Die Finanzierung des Grundstückkaufs erfolgte über ein zinsgünstiges, kommunalverbürgtes Darlehen. Hierfür war eine Betrauung der SFB durch die Stadt Braunschweig vorzunehmen. Die Grundstücke bleiben im Eigentum der SFB und werden im benötigten Umfang der Braunschweiger Parken GmbH in Erbpacht zur Verfügung gestellt. Verbleibende Grundstücksflächen ermöglichen weitere drei Baufelder. Der VOBA sind für die vorgesehenen Strukturentwicklungsmaßnahmen vertraglich zukünftige Erbbaurechte zur Erschließung dieser Baufelder für einen Zeitraum von 10 Jahren eingeräumt worden.

2.3 Darstellung der Lage des Unternehmens

Zukünftiger Aufgabenschwerpunkt der SFB ist die städtebauliche Entwicklung des Umfelds am Forschungsflughafens. Neben dem Parkhausneubau über die Beteiligung an der Braunschweiger Parken GmbH werden auf dem Lilienthalplatz 70 Kurzzeitparkplätze entstehen. Weiterhin soll unter der Federführung der SFB der Lilienthalplatz in seinem Erscheinungsbild angemessen umgestaltet werden. Der Wirtschaftsplan 2017 sieht hierfür die Aufnahme eines kommunalverbürgten Darlehens in Höhe von 1,3 Mio. € vor.

2.4 Ertragslage

Umsatzerlöse ergaben sich nach Abschluss des Förderprojektes AVIONIK-Cluster nicht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 2 T€ und liegen damit um 7 T€ unter dem Vorjahreswert. Sie betreffen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Materialaufwand ist im Berichtsjahr nach Auslaufen des o.g. Förderprojektes nicht entstanden.

Abschreibungen auf Sachanlagen sind nicht mehr zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 49 T€ und liegen um 14 T€ über dem Vorjahreswert. Die Veränderung betrifft Projektkosten der Parkraumbewirtschaftung.

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge sind in erster Linie wegen des niedrigen Zinsniveaus nicht zu verzeichnen.

2.5 Finanzlage

Der im Jahresabschluss ausgewiesene Verlust wird durch die Stadt Braunschweig im Rahmen des Jahresabschlussverfahrens ausgeglichen, so dass Liquiditätsprobleme nicht entstehen können. Darüber hinaus besteht mit der Stadt Braunschweig ein Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmittelein.

2.6 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.548 T€ auf 3.521 T€ erhöht. Das langfristige Vermögen erhöhte sich um 2.109 T€ durch den Grundstückskauf am Forschungsflughafen Braunschweig. Das kurzfristige Vermögen einschließlich liquider Mittel verringerte sich nach Auszahlung der dem Flughafen BS/WOB noch zustehenden Fördermitteln aus dem Förderprojekt „AVIONIK-Cluster“ um 561 T€.

Das Eigenkapital ist bedingt durch das negative Jahresergebnis von 48 T€ und Kapitaleinzahlungen der Gesellschafterin von 25 T€ insgesamt um 23 T€ gesunken. Das lang-, mittelfristige Fremdkapital hat sich durch die Aufnahme des Tilgungsdarlehens für den Grundstückskauf am Forschungsflughafen um 2.200 € erhöht. Das kurzfristige Fremdkapital hat sich um 629 T€ verringert. Hiervon betreffen 125 T€ Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen, der Rest ausgezahlte Fördermittel an den Flughafen BS/WOB.

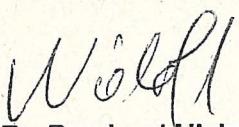
3. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Der Prognose für das Geschäftsjahr 2017 liegen der Wirtschaftsplan 2017 sowie die mittelfristige Unternehmensvorschau zu Grunde. Die geplante Aufnahme eines kommunalverbürgten Darlehens zur Umgestaltung des Lilienthalplatzes in Höhe von 1,3 Mio. € wird keinen Einfluss auf das Ergebnis 2017 haben, da die entstehenden Anlagen erst in 2018 nach Fertigstellung aktivierungsfähig sind.

Das Geschäftsjahr 2017 wird voraussichtlich mit einem Jahresfehlbetrag von 48 T€ schließen.

Die Zinsbelastung durch die Darlehensaufnahme für die Umgestaltung des Lilienthalplatzes wird den Jahresfehlbetrag ab 2018 erhöhen. Die Ergebnisauswirkungen sind Gegenstand der mittelfristigen Unternehmensvorschau der Gesellschaft und im städtischen Haushaltssatz enthalten.

Braunschweig, den 06. Februar 2017


gez. Dr. Bernhard Niehoff
(Geschäftsführer)

Betreff:

**Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Jahresabschluss 2016 -
Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 21.04.2017
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	04.05.2017	Ö

Beschluss:

"Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH werden angewiesen, dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung zu erteilen."

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschages wird auf die in der heutigen Sitzung vorgelegten Unterlagen zum Jahresabschluss 2016 der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) Bezug genommen (siehe Drucksache 17-04400).

Die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt gemäß § 11 Buchstabe b) des Gesellschaftsvertrages der SFB der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SFB herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Schlimme

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
Jahresabschluss 2016 - Feststellung

Organisationseinheit:

Dezernat VII
 20 Fachbereich Finanzen

Datum:

12.04.2017

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

04.05.2017

Status

Ö

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird angewiesen,

1. den Jahresabschluss 2016 mit einem Überschuss in Höhe von 169.782,79 € festzustellen und
2. den Vortrag des Jahresüberschusses in Höhe von 169.782,79 € auf neue Rechnung zu beschließen.“

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB).

Der Jahresabschluss ist gemäß § 13 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der GGB von der Geschäftsführung aufzustellen. Die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Entscheidung über die Verwendung des Gewinns obliegen gemäß § 11 Buchstabe a) des Gesellschaftsvertrages der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der GGB herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Der Jahresabschluss bedarf gemäß § 9 Abs. 3 Buchstabe a) des Gesellschaftsvertrages der Beratung im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat der GGB wird sich in seiner Sitzung am 25. April 2017 mit dem Jahresabschluss 2016 befassen. Über das Ergebnis wird mündlich berichtet.

Die GGB schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Überschuss in Höhe von 169.782,79 € ab. Die Ergebnisprognose des Wirtschaftsplans 2016 in Höhe von -1.279.910,00 € wurde entsprechend um rd. 1.450 T€ verbessert.

Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr 2016 um rd. 849 T€ auf 29.039.171,33 € erhöht.

Die Entwicklung der Aufwands- und Ertragspositionen im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass der Jahresabschluss 2016 erstmals unter Anwendung des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG), das am 23. Juli 2015 in Kraft getreten ist, aufgestellt wurde. Die Jahresabschlussdaten 2015 und die Plandaten 2016 wurden noch auf Grundlage der bis zum 23. Juli 2015 geltenden Rechtsvorschriften erstellt. Entsprechend sind die Umsatzerlöse, die sonstigen betrieblichen Erträge, der Materialaufwand sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nicht direkt vergleichbar. Die Umgliederung der Vorjahresdaten nach BilRUG ist der Anlage 3 zu dieser Vorlage zu entnehmen.

	Angaben in T€	Ist 2015	Plan 2016	Ist 2016	Plan 2017
1	Umsatzerlöse	9.612,9	1.100,0	3.677,9	360,0
2	Sonstige betriebliche Erträge	996,5	45,0	2.201,4	0,0
	<i>Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan</i>		-89,2%	-44,6% / +413,5%	-93,9%
3	Materialaufwand	-7.798,4	-1.010,0	-4.549,0	-295,0
4	Personalaufwand	-152,8	-160,1	-155,6	-163,0
5	Abschreibungen	-0,4	-200,8	-0,7	-0,8
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen *)	-346,8	-410,5	-183,0	-452,3
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	2.311,0	-636,4	991,0	-551,1
8	Zins-/Finanzergebnis	-664,0	-593,5	-672,9	-515,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-506,3	0,0	-108,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	1.140,7	-1.229,9	210,1	-1.066,1
11	sonstige Steuern	-52,7	-50,0	-40,3	-50,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	1.088,0	-1.279,9	169,8	-1.116,1

*) inklusive sonstige Grundstücksaufwendungen

Die Umsatzerlöse fallen im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2016 um rd. 2.578 T€ höher aus. Die Verbesserung ist insbesondere auf die positive Entwicklung des Verkaufs von Gewerbebauflächen zurückzuführen (27.000 m² geplante Verkaufsfläche und 83.266 m² tatsächliche Verkaufsfläche). Zudem sind in den Umsatzerlösen rd. 48 T€ Erlöse aus der Verpachtung von Grundstücken enthalten, die im Plan und im Vorjahr noch unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen worden sind.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ergibt sich gegenüber der Planung eine Steigerung in Höhe von rd. 2.156 T€. Wesentliche Gründe für diese Steigerung sind die Zuschreibungen eines Teiles der in Vorjahren erfolgten Wertberichtigungen/Abschreibungen auf Gewerbebauflächen in den Bereichen „Waller See - Braunschweig“ und „Lammer Busch-Ost“, die wegen der Verbesserung der Marktpreise für diese Flächen möglich war sowie die Auflösung von Teilen der Rückstellungen für Erschließungskosten (Endausbau der öffentlichen Straßen und Grünflächen), die wegen verminderter Kostenerwartungen möglich war.

Die größere Grundstücksverkaufsfläche führt zu einer Erhöhung des Materialaufwandes um rd. 3.515 T€. Zudem sind im Materialaufwand rd. 20 T€ Aufwendungen aus dem Verkauf von Grundstücken sowie rd. 4 T€ Pacht- und Entschädigungszahlungen enthalten, die im Wirtschaftsplan 2016 noch unter den sonstigen Grundstücksaufwendungen ausgewiesen wurden.

Die Personalaufwendungen bewegen sich auf Planniveau.

Die Abschreibungen fallen um rd. 200 T€ geringer aus, da in 2016 keine Abschreibungen auf Grundstücke erforderlich waren.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen inklusive der sonstigen Grundstücksaufwendungen blieben insgesamt hinter den Erwartungen zurück, weil eingeplante Reserven nicht ausgeschöpft werden mussten.

Das Finanzergebnis fällt gegenüber dem Plan um rd. 79 T€ schlechter aus. Die Verschlechterung resultiert im Wesentlichen aus der höheren Aufzinsung der Rückstellung für langfristige Zahlungsverpflichtungen.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag fallen um rd. 108 T€ höher aus als geplant. Bei einem im Wirtschaftsplan 2016 prognostizierten negativen Jahresergebnis war der Ansatz von Ertragsteuern entbehrlich.

Die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Schlage Partnerschaft mbB hat zu keinen Einwendungen geführt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 14. Februar 2017 erteilt.

Ergebnisverwendung:

Der Jahresüberschuss in Höhe von 169.782,79 € soll bei der Gesellschaft verbleiben und entsprechend auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, ein Auszug aus dem Anhang sowie der Lagebericht 2016 der GGB sind als Anlagen beigefügt.

Geiger

Anlagen:

Bilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Auszug aus dem Anhang
Lagebericht

Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2016

	Aktiva			Passiva		
	Stand am 31.12.2015					
	€	€	T€	€	€	T€
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital		
Sachanlagen (Betriebs- und Geschäftsausstattung)		1.995,00	2	I. Gezeichnetes Kapital (Stammkapital)	25.000,00	25
B. Umlaufvermögen				II. Kapitalrücklage	739.793,04	740
I. Vorräte (zur Weiterveräußerung bestimmte Grundstücke)	12.039.770,94	11.981		III. Gewinnvortrag	4.369.091,98	3.281
II. Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände				IV. Jahresüberschuss	169.782,79	1.088
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.889.415,31	2.479				
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>13.332.456,08</u>	<u>12.981</u>				
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>1.215.865,07</u>	<u>329</u>				
	<u>28.477.507,40</u>	<u>27.770</u>				
C. Rechnungsabgrenzungsposten	559.668,93	419				
	<u>29.039.171,33</u>	<u>28.191</u>				
				D. Rechnungsabgrenzungsposten	59,29	0
					<u>29.039.171,33</u>	<u>28.191</u>

2. Februar 2017

M. Heilmann *N. Wölfel*
 Matthias Heilmann Dr. Bernhard Nicholl
 Geschäftsführer der Geschäftsführer der
 Grundstücksgesellschaft
 Braunschweig mbH

Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	€	€	Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	3.677.915,93		9.613
2. sonstige betriebliche Erträge	2.201.394,67		996
	<u>5.879.310,60</u>		<u>10.609</u>
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe (Aufwendungen für Grundstücke)	4.529.846,65		7.798
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>19.178,51</u>		0
	<u>4.549.025,16</u>		<u>7.798</u>
	<u>1.330.285,44</u>		<u>2.811</u>
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	155.430,98		153
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung	190,36		0
	<u>155.621,34</u>		<u>153</u>
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	656,00		0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>182.989,20</u>		<u>347</u>
	<u>339.266,54</u>		<u>500</u>
	<u>991.018,90</u>		<u>2.311</u>
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	80.175,97		57
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>753.087,86</u>		<u>721</u>
	<u>-672.911,89</u>		<u>-664</u>
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	108.046,45		506
10. Ergebnis nach Steuern	<u>210.060,56</u>		<u>1.141</u>
11. sonstige Steuern	40.277,77		53
12. Jahresüberschuss	<u>169.782,79</u>		<u>1.088</u>

2. Februar 2017


Matthias Heilmann
Geschäftsführer der

Grundstücksgesellschaft
Braunschweig mbtt


Dr. Bernhard Nichoff
Geschäftsführer der

Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Auszug aus dem Anhang für das Geschäftsjahr 2016

II. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Beachtung der Vorschriften für Kapitalgesellschaften und der sie ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Der Grundsatz der Bewertungsstetigkeit (§ 252 Absatz 1 Nr. 6 HGB) wurde beachtet.

Die Gesellschaft hat im Jahresabschluss 2016 erstmalig das HGB in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) vom 17. Juli 2015, das am 23. Juli 2015 in Kraft getreten ist, angewendet.

Insofern sind die Umsatzerlöse bzw. die sonstigen betrieblichen Erträge 2016 und der Materialaufwand bzw. die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nicht mit dem Vorjahr vergleichbar. In den Umsatzerlösen des laufenden Jahres sind 48 T€ Erlöse aus Pachten enthalten, die im Vorjahr noch unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen wurden. Im Materialaufwand des laufenden Jahres sind 19 T€ Aufwendungen aus dem Verkauf von Grundstücken und aus Pachten enthalten, die im Vorjahr noch unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen wurden. Die Vorjahreszahlen wurden nicht angepasst.

Die folgende Tabelle stellt die Posten im Überblick dar:

Bezeichnung des GuV Postens	2016 (lt. GuV)	2015 (lt. GuV 2015, ohne BilRUG- Anpassungen)	2015 nach BilRUG- Anpassungen (mit 2016 vergleichbare Vorjahreszahlen)
Umsatzerlöse	3.677.915,93 €	9.612.923,45 €	9.685.816,06 €
sonstige betriebliche Erträge	2.201.394,67 €	996.489,72 €	923.597,11 €
Materialaufwand	4.549.025,16 €	7.798.369,50 €	7.871.514,05 €
sonstige betriebliche Aufwendungen	182.989,20 €	346.802,26 €	273.657,71 €

Lagebericht 2016

der

Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Ziele und Strategien

Die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) erwirbt in der Regel landwirtschaftlich genutzte Grundstücke im Stadtgebiet Braunschweig, die sich städtebaulich zu Wohn- oder Gewerbebauflächen entwickeln lassen oder als Tauschfläche bei künftigen Grundstücksgeschäften eingesetzt werden können. Nach Abschluss der erforderlichen Bauleitplanung durch die Stadt Braunschweig werden die neu entstandenen Wohn- und Gewerbebauflächen von der GGB oder von der Stadt Braunschweig erschlossen und von der GGB unbebaut vermarktet.

Vorrangiger Zweck des Verkaufs von **Wohnbauflächen** ist die Bereitstellung von erschwinglichem Bauland zur Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung und zur Förderung des kinder- und familienfreundlichen Wohnstandortes Braunschweig. Daneben sollen durch ein vielseitiges Angebot hinsichtlich räumlicher Verteilung, Standortqualität und Eignung für unterschiedliche Bauweisen möglichst viele Nachfragewünsche erfüllt und so Abwanderungsabsichten ins Umland entgegen gewirkt werden.

Der Verkauf von **Gewerbebauflächen** zum Zwecke der Bebauung mit gewerblichen, industriellen, wissenschaftlichen oder kulturellen Nutzungen dient der Stärkung und Weiterentwicklung des Wirtschafts-, Wissenschafts-, Forschungs-, Technologie- und Kulturstandortes Braunschweig. Im Vordergrund stehen dabei grundsätzlich die nachhaltige Sicherung von vorhandenen Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer dauerhafter Arbeitsplätze in Unternehmen, in Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und in der Kreativwirtschaft. Hierzu bedarf es nicht nur eines ausreichenden und differenzierteren Flächenangebotes für Neuansiedlungen, sondern gerade auch der Bereitstellung von Ansiedlungsflächen für Expansion und ggf. Verlagerung ansässiger Unternehmen.

Aus wirtschaftlichen Überlegungen strebt die GGB eine möglichst kurze Zeitspanne zwischen dem Erwerb der landwirtschaftlich genutzten Flächen und ihrer Vermarktung als baureife Wohn- und Gewerbebauflächen an. Die GGB sichert sich daher den Zugriff auf die landwirtschaftlich genutzten Flächen bevorzugt durch langfristige notarielle Verkaufsangebote der betroffenen Grundstückseigentümer.

Die Aktivitäten der GGB orientieren sich hierbei an der aktuellen Nachfragesituation am Standort Braunschweig und der Einschätzung der künftigen Entwicklungen insbesondere auf dem regionalen Grundstücksmarkt. Potenzielle Standorte für neue Wohn- oder Gewerbebauflächen werden mit der Stadt Braunschweig abgestimmt. Der Zugriff auf die entsprechenden Flächen wird bedarfsgerecht gesichert.

1.2 Geschäftsführung und Mitarbeiter

Jeweils zwei Beschäftigte der Stadt Braunschweig sind zugleich alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführer der GGB und erfüllen die Aufgaben der Geschäftsführung im Nebenamt. Die Geschäftsführer erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung. Im Geschäftsjahr 2016 waren Herr Matthias Heilmann und Herr Dr. Bernhard Niehoff Geschäftsführer der GGB.

Bei der GGB sind zwei Mitarbeiter tätig, die nicht sozialversicherungspflichtig sind, weil sie aus ihrem Beamtenverhältnis bei der Stadt Braunschweig zur Dienstleistung bei der GGB beurlaubt wurden. Die Mitarbeiter nehmen regelmäßig an Fortbildungen teil.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Vorbemerkung

Das Vermarktungsverfahren der GGB für Wohnbauflächen (Beginn der Vermarktung nach Rechtskraft des Bebauungsplanes jedoch vor Erschließung der Bauflächen; Abschluss der notariellen Kaufverträge nach Abschluss der Vermessung der Bauflächen und überwiegend parallel zur Erschließung der Bauflächen; Realisierung der Erträge nach Abschluss der Erschließung der Bauflächen) und der geschäftstypisch unregelmäßige Verkauf von Gewerbebauflächen bedingen, dass der Verkauf von Bauflächen innerhalb eines Geschäftsjahres stark schwankt.

Aus diesem Grund lassen sich aus zeitraumbezogenen Informationen über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der GGB in einem Geschäftsjahr keine zusätzlichen Erkenntnisse für ein zutreffendes Bild der wirtschaftlichen Lage der GGB ableiten. Auf die Angabe von zeitraumbezogenen Informationen wird daher verzichtet. Stattdessen wird die Betrachtung im Prognosebericht um ein Jahr auf die beiden kommenden Jahre erweitert.

2.2 Ertragslage

Die GGB beendet das Geschäftsjahr 2016 mit einem Überschuss in Höhe von 170 T€ (Vorjahr: Überschuss von 1.088 T€). Der Überschuss soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Im Jahresabschluss 2016 hat die GGB erstmals das HGB in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) vom 17. Juli 2015, das am 23. Juli 2015 in Kraft getreten ist, angewendet. Insofern sind die Umsatzerlöse bzw. die sonstigen betrieblichen Erträge 2016 und der Materialaufwand bzw. die sonstigen Grundstücksaufwendungen nicht mit dem Vorjahr vergleichbar.

In den Umsatzerlösen des laufenden Geschäftsjahrs sind 48 T€ Erlöse aus der Verpachtung von Grundstücken enthalten, die im Vorjahr noch unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen worden sind.

Im Materialaufwand des laufenden Geschäftsjahrs sind 15 T€ Aufwendungen aus dem Verkauf von Grundstücken und 4 T€ Pacht- und Entschädigungszahlungen für die artgerechte Bewirtschaftung einer Feldhamsterersatzfläche enthalten, die im Vorjahr noch unter den sonstigen Grundstücksaufwendungen ausgewiesen worden sind.

In den Erträgen des laufenden Geschäftsjahres sind 0 T€ außerordentliche Erträge enthalten, die im Vorjahr noch gesondert ausgewiesen worden sind.

In den Aufwendungen des laufenden Geschäftsjahrs sind 0 T€ außerordentliche Aufwendungen enthalten, die im Vorjahr noch gesondert ausgewiesen worden sind.

Vorjahreszahlen wurden nicht angepasst.

Die folgende Tabelle stellt die Jahresergebnisse 2016 und des Vorjahres 2015 im Überblick dar:

Position	Ist 2016 (lt. GuV)	Ist 2015 (lt. GuV 2015 ohne BilRUG- Anpassungen)	Ist 2015 nach BilRUG- Anpassungen (mit 2016 vergleichbare Vorjahreszahlen)
Umsatzerlöse	3.678 T€	9.613 T€	9.686 T€
Auflösung von Rückstellungen	507 T€	196 T€	196 T€
Zuschreibungen	1.693 T€	728 T€	728 T€
Sonstige betriebliche Erträge	2 T€	73 T€	0 T€
Abzinsung langfristiger Rückstellungen	79 T€	32 T€	32 T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1 T€	24 T€	24 T€
Außerordentliche Erträge		0 T€	
Summe Erträge	5.960 T€	10.666 T€	10.666 T€
Materialaufwand	4.549 T€	7.798 T€	7.871 T€
Sonstige Grundstücksaufwendungen	35 T€	136 T€	63 T€
Personalaufwand	156 T€	153 T€	153 T€
Zuführung zur Drohverlustrückstellung	3 T€	59 T€	59 T€
Sonstige betriebliche Aufwendungen	145 T€	152 T€	152 T€
Abschreibungen	1 T€	1 T€	1 T€
Aufzinsung langfristiger Rückstellungen	170 T€	130 T€	130 T€
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	583 T€	590 T€	590 T€
Außerordentliche Aufwendungen		0 T€	
Steuern	148 T€	559 T€	559 T€
Summe Aufwendungen	5.790 T€	9.578 T€	9.578 T€
JAHRESERGEWINIS	+ 170 T€	+ 1.088 T€	+ 1.088 T€

Das positive **Jahresergebnis 2015** resultierte im Wesentlichen aus dem Überschuss aus der Vermarktung von Bauplätzen (Differenz Umsatzerlöse und Materialaufwand), aus der Zuschreibung eines Teiles der in Vorjahren erfolgten Wertberichtigungen/Abschreibungen auf Gewerbebauflächen, die wegen der Verbesserung der Marktpreise für einen Teil dieser Flächen möglich war, sowie aus dem Ertrag aus der Auflösung der Rückstellungen für Erschließungskosten (Endausbau der öffentlichen Straßen und Grünflächen zur Erschließung bereits verkaufter Bauplätze), die wegen verminderter Kostenerwartungen möglich war.

Die Steuern 2015 betreffen die Grundsteuer (53 T€) und Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (506 T€).

Das positive **Jahresergebnis 2016** resultiert im Wesentlichen aus der Zuschreibung eines Teiles der in Vorjahren erfolgten Wertberichtigungen/Abschreibungen auf Gewerbebauflächen, die wegen der Verbesserung der Marktpreise möglich war, und aus dem Ertrag aus der Auflösung der Rückstellungen für Erschließungskosten (Endausbau der öffentlichen Straßen und Grünflächen zur Erschließung bereits verkaufter Bauplätze), die wegen verminderter Kostenerwartungen möglich war.

Die Steuern 2016 betreffen die Grundsteuer (40 T€) und Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (108 T€).

Die im Lagebericht 2015 genannte Ergebnisprognose des Wirtschaftsplans 2016 in Höhe eines Jahresverlustes von rund 1.280 T€ wurde aus den genannten Gründen um 1.450 T€ verbessert.

Im Dezember 2011 hatte die Stadt Braunschweig die GGB mit der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der Bereitstellung von Bauland in der Stadt Braunschweig betraut. Die Betrauung beruht unter anderem auf der Grundlage der Entscheidung der Kommission vom 28.11.2005 über die Anwendung von Artikel 86 Abs. 2 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen, die bestimmten mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betrauten Unternehmen als Ausgleich gewährt werden. Die Betrauung erfolgte für die Dauer von 10 Jahren vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2021.

Die GGB hat im Geschäftsjahr 2016 keine Ausgleichszahlungen von der Stadt Braunschweig erhalten.

2.2.1 Geschäftsfeld Wohnbauflächen

Zur Entwicklung der Nachfrage nach **Wohnbauplätzen** führt der Gutachterausschuss für Grundstückswerte Braunschweig-Wolfsburg in seinem Grundstücksmarktbericht 2016 für die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg sowie für die Landkreise Celle, Gifhorn, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel rückblickend auf 2015 aus, dass im Vergleich zu 2014 eine deutliche Zunahme beim Verkauf von Bauland für den individuellen Wohnungsbau festzustellen ist (1.932 Bauplätze in 2015 [davon 108 in der Stadt Braunschweig]; 1.527 Bauplätze in 2014 [davon 124 in der Stadt Braunschweig]). Gleichwohl sei teilweise das Angebot nicht ausreichend, um der Nachfrage gerecht zu werden.

Die letzte Feststellung entspricht den Erfahrungen der GGB und ihren Beobachtungen des Braunschweiger Grundstücksmarktes.

In den Geschäftsjahren 2014 und 2015 hat die GGB die drei neuen Wohnaugebiete „Im großen Raffkampe/Lamme“, „Am Pfarrgarten/Bevenrode“ und „Meerberg/Leiferde“ mit insgesamt 145 Bauplätzen für den individuellen Wohnungsbau vollständig vermarktet. Dabei belief sich die Zahl der bereits bei Vermarktungsbeginn eingegangenen Bewerbungen in jedem Baugebiet auf ein Vielfaches der Zahl der verfügbaren Bauplätze. Außerdem zeigt die hohe Zahl von Nachfragen nach dem geplanten Wohnaugebiet „Stöckheim-Süd“ der GGB und das ebenfalls hohe Interesse an dem Informationsblatt „Übersicht der in der Vermarktung oder in der Planung befindlichen Wohnstandorte in Braunschweig“, dass sich die überdurchschnittlich hohe Nachfrage nach Wohnbauplätzen für Ein- und Zweifamilienhäuser fortsetzt.

Der schnelle Ausverkauf der drei neuen Wohnaugebiete und Verzögerungen bei der Bauleitplanung der Stadt Braunschweig für das neue Wohnaugebiet „Stöckheim-Süd“ der GGB, die aus der zeitaufwändigen Lösung verschiedener Einwendungen gegen die Planung resultieren, haben dazu geführt, dass die GGB im Geschäftsjahr 2016 keine Bauplätze für den individuellen Wohnungsbau zum Verkauf anbieten konnte.

Entsprechend belaufen sich die Erlöse des Geschäftsjahres 2016 aus dem Verkauf von Wohnbauplätzen auf 0 T€ (Vorjahr: Verkauf von 72 Wohnbauplätzen mit Erlösen von 7.179 T€).

Die fachliche Begleitung des Endausbaus der öffentlichen Verkehrsflächen im Wohnaugebiet „Im großen Raffkampe“, die fachliche Begleitung der Aufstellung des Bebauungsplanes für das neue Wohnaugebiet „Stöckheim-Süd“ und die Flächenvorsorge für neue potenzielle Wohngebietstandorte bildeten die Tätigkeitsschwerpunkte des Geschäftsjahres 2016 im Geschäftsfeld Wohnbauflächen.

2.2.2 Geschäftsfeld Gewerbebauflächen

Zur Entwicklung der Nachfrage nach **gewerblichem Bauland** stellt der Gutachterausschuss für Grundstückswerte Braunschweig-Wolfsburg in seinem Grundstücksmarktbericht 2016 für die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg sowie für die Landkreise Celle, Gifhorn, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel rückblickend auf 2015 fest, dass der Markt der Gewerbegrundstücke durch das Konkurrenzverhalten der einzelnen Kommunen bei der Ansiedlung von Unternehmen geprägt war. Es werde bei der Preisbemessung Entgegenkommen gezeigt. Entsprechend stabil zeige sich der Markt.

Die GGB hat eine stetige Nachfrage nach gewerblichen Bauflächen und eine stabile Verbesserung der marktfähigen Verkaufspreise auf dem Braunschweiger Grundstücksmarkt beobachtet.

Derzeit bietet die GGB Bauflächen in den Gewerbegebieten „Waller See-Braunschweig/2. Bauabschnitt“, „Lammer Busch-Ost“, „Forschungsflughafen-West“ und „Forschungsflughafen-Nordwest“ in Größe von insgesamt rund 370.500 m² zum Verkauf an. Darüber hinaus verfügt die GGB bereits über Flächen für einen neuen Gewerbestandort mit langfristiger Perspektive.

Im Geschäftsjahr 2016 sind insgesamt 106.834 m² (Vorjahr: 30.553 m²) Gewerbebauflächen und sonstige Flächen veräußert worden. Die erzielten Erlöse belaufen sich auf 3.598 T€ (Vorjahr: 2.434 T€).

Beim Verkauf von Gewerbebauflächen zur Ansiedlung von Unternehmen besteht zwar eine starke Konkurrenzsituation zu den Umlandgemeinden von Braunschweig, die sich grundsätzlich negativ auf den Marktpreis für Gewerbebauflächen im Stadtgebiet Braunschweig auswirkt. Dennoch haben inzwischen die positive gesamtwirtschaftliche Situation und das knapper werdende Flächenangebot zu einer stabilen Verbesserung der marktfähigen Verkaufspreise geführt.

Zum 31. Dezember 2016 wurden daher die Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Umlaufvermögen auf insgesamt 757 T€ (Vorjahr: 2.638 T€) verringert. Zusätzlich besteht weiterhin eine Drohverlustrückstellung in Höhe des Erfüllungsbetrages von 204 T€ (Vorjahr: 201 T€).

Neben dem Erwerb von zwei kleinen Flächen für das Gewerbegebiet „Forschungsflughafen-Nordwest“ und der Vermarktung bereits erschlossener Gewerbebauflächen sowie dem Verkauf sonstiger Flächen waren die fachliche Begleitung des Umlegungsverfahrens „Waller See-Braunschweig/2. Bauabschnitt“ und die Flächenvorsorge für neue potenzielle Gewerbegebietstandorte weitere Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2016.

2.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2016 hat die GGB insgesamt 748 T€ (Vorjahr: 3.893 T€) in die Anschaffung und Herstellung/Erschließung von Bauplätzen investiert. Davon betreffen 723 T€ (Vorjahr: 2.265 T€) die Erschließung von bereits verkauften Bauplätzen und 0 T€ den Verbrauch der zum 31.12.2015 gebildeten Drohverlustrückstellung, sodass lediglich 25 T€ (Vorjahr: 1.473 T€) zu einer Erhöhung des Umlaufvermögens führten.

Von den Investitionen sind 0 T€ Verbindlichkeiten (Vorjahr: 208 T€), davon 0 T€ gegenüber Gesellschaftern (Vorjahr: 191 T€).

Wesentliche Maßnahmen waren der Abschluss der Entwicklungspflege für das Verkehrsgrün und die öffentlichen Grünflächen im Wohnaugebiet „Am Buchenberg“, die Schlusszahlung an eine Baufirma als Ergebnis eines Güterrichtergesprächs beim Landgericht Braunschweig, der Beginn des Straßenendausbau im Wohnaugebiet „Im großen Raffkampe/Lamme“ sowie Kostenerstattungen gemäß städtebaulichen Verträgen zu verschiedenen Baugebieten an die Stadt Braunschweig.

Der Kapitalbedarf der GGB wird derzeit im Wesentlichen über die aus dem Geschäftsjahr 2009 verbliebene Kapitalrücklage in Höhe von 740 T€, die laufenden Umsatzerlöse und ein Bankdarlehen vom Juli 2007 mit Bürgschaft der Gesellschafterin gedeckt. Bei einer Tilgung von 1 % jährlich beläuft sich die Restschuld am 31.12.2016 auf 12.251 T€ (Vorjahr: 12.386 T€). Die Zinsbindung für den Zinssatz von 4,74 % jährlich besteht bis Juli 2017. Da diese Fremdfinanzierung langfristig benötigt wird, muss im II. Quartal 2017 entschieden werden, ob die Verlängerung des laufenden Darlehens oder die Tilgung dieses Darlehens mit Hilfe eines neu aufgenommenen Darlehens wirtschaftlicher ist.

Bei Bedarf ist eine Zwischenfinanzierung von Investitionen durch Darlehen aus dem Cashpool der Stadt Braunschweig möglich. Die Höhe der Cashpool-Darlehen beläuft sich am 31.12.2016 auf 0 T€ (Vorjahr: 0 T€).

Künftige Investitionen sollen nach Möglichkeit nicht durch zusätzlich aufzunehmende Darlehen gedeckt werden (davon ausgenommen sind kurzfristige Darlehen aus dem Cashpool der Stadt Braunschweig).

Das Eigenkapital beläuft sich auf 5.304 T€ (Vorjahr: 5.134 T€). Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital beläuft sich auf 18,26 % (Vorjahr: 18,21 %), 81,74 % (Vorjahr: 81,79 %) des Gesamtkapitals sind Verbindlichkeiten mit unterschiedlichen Fälligkeiten.

Die sich aus den Rückstellungen für Erschließungskosten ergebenden Investitionsverpflichtungen in Höhe von 10.732 T€ (Vorjahr: 8.987 T€) werden voraussichtlich in Höhe von etwa 70 % in den beiden kommenden Geschäftsjahren zu erfüllen sein. Sie sollen aus den liquiden Mitteln sowie aus den Umsatzerlösen der Geschäftsjahre 2017 und 2018 finanziert werden. Maßgeblich für den Zeitpunkt der Erfüllung sind die mit der Stadt Braunschweig abzustimmenden Zeitpunkte des Endausbaus der öffentlichen Straßen und der Herrichtung der öffentlichen Grünflächen in jedem Baugebiet, sodass zeitliche Verschiebungen möglich sind.

Am 31.12.2016 verfügt die GGB über liquide Mittel (einschließlich Cashpool) in Höhe von 14.348 T€ (Vorjahr: 13.310 T€), das sind 49,41 % (Vorjahr: 47,21 %) des Vermögens der GGB. Außerdem existieren Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr in Höhe von 1.207 T€ (Vorjahr: 612 T€) und mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von 883 T€ (Vorjahr: 1.867 T€).

2.4 Vermögenslage

Der Wert der zum Verkauf bestimmten Grundstücke (= Umlaufvermögen) beläuft sich am 31.12.2016 auf 12.040 T€ (Vorjahr: 11.981 T€), das sind 41,46 % (Vorjahr: 42,50 %) des Vermögens der GGB.

Von den Positionen des Umlaufvermögens entfallen auf

Position	Bestand am 31.12.2016	Bestand am 31.12.2015
Gewerbebauflächen	6.907 T€ / 57,37 %	6.653 T€ / 55,53 %
Wohnbauflächen	140 T€ / 1,16 %	335 T€ / 2,80 %
Flächenbevorratung	4.993 T€ / 41,47 %	4.993 T€ / 41,67 %
Summen	12.040 T€ / 100,00 %	11.981 T€ / 100,00 %

Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf eines sonstigen Grundstücks im Wohngebiet „Lammer Busch-Ost“ und dem Verkauf von zwei Gewerbebauflächen („Forschungsflughafen-West“ und „Waller See-Braunschweig/2. Bauabschnitt“) sowie aus der Zuschreibung eines Teiles der in Vorjahren erfolgten Wertberichtigungen/Abschreibungen auf Gewerbebauflächen, deren Höhe die erfolgten Abgänge übersteigt, sodass es zu einer Erhöhung des Bestandes an Gewerbebauflächen kommt.

2.5 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Insgesamt verlief die Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2016 sehr günstig. Die Geschäftsentwicklung des Geschäftsjahrs 2017 hingegen wird ungünstig verlaufen, weil die Wohnbauflächen ausverkauft sind und inzwischen feststeht, dass Erträge aus der Vermarktung des neuen Wohnstandortes „Stöckheim-Süd“ frühestens im Geschäftsjahr 2018 zu erwarten sind.

3. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

3.1 Liquiditäts- und Zinsrisiko

Durch die Wertberichtigungen auf Umlaufvermögen, die Bindung von Kapital im Umlaufvermögen und die sich aus den Rückstellungen für Erschließungskosten ergebenden Investitionsverpflichtungen besteht ein Liquiditätsrisiko, das jedoch durch die Möglichkeit der Aufnahme von Cashpool-Darlehen minimiert wird.

Im Geschäftsjahr 2016 haben sich zwar die gestiegenen Marktpreise für Gewerbebauflächen stabilisiert, sodass erhebliche Wertzuschreibungen möglich waren. Dennoch ist es nicht ausgeschlossen, dass in den nächsten Jahren in Einzelfällen Wertberichtigungen auf Umlaufvermögen erforderlich werden.

Ein Zinsrisiko für das im Juli 2007 aufgenommene Bankdarlehen, das mit Auslaufen der Zinsbindung im Juli 2017 verlängert oder abgelöst werden muss, ist durch das allgemein niedrige Zinsniveau derzeit nicht erheblich.

3.2 Prognose Geschäftsfeld Wohnbauflächen

Die GGB stützt sich bei ihren Planungen auf die eigenen Marktbeobachtungen (siehe Abschnitt 2.2.1). Daraus ergibt sich die Zielsetzung, weiterhin kontinuierlich preisgünstige Wohnbauplätze und/oder Wohnbauplätze mit lagebedingten Vorteilen auf dem Grundstücksmarkt anzubieten.

Grundsätzlich sollten die neuen Wohnaugebiete oder Erschließungsabschnitte zwar vergleichsweise klein gehalten werden, um die Attraktivität der Wohnbauplätze zu steigern, das Vermarktungsrisiko zu reduzieren und zusätzliche Infrastrukturlasten (Schule, Kindertagesstätte usw.) möglichst zu vermeiden.

Allerdings lassen sich derzeit aufgrund der andauernden überdurchschnittlich hohen Nachfrage nach Wohnbauplätzen für Ein- und Zweifamilienhäuser in allen Preislagen auch Wohnaugebiete mit mehr als 100 Bauplätzen ohne nennenswerte Risiken vermarkten.

Im Geschäftsjahr 2017 wird die GGB den Abschluss der Bauleitplanung der Stadt Braunschweig für das neue Wohnaugebiet „Stöckheim-Süd“ und die Planung, Ausschreibung sowie den Beginn der Ersterschließung dieser neuen Bauflächen für freistehende Einfamilienhäuser, Reihenhäuser oder Geschosswohnungsbau fachlich begleiten. Insgesamt sollen etwa 300 neue Wohneinheiten entstehen. Mit der Vermarktung des Wohnaugebietes „Stöckheim-Süd“ wird die GGB voraussichtlich im Geschäftsjahr 2017 parallel zur Ersterschließung der Bauflächen beginnen. Umsatzerlöse werden jedoch erst nach Abschluss der Ersterschließung im Geschäftsjahr 2018 ertragswirksam. Die Vermarktung wird im Geschäftsjahr 2018 fortgesetzt.

Außerdem werden im Geschäftsjahr 2017 der Endausbau der Verkehrsflächen in den Wohnaugebieten „Am Pfarrgarten/Bevenrode“ und „Meerberg/Leiferde“ sowie der Abschluss des Endausbaus der Verkehrsflächen im Wohnaugebiet „Im großen Raffkampe/Lamme“ durch die Stadt Braunschweig fachlich begleitet.

Weitere Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit in den Geschäftsjahren 2017 und 2018 werden die Flächenvorsorge für neue potenzielle Wohngebietstandorte und die fachliche Begleitung der Bauleitplanung der Stadt Braunschweig für neue Wohngebietstandorte sein.

3.3 Prognose Geschäftsfeld Gewerbebauflächen

Wegen der beständigen Nachfrage nach Gewerbebauflächen im Stadtgebiet Braunschweig und weil die GGB in der Lage sein muss, die Nachfrage von Unternehmen nach Flächen für eine Neuansiedlung, Expansion oder Verlagerung unabhängig von der nachgefragten Größe der Baufläche kurzfristig zu decken, muss die GGB kontinuierlich Gewerbebauflächen in größerem Umfang zur Vermarktung bereithalten.

In den Geschäftsjahren 2017 und 2018 wird die GGB die Vermarktung der verfügbaren Gewerbebauflächen fortsetzen und die Umlegungsverfahren „Waller See-Braunschweig/2. Bauabschnitt“, „Forschungsflughafen-West“ und „Forschungsflughafen-Nordwest“ sowie etwaige Erschließungsmaßnahmen der Stadt Braunschweig in diesen Baugebieten fachlich begleiten. Weitere Schwerpunkte werden

die Flächenvorsorge für neue potenzielle Gewerbegebietsstandorte und die fachliche Begleitung der Bauleitplanung der Stadt Braunschweig für neue Gewerbegebietsstandorte sein.

3.4 Ergebnisprognosen 2017 und 2018

Der Wirtschaftsplan 2017, den die Gesellschafterversammlung am 21. Dezember 2016 festgestellt hat, berücksichtigt neben der laufenden Geschäftstätigkeit vorsorglich nur den Verkauf von Bauflächen in den Gewerbegebieten „Forschungsflughafen-West“ und „Forschungsflughafen-Nordwest“, da noch ungewiss, ob das Umlegungsverfahren „Waller See-Braunschweig/2. Bauabschnitt“ tatsächlich im Geschäftsjahr 2017 rechtskräftig abgeschlossen sein wird. Erträge aus der Vermarktung von Wohnbauflächen werden im Geschäftsjahr 2017 nicht erwartet (siehe auch Ausführungen zu 2.5 und 3.2). Der Wirtschaftsplan 2017 schließt mit einem Jahresverlust von rund 1.116 T€.

Für das Geschäftsjahr 2018 sieht die Mittelfristplanung vorsorglich einen Verlust von rund 771 T€ vor. Unter der Voraussetzung, dass Erträge aus der Vermarktung des neuen Wohnstandortes „Stöckheim-Süd“ im Geschäftsjahr 2018 realisiert werden, ist für das Geschäftsjahr 2018 eine erhebliche Verbesserung des Jahresergebnisses möglich.

Die Stadt Braunschweig beabsichtigt, Verlustausgleichszahlungen zu leisten, soweit die Gewinnvorräte aus Vorjahren und die Kapitalrücklage zur Deckung etwaiger Jahresverluste nicht ausreichen.

4. Risikoberichterstattung über Finanzinstrumente

Besondere Risiken sind nicht erkennbar. Die Risikobereitschaft der GGB in Bezug auf den Einsatz von Finanzinstrumenten ist gering.

Braunschweig, den 2. Februar 2017



Matthias Heilmann
(Geschäftsführer)



Dr. Bernhard Niehoff
(Geschäftsführer)

Betreff:

Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
Jahresabschluss 2016 - Entlastung des Aufsichtsrates und der
Geschäftsführung

*Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

12.04.2017

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

04.05.2017

Status

Ö

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird angewiesen, dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung zu erteilen.“

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschages wird auf die in der heutigen Sitzung vorgelegten Unterlagen zum Jahresabschluss 2016 der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) Bezug genommen (siehe Drucksache 17-04334).

Die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt gemäß § 11 Buchstabe b) des Gesellschaftsvertrages der GGB der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der GGB herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Geiger

Anlage/n:

keine

*Betreff:***Haushaltsvollzug 2017**

hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:

Dezernat VII

20 Fachbereich Finanzen

Datum:

27.04.2017

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	04.05.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	09.05.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	16.05.2017	Ö

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NkomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Sachverhalt:**Finanzaushalt**Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
Projekt	4E.200001 FB 20: Waller See 2. BA/Ankäufe
Sachkonto	782110 Kauf Grundstücke und Gebäude

Bei dem o. g. Projekt wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von **156.700 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2017:	0,00 €
Haushaltsrest aus 2016:	1.733.000,00 €
überplanmäßig beantragt:	156.700,00 €
(neu) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	1.889.700,00 €

Im Rahmen des Umlegungsverfahrens WE 51 „interkommunaler Gewerbepark Waller See – Braunschweig“ werden die dort vorhandenen Flächen neu geordnet. Die Umlegung ist erforderlich, um die Weiterentwicklung des Gewerbeparks Waller See zu gewährleisten und damit für die notwendige Bereitstellung von Gewerbevlächen zu sorgen. In der Sitzung des Umlegungsausschusses II am 10.12.2007 ist die Umlegung für dieses Gebiet eingeleitet worden. Zur Regelung der Eigentumsverhältnisse ist nun die Aufstellung eines vom Umlegungsausschuss zu beschließenden Umlegungsplans erforderlich.

Für den Erwerb der gemäß Umlegungsplan der Stadt Braunschweig zugeteilten öffentlichen Bedarfsflächen sind nach den anzuwendenden Zuteilungswerten Mittel von insgesamt 1.889.653,50 € erforderlich. Bisher stehen für diesen Zweck lediglich 1.733.000,00 € zur Verfügung. Es besteht folglich ein Fehlbetrag in Höhe von 156.653,50 €.

Bereits zur Beschlussfassung über den Umlegungsplan durch den Umlegungsausschuss II, der schnellstmöglich tagen soll, muss die Finanzierung gewährleistet sein. Insoweit ergibt sich die Notwendigkeit, die Mittel überplanmäßig bereitzustellen.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag
Minderauszahlungen	5S.210008.03.510 782110	FB 20: Global Ankauf von Grundstücken und Gebäuden	156.700,00 €

Geiger

Anlage/n:
keine

Betreff:

Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2.000 €

Organisationseinheit:**Datum:**

11.04.2017

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	04.05.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	09.05.2017	N

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 7 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG; ehemals § 83 Abs. 4 Nieders. Gemeindeordnung) in Verbindung mit § 25 a Gemeindehaushalts- und –kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht. Bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € wird auf die ebenfalls in der heutigen Sitzung vorgelegte Ratsvorlage verwiesen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n: Zuwendungen VA Mai 2017

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2016)**Fachbereich 10**

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Klaus-Peter Bachmann	100,00 €	Förderung der vom Stadtbezirksrat 223 - Broitzem am 4. Dezember 2016 durchgeführten 71. Seniorenweihnachtsfeier für die Broitzemer Senioreninnen und Senioren Kettenzuwendung
2	Bäckerei und Konditorei Kretzschmar	Sachspende 185,00 €	Förderung der vom Stadtbezirksrat 223 - Broitzem am 4. Dezember 2016 durchgeführten 71. Seniorenweihnachtsfeier für die Broitzemer Seniorinnen und Senioren.
3	EDEKA Frerichs	Sachspende 125,00 €	Förderung der vom Stadtbezirksrat 223 - Broitzem am 4. Dezember 2016 durchgeführten 71. Seniorenweihnachtsfeier für die Broitzemer Seniorinnen und Senioren.
4	Mandelhaus Dannehl	Sachspende 165,00 €	Förderung der vom Stadtbezirksrat 223 - Broitzem am 4. Dezember 2016 durchgeführten 71. Seniorenweihnachtsfeier für die Broitzemer Seniorinnen und Senioren.
5	Reinhard Sonntag Veranstaltungsservice	Sachspende 300,00 €	Förderung der vom Stadtbezirksrat 223 - Broitzem am 4. Dezember 2016 durchgeführten 71. Seniorenweihnachtsfeier für die Broitzemer Seniorinnen und Senioren.

Fachbereich 40

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Elternverein der GS Wenden	Sachspende 252,81 €	Gesellschaftsspiele für die Betreuungszeit an der GS Wenden

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2017)**Fachbereich 37**

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Jürgen Bringewatt	78,00 €	Ortsfeuerwehr Thune Kettenzuwendung
2	Förderverein Feuerwehr und Jugendfeuerwehr Braunschweig e.V.	200,00 €	Erwerb von 20 Bodenturnmatten für die Rückenschule in den Wachabteilungen der Haupt- und Südwache
3	Claus und Sabine Hacke	500,00 €	Ortsfeuerwehr Mascherode
4	Frank Klinzmann	200,00 €	Ortsfeuerwehr Mascherode
5	Lions Hilfswerk Region Braunschweig e.V.	500,00 €	Ortsfeuerwehr Riddagshausen
6	Rosemarie Mahlmann	200,00 €	Ortsfeuerwehr Mascherode
7	Andreas Pangratz	600,00 €	Ortsfeuerwehr Lehndorf
8	Michael Zieger	200,00 €	Ortsfeuerwehr Mascherode
9	Uwe Zimmer	200,00 €	Ortsfeuerwehr Thune

Fachbereich 40

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Bürgerstiftung Braunschweig	Sachspende 600,00 €	Überlassung von 4 gebrauchten Laptops für den Bereich Informatik am Gym. Gaußschule Kettenzuwendung
2	Bürgerstiftung Braunschweig	800,00 €	Zuschuss zum Projekt "Auf dem Weg zum Buch" an der GS Diesterwegstraße Kettenzuwendung
3	Eintracht Braunschweig	400,00 €	Zuschuss zum Rap-Workshop an der RS Georg-Eckert-Straße
4	Elternhilfsgemeinschaft der GS Broitzem	Sachspende 707,50 €	Spielzeuge (Pausenausleihe) für die GS Broitzem
5	Elternhilfsgemeinschaft der GS Broitzem	Sachspende 160,79 €	Musikinstrumente für die GS Broitzem

Fachbereich 40

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
6	Elternhilfsgemeinschaft der GS Broitzem	Sachspende 119,00 €	Lehrmaterialien für den Englischunterricht an der GS Broitzem
7	Elternverein der GS Stöckheim	1.566,00 €	Lehrmaterial für den Mathematik-Unterricht an der GS Stöckheim
8	Elternverein der GS Stöckheim	430,00 €	Unterstützung des Projekttages "Umwelt" an der GS Stöckheim
9	Förderverein der GS Bebelhof	Sachspende 2.000,00 €	Unterrichtsmaterialien für den Mathe- und Deutschunterricht an der GS Bebelhof
10	Förderverein der GS Hinter der Masch	320,00 €	Zuschuss zum Projekt "Märchenerzählung" an der GS Hinter der Masch
11	Förderverein der GS Lehndorf	Sachspende 1.868,14 €	Lehrmaterialien für den Musik- und Werkunterricht an der GS Lamme
12	Förderverein des Gym. Raabeschule	Sachspende 195,00 €	Bücher für die Mediathek am Gym. Raabeschule
13	Förderverein des Gym. Raabeschule	41,00 €	Abo für die Braunschweiger Zeitung am Gym. Raabeschule Kettenzuwendung
14	Förderverein Dowesee e.V.	1.500,00 €	Zuschuss zum Projekt "Bau von Podestbänken" im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres an der Johannes-Selenka-Schule
15	Lions Hilfswerk Region Braunschweig e.V.	200,00 €	Zuschuss zur Beschaffung von Musikinstrumenten am Gym. Kleine Burg
16	Lions Hilfswerk Region Braunschweig e.V.	100,00 €	Noten für den Musikunterricht am Gym. Hoffmann-von-Fallersleben-Schule Kettenzuwendung
17	Schulverein der RS John-F.-Kennedy-Platz	Sachspende 186,00 €	Comic-Hefte "Martin Luther - Ein Mönch verändert die Welt" für die RS John-F.-Kennedy-Platz
18	Volksbank BraWo Stiftung	252,39 €	Reparatur von schuleigenen Fahrrädern an der GS St. Josef

Fachbereich 41

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Peter Grünewald	300,00 €	Städtische Musikschule Deutsch-Polnische Jugendbegegnung 2017

Referat 0413

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Ingrid Casper	Sachspende 730,00 €	Konvolut für den Sammlungsbereich Völkerkunde u.a. Schmuck, Pfeile, Keule, Brustschmuck
2	Prof. Gerd Winner	Sachspende 600,00 €	Sammlungsbereich Kunstgewerbe Lokrad Serigraphie

Fachbereich 51

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Autovermietung Harms GmbH	Sachspende 500,00 €	Unterstützung der 22. Braunschweiger Spielmeile 2017
2	Firma Body Shop Braunschweig	500,00 €	Unterstützung der Arbeit in der Spielstube Hebbelstraße
3	Firma Ding	150,00 €	Unterstützung der Arbeit der Kindertagesstätte Schölkestraße
4	Firma Düwel	350,00 €	Unterstützung der 22. Braunschweiger Spielmeile 2017
5	Firma E-Bike Kasten	500,00 €	Unterstützung der 22. Braunschweiger Spielmeile 2017
6	Förderverein Alternative Sport e.V.	201,77 €	Unterstützung der Arbeit der städt. Jugendzentren im Rahmen der Vereinsauflösung
7	Liefner Haustechnik GmbH	Sachspende 500,00 €	Unterstützung der 22. Braunschweiger Spielmeile 2017
8	Nibelungen-Wohnbau-GmbH	1.000,00 €	Unterstützung der 22. Braunschweiger Spielmeile 2017
9	Penny Markt GmbH	Sachspende 450,00 €	Unterstützung von städtischen Ferienfreizeiten außerhalb Braunschweigs (FaBS) mit Lebensmitteln (Getränke, Äpfel und Bananen)
10	PSD Bank Braunschweig eG	1.000,00 €	Unterstützung der 22. Braunschweiger Spielmeile 2017
11	Rotary Deutschland Gemeindienst e. V.	1.200,00 €	Unterstützung der Arbeit in der Kindertagesstätte Schwedenheim
12	Universitätssportclub Braunschweig e.V.	1.000,00 €	Unterstützung der 22. Braunschweiger Spielmeile 2017

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2017)**Fachbereich 40**

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Cafeteria Brunsviga	Sachspende 150,00 €	Schülerinnen und Schüler der IGS Franzsches Feld	Getränke für die Musicaldarstellerinnen und -darsteller
2	Elternverein der GS Wenden	Sachspende 210,41 €	Schülerinnen und Schüler der GS Wenden	Preise für den Informatik- Wettbewerb
3	Elternverein der GS Wenden	Sachspende 201,64 €	Schülerinnen und Schüler der GS Wenden	Preise für die Matheolympiade
4	Lehrer der Johannes- Selenka-Schule	273,10 €	Kinderheim Tansania	Unterstützung von Jugendlichen in Tansania
5	VDI - Verein Deutscher Ingenieure Braunschweiger Bezirksverein e. V	200,00 €	Schülerinnen und Schüler des Gym. Hoffmann-von- Fallersleben-Schule	Preisgeld für den Wettbewerb "Jugend forscht"
6	Volksbank eG Braunschweig-Wolfsburg	100,00 €	Schülerinnen und Schüler der RS Maschstraße	Zuschuss zum Schulplaner (Maschbuch) Kettenzuwendung

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2017)**Fachbereich 66**

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	1. FFC Braunschweig - Braunschweig Lions	Sachspende 250,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“
2	ABRA Autohaus Braunschweig GmbH	Sachspende 250,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“
3	Arbeitsausschuss Innenstadt	Sachspende 500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Speisen für die Abschlussveranstaltung der „Aktion Stadtputz 2017“
4	Basketball Löwen Braunschweig GmbH	Sachspende 450,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“
5	Bellis GmbH	Sachspende 400,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“
6	Braunschweiger Baugenossenschaft eG	Sachspende 500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“ u.a. Schulpreise
7	C1 Cinema Braunschweig GmbH	Sachspende 200,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“ u.a. Schulpreise
8	DERPART-Reisebüro	Sachspende 250,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“
9	Eintracht Braunschweig	Sachspende 200,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“
10	Heimbs Kaffee GmbH &Co. KG	Sachspende 960,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola und Getränke für die Abschlussveranstaltung der „Aktion Stadtputz 2017“
11	Hofbrauhaus Wolters GmbH	Sachspende 1.500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Getränke für die Abschlussveranstaltung der „Aktion Stadtputz 2017“
12	Krumpholz Bürosysteme GmbH	Sachspende 400,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“
13	New Yorker Group- Services Int. GmbH & Co. KG	Sachspende 400,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“

Fachbereich 66

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
14	Nibelungen-Wohnbau-GmbH	Sachspende 500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“ u.a. Schulpreise
15	Nordzucker AG	Sachspende 500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“
16	Dr. Ing. Olaf Schulz	Sachspende 500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“
17	SE BS Stadtentwässerung Braunschweig GmbH	Sachspende 2.000,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“ u.a. Schulpreise
18	Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	Sachspende 500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“ u.a. Schulpreise
19	Volkshochschule Braunschweig GmbH	Sachspende 300,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Speisen für die Abschlussveranstaltung der „Aktion Stadtputz 2017“
20	Zweirad Päschke GmbH	Sachspende 300,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“

Betreff:**Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €****Organisationseinheit:****Datum:**

18.04.2017

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	04.05.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	09.05.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	16.05.2017	Ö

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 7 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG; ehemals § 83 Abs. 4 Nieders. Gemeindeordnung) in Verbindung mit § 25 a Gemeindehaushalts- und –kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht, so dass hiermit lediglich ein Beschlussvorschlag bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden die Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgesellt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n:

Zuwendungen Rat Mai 2017

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2016)**Fachbereich 10**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	ALBA Braunschweig GmbH	150,00 €	Förderung der vom Stadtbezirksrat 223 - Broitzem am 4. Dezember 2016 durchgeführten 71. Seniorenweihnachtsfeier für die Broitzemer Seniorinnen und Senioren. Kettenzuwendung
2	Baugenossenschaft >Wiederaufbau< eG	200,00 €	Förderung der vom Stadtbezirksrat 223 - Broitzem am 4. Dezember 2016 durchgeführten 71. Seniorenweihnachtsfeier für die Broitzemer Seniorinnen und Senioren. Kettenzuwendung

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2017)**Fachbereich 37**

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	500,00 €	Ortsfeuerwehr Innenstadt Kettenzuwendung

Fachbereich 40

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Bürgerstiftung Braunschweig	Sachspende 800,00 €	Bücher für die Schulbücherei an der GS Lamme Kettenzuwendung
2	Ehemaligenverein des Gym. Neue Oberschule	Sachspende 2.500,00 €	Bänke für den Außenbereich des Gym. Neue Oberschule
3	Ehemaligenverein des Gym. Neue Oberschule	428,00 €	Raummiete für die Belegung eines Tonstudios für die Schüler am Gym. Neue Oberschule Kettenzuwendung
4	Erich Mundstock Stiftung	2.705,00 €	Musikinstrumente für das Gym. Gaußschule
5	Förderverein der GS Lamme	4.650,00 €	Zuschuss zum Gewaltpräventionsprojekt an der GS Lamme
6	Förderverein der GS Völkenrode/Watenbüttel	Sachspende 1.140,00 €	2 Faltpavillons für die GS Völkenrode/Watenbüttel Kettenzuwendung
7	MK:Connect Förderverein Martino-Katharineum e.V.	Sachspende 1.299,00 €	Lizenz für das digitale Schwarze Brett am Gym. Martino-Katharineum Kettenzuwendung
8	MK:Connect Förderverein Martino-Katharineum e.V.	Sachspende 632,13 €	Ionentauscher für die Fachgruppe Chemie am Gym. Martino-Katharineum Kettenzuwendung

Fachbereich 41

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	ALBA Braunschweig GmbH	2.975,00 €	Kulturinstitut Sponsoring Kulturnacht 2017
2	Baugenossenschaft >Wiederaufbau< eG	6.545,00 €	Städtische Musikschule Sponsoring von Veranstaltungen 2017
3	Braunschweiger Verkehrs-GmbH	3.210,00 €	Kulturinstitut Sponsoring Kulturnacht 2017
4	Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	2.500,00 €	Städtische Musikschule Förderung von musikalischen Angeboten in Kindertageseinrichtungen im Schuljahr 2017/2018
5	Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz	30.000,00 €	Kulturinstitut Kulturnacht 2017

Referat 0413

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Freunde des Städtischen Museums e. V.	5.500,00 €	Zuwendung für den Ankauf von 17 Zeichnungen aus der Ausstellung TUMA "Aus dem Leben der Niedersächsischen Landmänner"

Fachbereich 51

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Besatzung Korvette Braunschweig	3.448,35 €	Unterstützung der Arbeit des Kinder- und Jugendschutzhause in Ölper
2	Braunschweigische Landessparkasse	150,00 €	Unterstützung von städtischen Ferienfreizeiten außerhalb Braunschweigs (FaBs) Kettenzuwendung
3	Braunschweigische Landessparkasse	2.500,00 €	Versand von Elternbriefen, Übernahme von Beschaffungs- und Portokosten
4	Braunschweigische Sparkassenstiftung	10.000,00 €	Versand von Elternbriefen, Übernahme von Beschaffungs- und Portokosten
5	Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	12.500,00 €	Versand von Elternbriefen, Übernahme von Beschaffungs- und Portokosten
6	Richard Borek-Stiftung	13.000,00 €	Unterstützung der Sprachförderfreizeit "Ferien, die schlauer machen" im Herbst 2017

Fachbereich 66

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Richard Borek-Stiftung	12.000,00 €	50 % Kostenbeteiligung für den Einbau von unterirdischen Wertstoffstationen in der Schubertstraße/Inselwall aufgrund einer Rahmenvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Entwicklung von städtebaulichen Konzeptionen für die Braunschweiger Innenstadt zwischen der Stadt Braunschweig und der Richard Borek-Stiftung

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2017)**Referat 0500**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	1.905,00 €	Braunschweiger Kinder und Jugendliche, Kindertagesstätten und Schulen	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe Kettenzuwendung

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2017)**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Rüter Maschinenbau GmbH & Co.KG	Sachspende 19.000,00 €	Kreuzjoch-Plansichter (Siebmaschine) für die Deutsche Müllerschule Braunschweig

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2017)**Fachbereich 66**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Baugenossenschaft >Wiederaufbau< eG	Sachspende 500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“ u.a. Schulpreise Kettenzuwendung
2	Braunschweigische Sparkassenstiftung	11.365,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“ u.a. Schulpreise
3	Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	Sachspende 2.500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2017“ u.a. Schulpreise